



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Landesversammlung und Sommerempfang:

## Taten statt wohlfeile Sprüche

Die Kommunen sehen sich vor enorme Aufgaben gestellt. Stefan Rößle, KPV-Landesvorsitzender und Landrat Donau-Ries, verdeutlichte dies im Rahmen der diesjährigen KPV-Landesversammlung mit anschließendem Sommerempfang in München u.a. anhand der Themen Entbürokratisierung, Krankenhäuser, Finanzen, Kinderbetreuung und Digitalisierung. Als Ehrengast hieß er Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann, MdL, willkommen.

2023 waren die kommunalen Ausgaben der Landkreise 2,5 Mrd. Euro höher als die Einnahmen. Für 2024 zeichnet sich eine weitere Verschärfung ab. Kommunen und Staatsregierung müssten gemeinsam andere Lösungen finden, wenn dies die kommunalen

gerinnen und Bürger ein. Im Zuge ihrer Entbürokratisierungs- und Deregulierungsbestrebungen hat die Bayerische Staatsregierung nun einen ersten Gesetzentwurf, das sog. Modernisierungsgesetz, vorgelegt. Ziel ist eine „schlanke und effizientere Bayerische Bau- und Rechtsordnung“.

### Aufschrei der Kommunen

Ausdrücklich begrüßte der KPV-Vorsitzende den „Willen der Staatsregierung, Vereinfachungen vorzunehmen“. Da der



V.l.: KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle, Innenminister Joachim Herrmann, GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel, Bürgermeisterin Kathrin Alte, Alt-Bezirkstagspräsident Josef Mederer und Alt-MdL und -MdB Bartholomäus Kalb. Bild: GZ

Aufschrei in den Kommunen und bei den kommunalen Spitzenverbänden jedoch unüberhörbar sei, mahnte er an, die Inhalte entsprechend ausdiskutieren. Die kommunalen Vertreter müssten dabei auch ein Stück weit von ihrem „Perfektionismus und Gerechtigkeitswahn“ abrücken, riet Rößle.

Mit Blick auf die kommunale Krankenhausversorgung wies er darauf hin, dass die vom Bund angestoßene Krankenhausreform nichts Gutes verheiße. Keinesfalls dürfe sie zu einem Kahl-

schlag der Grund- und Regelversorgung in Bayern führen.

### Krankenhausreform verheißt nichts Gutes

Obwohl der Bund für die Zahlung der Betriebskosten zuständig ist, können über 80 Prozent der Krankenhäuser ihren laufenden Betrieb nicht mehr decken und rutschen in ein Defizit. Damit sie nicht Konkurs anmelden müssen, gleichen die Landkreise dies mit Mitteln der Kreisumlage (Fortsetzung auf Seite 4)

Brandl und Pannermayr:

## Klage gegen Bürokratieabbau-Pläne denkbar

Auf deutlichen Widerspruch der Städte und Gemeinden stoßen die aktuellen Bürokratieabbau-Pläne der Bayerischen Staatsregierung, wonach unter anderem das Baurecht in Bayern entschlackt und vereinfacht werden soll. Aus Briefen von Gemeindegast Dr. Uwe Brandl und Städtetagsvorsitzendem Markus Pannermayr an Staatskanzleichef Florian Herrmann geht hervor, man werde verfassungsrechtlich prüfen lassen, ob einzelne Vorhaben einen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungs- und Satzungshoheit darstellen.

Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung zum Bürokratieabbau angekündigt hatte, sollen für zahlreiche Maßnahmen keine Baugenehmigungen mehr erforderlich sein. Für völlig misslungen halten die Verbandschefs etwa die Abschaffung der staatlich angeordneten Stellplatzpflicht sowie die Abschaffung der Möglichkeit zur Regelung der Freiflächengestaltung in gemeindlichen Satzungen. Gleiches gelte für die vollständige Kommunalisierung und Lockerung der Spielplatzpflicht.

### Vielfältige Einwände

„Als politisch denkende Kommunalpolitiker fällt es uns schwer zu glauben, dass die Staatsregierung im Rahmen dieses Vorhabens den großen Schaden für die Allgemeinheit und den minimalen Nutzen für das Bauen ausreichend abgewogen hat“, heißt es in dem Schreiben von Anfang Juli. Die avisierten Maßnahmen stellten „einen unfreundlichen Akt gegenüber den 2.000 Städten, Märkten und Gemeinden dar, dessen Effekt auf Baukosten und Bürokratie völlig untergeordnet sein wird“.

Inhaltlich wirkten die Vorhaben völlig aus der Zeit gefallen und ignorierten die großen Themen unserer Zeit, namentlich die Klimaanpassung, die Biodiversitätskrise, die Notwendigkeit der Durchgrünung unserer Siedlungsbereiche, aber auch Fragen der Mobilitätswende und der Sozialgerechtigkeit. Städte und Gemeinden, die sich in Zeiten von Hitzestress und Artensterben aktiv der Gestaltung öffentlicher und privater Frei-

flächen verschrieben und eigene Konzepte entwickelt hätten, würden vor den Kopf gestoßen.

### Kommunale Regelungsflut befürchtet

Wenn alle Kommunen nun selbst neue Satzungen erlassen müssten, sei eher mehr Bürokratie zu befürchten. Sollte die Staatsregierung wie angekündigt alle bayerischen Stellplatzsatzungen aufheben, müssten Gemeindegast und Städtetagsvorsitzende mehr als 2.000 Mitgliedern empfehlen, „erstmalig oder zum wiederholten Male eine Stell-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Immer im Einsatz für die Kommunalpolitik: Die Landtagsabgeordneten Maximilian Bötl und Wolfgang Fackler. Bild: GZ

le Kassenlage vor Ort nicht mehr zulässt. Dies jedoch brauche Zeit. Unliebsame Wahrheiten müssten anerkannt und ggf. geplante Investitionen zurückgestellt werden. Es stelle sich die Frage, ob die CSU nicht vorangehen sollte, wenn es darum geht, den Menschen vor Ort zu erklären, dass Projekte nicht mehr so einfach zu realisieren sind.

### Nachhaltige Entbürokratisierung

Seit Jahren setzt sich die KPV für eine nachhaltige Entbürokratisierung in den Verwaltungen und eine spürbare Entlastung der Bür-

### GVB-Verbandstag in München:

## Als „Möglichmacher“ den Wandel gestalten

Die Bedeutung von Zusammenarbeit und Anpassungsfähigkeit in Zeiten des Wandels stand im Mittelpunkt des 123. Verbandstags des Genossenschaftsverbands Bayern in München. Vor 800 Gästen bezeichnete der scheidende GVB-Präsident Gregor Scheller Genossenschaften als „Möglichmacher“, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt förderten.

Nach seinen Worten sind Genossenschaften durch ihre Nähe zum Kunden, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Nutzung digitaler Möglichkeiten nun anpassungsfähig und können zudem passgenaue Produkte anbieten. „Unsere Genossenschaften sind bestens aufgestellt, um den Wandel zu gestalten und den Anforderungen der jungen Generation gerecht zu werden“, zeigte sich Scheller überzeugt.

### Zunehmende gesellschaftliche Spaltung

Sorge bereitet dem GVB-Präsidenten allerdings die zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Umso wichtiger sei in diesen Zeiten, „dass Genossenschaften verbinden, anstatt zu spalten“. Sie seien nah am Menschen und in der Region verwurzelt, stünden in engem Kontakt mit ihren Mitgliedern und fänden Lösungen. Mit Blick auf das Übermaß an Regeln und Verordnungen für Unternehmen erklärte Scheller: „Der Staat will mich verwalten und ich habe keinen Raum mehr zu gestalten.“

In seiner Begrüßung hatte Dr. Gerhard Walther, ehrenamtlicher Verbandspräsident und Vorsitzender des Verbandsrats Genossenschaftsverband Bayern, darauf verwiesen, dass nach einer Phase der Konsolidierung der GVB seit 2022 einen

Gründungsboom bei Genossenschaften verzeichnet. In dieser Zeit seien 76 Genossenschaften gegründet worden. Allein im laufenden Jahr waren es bis zum 30.06.2024 bereits 22 neue Genossenschaften – ein Großteil von ihnen Wärme-genossenschaften, die ihren Mitgliedern dezentral aus regenerativen Quellen kostengünstige Wärmeenergie zur Verfügung stellen.

### 1.200 Mitglieder

Als 1.200stes Mitglied im Verband könne man nun die im Juni gegründete Pabst Pflanzenbau eG mit Sitz in Vierkirchen im Landkreis Dachau willkommen heißen. Sie wickelt den Verkauf der selbst erzeugten landwirtschaftlichen Produkte und Erzeugnisse der Pabst Einzelbetriebe ab. Mithilfe der Vermarktungsgenossenschaft sollen Verwaltung und Abrechnung erleichtert und die Verhandlungsposition gegenüber Abnehmern verbessert werden. Zudem übernimmt die Genossenschaft die Aufbereitung und den Transport der Produkte an die Endkunden.

Auch Walther hob die Rolle der Genossenschaften als Stabilitätsanker in Krisenzeiten hervor: „Sie repräsentieren unsere Wirtschaftsleistung, unsere Heimat, unsere Tradition.“ Er forderte die Politik auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Flexi-

bilität und Eigenverantwortung unterstützen. „Die Bürokratie belastet die genossenschaftlichen Unternehmen, den gesamten Mittelstand und auch die Regionalbanken in nie dagewesener Ausmaß. Wir sehen das in unserer Gruppe als die größte Sorge des Mittelstands – mehr noch als den Fachkräftemangel“, mahnte Walther. Sein Appell: „Bürokratische Hürden hemmen unsere Innovationsfähigkeit und belasten die wirtschaftliche Entwicklung. Wir brauchen mehr Spielraum für unternehmerische Entscheidungen.“

### Gestalterische Kraft

Als weiteres Beispiel für die gestalterische Kraft der Genossenschaften bezeichnete der ehrenamtliche Präsident die Energiewende. Er plädierte für Anreize statt starrer Vorgaben, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, und betonte die Notwendigkeit flexibler Regelungen für ländliche Gebiete sowie die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften durch lokale Behörden.

Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, sprach in seinem Festvortrag über die Herausforderungen des Standorts Deutschland und betonte die Bedeutung von Innovation und Anpassungsfähigkeit. Er forderte die Politik zum Handeln auf: „Die Wirtschaft stagniert. Uns fehlen die Aufträge in der Industrie und am Bau. Die wirtschaftliche Lage stabilisiert sich, aber wir erreichen keinen Auf-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die vom „overtourism“ geplagten Reiseziele Mallorca, Barcelona oder Venedig sollten sich, so Rathauskater Pino, in Berlin informieren, wie sich die Besucherzahlen in nur fünf Jahren um fast 30 Prozent senken ließen. Sein Tipp für den Sommer: „Mal etwas kürzertreten und unsere Heimat genießen.“ Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Aktuelles aus Landtag und Ministerrat . . . . .	2
SGK: Gemeinsam für starke Städte und Gemeinden . . . . .	2
Tafeln sind das soziale Gesicht Bayerns . . . . .	2
GZ-Kolumne Eva Weber: Goldenes Buch für Kinder . . . . .	3
Drohende Vogelgrippe-Pandemie: Bloß nicht schon wieder... . .	3
Kabinett zu Ladenschluss, Sprachtests, Verwaltungsgericht . . .	4
Kommunale Bauhemen . . . . .	5-8
Tourismus - Messen . . . . .	9-10
Wasser - Abwasser . . . . .	10-12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	13-16



# Bloß nicht schon wieder...

Angesichts drohender Vogelgrippe-Pandemie fordern Lokalpolitiker Corona-Aufarbeitung

Keine Klassenreise mehr. Kein Treffen am See. Die Freundin durfte nicht mehr zu Besuch kommen. Corona hat jungen Leuten arg zugezogen, sagt Daniel Liebethuth, SPD-Stadtrat in Germering und Kreisrat im Kreis Fürstentfeldbruck. Manche, so der Gymnasiallehrer, leiden bis heute. Daniel Liebethuth sagt: Es wurden Fehler gemacht. Nicht aus bösem Willen, betont der Sozialdemokrat. Dennoch: Mit Blick auf eine drohende Vogelgrippen-Krise gelte es, aus Fehlern zu lernen.

„Wir hätten nach dem ersten Lockdown intensiver untersuchen müssen, ob Kinder- und Jugendrichtungen wirklich Pandemietreiber sind“, sagt er. Zu lange Lockdowns hätten einige junge Leute bis heute geschädigt. Der Pädagoge beobachtet eine Zunahme an Angsterkrankungen: „Gerade in Bezug auf Schulangst haben wir mehr Fälle.“ Einige Kinder hätten durch die Schulschließungen den Anschluss verloren, ihre Leistungen seien noch immer nicht so wie vor Ausbruch der Krise. Zu bemerken sei weiter, dass das soziale Lernen, für das Schule ja auch stehe, zu lange auf der Strecke blieb.

## Keine Vorwürfe

Daniel Liebethuth kritisiert vorsichtig. „Ich unterstelle jedem, dass er nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat“, betont er. Eine Aufarbeitung hätte er sich dennoch mit Blick auf künftige Gesundheitskrisen gewünscht. Ohne dass jemandem ein Vorwurf gemacht würde: „Für Leute, die Verschwörungserzählungen verbreiten, habe ich kein Verständnis.“ Gleichzeitig verstehe er aber nicht, dass es keine ordentliche Aufarbeitung in Bayern geben soll. Dass hinter den parlamentarischen Kulissen Aufarbeitung versucht wird, etwa mit den freigelegten Protokollen des RKI, ist ihm bekannt: „Doch ich habe die Files nicht gelesen.“

Abgesehen davon, dass er es im Rückblick nicht richtig findet, wie mit Kindern und Jugendlichen umgegangen wurde, hält Daniel Liebethuth bis heute das meiste, was in der Corona-Krise angeordnet wurde, für richtig. Auch die Impfung. „Ich selbst habe mich frühestmöglich geimpft, ganz bewusst, denn mein Vater ist Dialysepatient“, sagt er.

## All die Schreckensbilder

Als sich der Vater dennoch mit Corona infizierte, war die Familie besorgt: „Ich glaube nicht, dass er ohne Impfung überlebt hätte.“ Überhaupt beschäftigt Daniel Liebethuth, dass so viele Menschen wegen der Corona-Krise heute nicht mehr unter den Lebenden weilen. Was in Bergamo passiert ist, gibt er zu, schockte ihn: „All die Schreckensbilder, wie das Militär die Leichen abtransportiert hat.“

Wird eine Pandemie ausgerufen, bleibt Städten und Gemeinden nichts weiter übrig als das zu tun, was von oben befohlen wird. „Die kommunale Ebene war während der Corona-Krise außen vor“, sagt Martin Sielmann, FDP-Mitglied des Markt-gemeinderats sowie Kreisrat in

Garmisch-Partenkirchen. Das findet er, auch mit Blick darauf, dass es zum Ausbruch einer Vogelgrippe-Seuche kommen könnte, schwierig: „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die großflächigen Verordnungen oftmals nicht der Lage vor Ort entsprechen haben.“ Er wünscht sich beim nächsten Mal mehr Mitsprache der kommunalen Ebene.

Ebenso wie Daniel Liebethuth ist Martin Sielmann kein Verfechter langer Schließungen von Schulen, Kindergärten, Horten oder Sporteinrichtungen. Aber auch die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit stellt sich ihm. Die Versammlungsverbote hielt er für viel zu restriktiv. Das gelte vor allem für Gemeinderäte und Kreistage: „Hier konnten per Ausnahme Ferienausschüsse eingesetzt werden.“ Zum Nachteil politischer Minderheiten in den kommunalen Parlamenten. Negativ seien die Auswirkungen auch auf Parteien gewesen: „Durch die Einschränkung des Versammlungsrechts wurde die innerparteiliche Demokratie grobenteils ausgehebelt.“

## Ohne Legitimation

Falsch war es in seinen Augen auch, die Lockdowns durch die Exekutive und nicht parlamentarisch beschließen zu lassen. „Aus Sicht vieler Bürger fehlte die demokratische Legitimation“, konstatiert er. Die Tatsache, dass das Versammlungsrecht gleichzeitig ausgehebelt war, habe die Rückkopplung zwischen Staat und Bürgern massiv erschwert. Viele beobachten wie Martin Sielmann, dass sich eben dadurch Parallelwelten von Corona-Kritikern zu bilden begannen. Diese Menschen hatten zunehmend das Gefühl, als würde ihnen die Schlinge um den Hals gelegt. Und immer enger zugezogen. „Nach meinem Eindruck entstand bei vielen die Meinung, der Staat wolle uns für immer, mindestens für lange Zeit, die demokratischen Grundrechte entziehen“, so Martin Sielmann.

## Wenig eigene Möglichkeiten

Gerhard Wirner, Grünen-Stadtrat in Zirndorf, bestätigt, dass ein eigenständiger Umgang mit Krisenphänomenen vor Ort, während der Corona-Zeit kaum in Frage kam: „Wir hatten nur wenig Möglichkeiten einer eigenen Ausgestaltung.“ Wobei der Soziologe zu den wichtigsten Maßnahmen steht. Sowohl das Masken tragen als auch das Impfen seien „sehr sinnvoll“ gewesen. „Wissenschaft spielte eine zentrale, positive Rolle bei der Bewältigung“, sagt er und verweist

auf Coronatests sowie die schnelle Impfstoffentwicklung. Er habe „Hochachtung“ vor der Wissenschaft in der Corona-Krise: „Auch das RKI betreffend.“

Als problematisch wertete der Zirndorfer die Entscheidung der Ministerpräsidentenrunde, Ende Oktober 2020 keinen stärkeren Lockdown zu verhängen: „Als Folge explodierten die Corona-Zahlen, Weihnachten 2020 gab es die meisten Todesfälle.“ Falsch sei es weiter gewesen, dass sich Armin Laschet und andere Anfang 2021 für Lockerungen ausgesprochen hätten: „Die Zahlen explodierten wieder.“ Zu reflektieren wäre auch die Rolle der Medien.

## Heikle Aufarbeitung

Gerhard Wirner plädiert für die Einrichtung einer Enquete-Kommission. Die Schwärzungen in den RKI-Protokollen findet er nicht okay. Gerade hier sei eine öffentliche Aufarbeitung notwendig. Für ihn sei in der Aufarbeitung zentral, darüber nachzudenken, wie man verhindern könnte, dass bei einem nächsten Mal Leugnung, Verschwörung und Impfverweigerung wieder „diese enorme Bedeutung“ bekommen.

Sehr dicht am Geschehen war Günter Helmbrecht, Grünen-Stadtrat sowie Schulreferent der Stadt Pfaffenhofen. Die pandemiebedingte Notwendigkeit des Homeschoolings habe für die Pfaffenhofener Schüler, Eltern und Lehrer bestmöglich umgesetzt werden können, resümiert er.

„Bei uns marschieren die Montagsspaziergänger immer noch“, teilt Willi Dräxler, Stadtrat von der Brucker Bürgervereinigung (BBV) in Fürstentfeldbruck, mit. Das sieht er kritisch. Wobei der BBV-Kommunalpolitiker auch vieles, was während der Corona-Krise passiert ist, inzwischen skeptisch sieht. Aufgrund eigener Beobachtung. Ob die Impfung irgendetwas gebracht hat, darauf hat er bis heute keine rechte Antwort. „Eine Bekannte von mir, 90 Jahre alt, hat sich nicht impfen lassen, sie bekam Corona und hat das so locker weggesteckt wie eine normale Grippe“, erzählt er. Mehrere seiner Freunde hätten sich nicht impfen lassen.

## Nicht mehr in die Kneipe

Auch eine Stadtratskollegin. Die durfte dann nach der Sitzung nicht mehr mit den andern in die Kneipe: „Da bin ich aus Solidarität auch nicht mitgegangen.“ Für Willi Dräxler war klar, dass Impfen jedermanns ureigene Entscheidung sein müsse. Er selbst habe sich dreimal impfen lassen: „Weil ich nicht ausgeschlossen werden wollte.“ Eine vierte Impfung wollte er allerdings auf keinen Fall nehmen.

In den Krankenhäusern habe es schwierige Fälle gegeben, auch seien dort Menschen an Corona gestorben. Von vielen der Verstorbenen sei allerdings bekannt, dass sie Vorerkrankungen gehabt hätten. Wie Willi Dräxler zuverlässig weiß, starben zum Teil auch Corona-Kranke mit Impfung. Im übrigen habe er selbst trotz Impfung Corona bekommen. Von einer jungen Frau, Anfang 20, die sich hat impfen lassen, weiß er, dass sie nicht nur Corona bekam, sondern jetzt auch noch unter Long-Covid leidet.

„Durch all diese Beobachtungen bin ich zunehmend skeptischer geworden“, räumt der BBV-Mann ein. Er sei allerdings bis heute nicht in der Lage, abschließend zu bewerten, was richtig und was falsch war. Mit den freigelegten RKI-Protokollen habe er sich nicht beschäftigt: „Ich habe einfach nicht die Zeit.“ Als

Liebe Leserinnen und Leser,

Als ich zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde, war mein Patenkind acht Jahre alt. Als Grundschulkind lernt man dann ja auch, wer im Rathaus sitzt und was der Stadtrat so macht und wie das Stadtwappen aussieht (und die OB-Patentante bekommt dann stolz erzählt, dass man in der HSU-Probe alle Punkte hatte und man natürlich gewusst hat, wie die Oberbürgermeisterin heißt). Und man lernt, dass es ein Goldenes Buch gibt, in dem die Gäste der Stadt sich verewigen dürfen. Dies brachte mein Patenkind darauf zu fragen, dass sie eine tolle Idee für eine Zeichnung hätte und ob sie nicht auch mal in das Goldene Buch malen darf.



## Goldenes Buch für Kinder

Auch wenn das natürlich nicht geht, wurde mit dieser Frage eine Idee geboren: Das erste Goldene Buch der Stadt Augsburg für Kinder. Seit vielen Jahren praktizieren wir in Augsburg das Konzept „Lernort Rathaus“, mit dem wir vor allem Grundschulklassen, inzwischen aber auch Hort- und Kitagruppen einladen, das Rathaus zu erkunden und im Gespräch mit Mitgliedern der Stadtschulbehörde oder des Stadtrates ins Gespräch zu kommen und vor Ort zu lernen, was Stadt eigentlich ausmacht. Und auch darüber hinaus kommen oft unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen ins Rathaus. Die Gesprächsrunden, die ich mit unseren jüngsten Bürgerin-

nen und Bürgern dabei schon haben durfte, waren oft spannend und intensiv. Denn die jungen Augsburgerinnen und Augsburger wachsen in einer Medienwelt auf und sind über viele aktuelle Dinge mehr als auf dem Laufenden. Mir ist bei Kinder-Besuchen im Rathaus immer wichtig, den kleinen Augsburgerinnen und Augsburgern diesen Demokratieort ans Herz zu legen, ihnen zu erklären, dass es ihr Rathaus ist und dass Politik – vor allem Kommunalpolitik – alles andere als langweilig oder nicht relevant für uns alle ist.

Mit dem Goldenen Buch der Stadt Augsburg für Kinder haben wir nun einen Baustein der Wertschätzung geschaffen. Dass sie sich im Rathaus verewigen dürfen, mit Zeichnungen, Sprüchen, Stempeln oder Unterschriften, macht die Kinder stolz. Stolz auf sich selbst, aber auch stolz auf die Stadt, auf ihre Stadt. Und damit ist ein guter Baustein gelegt dafür, dass Kinder Demokratie wertschätzen lernen und verstehen, dass sie ein ganz wesentlicher Teil davon sind. Ich freue mich jetzt auf viele Einträge der Jungaugsburgerinnen und -augsburger. Sei es bei Schulbesuchen oder vom Engele bei der Eröffnung des Christkindlesmarktes oder weil Kinder eine herausragende Leistung errungen haben – ich bin mir sehr sicher, dass das Goldene Buch der Stadt Augsburg für Kinder ein sehr buntes Dokument der Zeitgeschichte wird.

Apropos bunt: Der erste Eintrag hat natürlich meinem Patenkind gebührt. Es hat das Turmichele gemalt. Wer wissen will, was das ist, dem empfehle ich einen Besuch in Augsburg rund um den Michaelitag.

## Ihre Eva Weber

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern  
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

## Hier geht es zu den RKI-Files

„Ich brauche Informationen. Eine Meinung bilde ich mir selbst“, meinte Charles Dickens. Aus diesem Grund stellt die Bayerische Gemeindezeitung an dieser Stelle Links zur Verfügung, über die angeblich sämtliche ungeschwärzten RKI-Files eingesehen werden können. Sie entstammen Leaks, die eine Journalistin im Rahmen einer Pressekonferenz am 23.7. um 10 Uhr in Berlin zugänglich machte. Quelle sei ein Whistleblower resp. Whistleblowerin aus dem RKI, der/die aus einer Gewissensentscheidung der Öffentlichkeit diese Informationen zur Verfügung stellen wollte.

„Wir beenden das Drama um die Schwärzungen der #RKI-Protokolle an dieser Stelle. Hier kommt der komplette Datensatz aller Sitzungsprotokolle des @rki\_de-Krisenstabs, von 2020 bis 2023, ungeschwärzt, inklusive 10 GB Zusatzmaterial“, hieß es deshalb in einer Pressemitteilung. Unter [www.rki-transparenzbericht.de](http://www.rki-transparenzbericht.de) kann die Pressekonferenz ebenso eingesehen werden, wie alle Protokolle, Zusatzmaterial und eMails. □

## Ladenschlussgesetz/Sprachtests/Verwaltungsgericht:

# Bayerisches Kabinett gibt grünes Licht

Der Freistaat wird auf Beschluss des Ministerrats ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz (BayLadSchlG) erhalten. Damit wird der Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode umgesetzt, der weitere lange Einkaufsnächte und den durchgängigen Betrieb digitaler Kleinstsupermärkte als neue Form der Nahversorgung vorsieht. Das BayLadSchlG ersetzt das Bundesladenschlussgesetz von 1956.

Laut neuem Ladenschlussgesetz werden die allgemeinen werktäglichen Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr beibehalten. Das grundsätzliche Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen ist verfassungsrechtlich geschützt und wird nicht angefasst. Weiterhin erlaubt sind bis zu vier anlassbezogene verkaufsoffene Sonn- oder Feiertage pro Jahr, die durch die Gemeinden selbst festgesetzt werden.

## Einkaufsnächte

Städte und Gemeinden bekommen erstmals die Möglichkeit, pro Jahr bis zu acht längere anlasslose Einkaufsnächte von Montag bis Samstag bis 24 Uhr abzuhalten. Künftig bedarf es keiner Genehmigung durch die Bezirksregierungen mehr.

Digitale Kleinstsupermärkte wurden bislang als reine Warenautomaten angesehen, fielen

Landsberger Lechstraße erwischt worden war, 5.000 Euro an Strafe zahlen müssen.

„Ich hatte von Anfang an im Kreistag eine andere Meinung, ich sagte die auch, doch das wurde von der Presse komplett ignoriert“, berichtet er. Auch von seinen Kollegen habe er sehr wenig Zuspruch erhalten. Es war ihm sogar vorgeworfen worden, dass er das Gremium „für seine Informationen missbrauche“. „Ich gelte bis heute als Verschwörungstheoretiker.“

Die freigelegten RKI-Protokolle belegen für ihn, dass alles wahr war, was die Kritiker der Corona-Maßnahmen von Anfang an gesagt haben: „Masken helfen nicht, auch die Impfung hilft nicht vor Ansteckung, dafür gibt es je-

de Menge Kollateralschäden.“ Persönlich habe er niemanden gekannt, der an Corona verstorben wäre, wobei völlig klar sei, dass auch am Corona-Virus, wie bei jeder Grippe, Menschen gestorben seien.

Mit einer gewissen Sorge blickt Wolfgang Buttner auf die weitere Entwicklung in Bezug auf die Vogelgrippe. Die US-Gesundheitsbehörde CDC bestätigt ständig weitere Fälle von Vogelgrippe beim Menschen. Mitte Juli meldete Australien den ersten menschlichen Fall von Vogelgrippe A. Die Regierung in den USA zahlte Moderna laut „Spiegel“ inzwischen 176 Millionen Dollar, um die Entwicklung eines pandemischen Grippeimpfstoffs zu beschleunigen. Pat Christ

## Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten

Der Sonn- und Feiertagsverkauf in Tourismusorten an bis zu 40 Tagen im Jahr bleibt erhalten, sofern er auf ein bezirksbezogenes Warensortiment sowie touristisch relevante Warengruppen und Lebensmittel, die zum sofortigen Verzehr geeignet sind, beschränkt ist. In diese Kategorie fallen derzeit etwa 500 der 2.056 bayerischen Gemeinden. Durch konkretisierte Kriterien sollten künftig im Wesentlichen die bisherigen Ausflugs- und Wallfahrtsorte ihren Status beibehalten können. Das Verfahren zur Bestimmung der Ausflugs- und Wallfahrtsorte wird jedoch flexibilisiert.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hob vor allem das Ermöglichen acht langer Einkaufsnächte jährlich sowie die Öffnung der digitalen Kleinstsupermärkte auch an Sonn- und Feiertagen hervor: „Damit haben wir die Koalitionsvereinbarung (Fortsetzung auf Seite 4)

## Taten statt wohlfeile ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
aus. Laut Rößle gibt es Landkreise, die ihre Kreisumlage um 4 bis 5 Prozentpunkte erhöhen mussten. Die Folge: An anderer Stelle muss gespart werden.

Vor große Herausforderungen gestellt sehen sich die Städte und Gemeinden auch beim anstehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026/27. Im Hinblick auf dessen Umsetzung hat die Bayerische Staatsregierung angekündigt, die ungekürzten Bundesmittel für die Betriebskosten ab 2026 an die Kommunen weiterzuleiten und das Ganztagsausbauprogramm zu verbessern. Auch bekennt sich der Freistaat zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen und will überdies die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln.

Nachdem die Ergebnisse aus Rößles Sicht bislang nicht zufriedenstellend gewesen sind, beweise sich die Staatsregierung nun erfreulicherweise. Die kommunale Seite begrüße die ge-

nannten Maßnahmen, jedoch müssten Baustellen wie etwa die alleinige kommunale Verantwortung für die Ferienabdeckung für alle Angebotsformen noch bearbeitet werden.

Verbesserungen sind auch beim Thema Digitalisierung zu vermelden. Wie der KPV-Vorsitzende betonte, stelle beim wichtigen Thema Digitalisierung von Schulen der hohe Bedarf an IT-Ausstattung kommunale Träger vor große Herausforderungen. Auf Initiative der AKDB sei die Bayerische Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft eG, kurz BayKIT, gegründet worden. Sie beschafft zunächst im Schulbereich Hardware sowie damit verbundene Dienstleistungen für ihre Mitglieder bzw. Genossen. Diese können sich dadurch zukünftig individuelle und in eigener Verantwortung durchzuführende, komplexe und somit teure Vergabeverfahren sparen und diese Aufgabe an die BayKIT abgeben.

### KI könnte mehr bringen

Insgesamt aber hinke Deutschland bei der Nutzung von KI auch in der Kommunalverwaltung noch deutlich hinterher, bemängelte Rößle. Bestes Beispiel: Kfz-Zulassungsstelle. Hier könnten, wie in anderen Ländern bereits geschehen, schon längst Chatbots zum Einsatz kommen. Es gilt, Verwaltungsleistungen zu analysieren und zu optimieren mit dem Ziel, die Sachbearbeitung durch digitale Ende-zu-Ende-Prozesse zu entlasten.

Weitere politische Impulse setzte Kommunalminister Joachim Herrmann. Nach seinen Ausführungen „müssen wir auf Landesebene kommunalpolitische Themen nun intensiv angehen“. Mit der Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 dürfe man nicht erst nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr beginnen. Dabei spiele das Thema Finanzen eine große Rolle. In allen Bereichen stiegen die Ausgaben schneller als die Einnahmen, wobei die Kommunen in Bayern insgesamt finanziell immer noch besser dastünden als in den meisten anderen Bundesländern. „Bayern ist nur so stark wie seine Kommunen stark sind“. Das müssen wir auch leben!“, unterstrich Herrmann.

## Klage gegen Bürokratie...

(Fortsetzung von Seite 1)  
platzsetzung zu erlassen“. Klagen über eine bayerweite Regelungsflut seien damit vorprogrammiert. Gleiches gelte für den nunmehr notwendigen und sehr wahrscheinlichen Erlass von über 2.000 Spielplatzsätzen.

Auch der bdla Bayern rät dringend davon ab, den Kommunen die Möglichkeit zu entziehen, kommunale Freiflächen- und Grüngestaltungssatzungen als örtliche Bauvorschriften zu erlassen, bzw. die bestehenden Satzungen außer Kraft zu setzen. Die genannten Änderungen seien „inakzeptabel“ und vermittelten, „dass der Eigentümer die Freiflächen seines Grundstücks zunehmend nach Belieben gestalten oder nutzen kann, gerne auch zu Ungunsten des Ortsbildes, des lokalen Klimas, des Wasserhaushalts, der Artenvielfalt – unserer wichtigsten Umweltgüter im Siedlungszusammenhang“.

### Völlig falsches Signal

Wörtlich heißt es in der Stellungnahme des Ersten Vorsitzenden Dr. Johannes Gnädinger: „Mit den letzten Änderungen der BayBO wurde die ordnende und steuernde Rolle der Gemeinde gestärkt. Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird nun das genaue Gegenteil erreicht. Ein völlig falsches Signal – es begünstigt eine fehlgeleitete Freiheit bei Eigentümern, während es zu Frustration bei Kommunalpolitikern, Gremien, Kommunalverwaltungen, bürgerschaftlich Engagierten und zu Verwirrung, wenn nicht Zwist bei den Bürgern führt.“

Eine bürokratische Entlastung bei den Kommunen sei nicht erkennbar, im Gegenteil. Denn nun müsse sich die Gemeinde selbst um (zusätzliche) Aufgaben kümmern, die zuvor dem Eigentümer oblagen... „Eine bizarre Vorstellung, erst recht, da die Inhalte und Resultate von mehr als zweifelhafter Qualität sind.“

Aus Gründen einer vorgebliehen Entbürokratisierung werde jetzt die kommunale Planungshoheit geschwächt. Der tatsächliche Effekt sei die Stärkung des Individualinteresses und des Eigennutzes sowie die Schwächung des Gemeinnutzens. Der bdla Bayern empfiehlt deshalb eine „grundlegende Überarbeitung“. **DK**

erforderlich. Kanzler und Innenministerin gäben zwar „wohlfeile Sprüche“ von sich, „jedoch passiert zu wenig“. Immerhin habe die CSU in den vergangenen Jahren durchgesetzt, die

Grenzkontrollen deutlich auszudehnen. Dass die Flüchtlingszahlen dadurch merklich zurückgingen, belegten vermehrte Kontrollen an der tschechischen, polnischen und schweizerischen Grenze seit Oktober 2023. „Die illegale Migration ist zahlenmäßig um mindestens ein Drittel reduziert worden. Das ist schon eine ganze Menge, aber immer noch nicht genug“, stellte der Minister klar und ergänzte: „Das Schengen-Abkommen sieht vor, dass an den EU-Außengrenzen konsequent kontrolliert wird. Funktioniert dies nicht, weil es von vielen EU-Ländern nicht praktiziert wird, müssen wir im eigenen Interesse wieder dazu kommen, eigene Grenzkontrollen durchzuführen.“ Mit der bayerischen Grenzpolizei, die bis 2028 nochmals deutlich verstärkt werden soll, sei der Freistaat schon jetzt gut aufgestellt.

Für die Integration auf kommunaler Ebene erachtet es Herrmann als wichtig, „dass wir nun im Ministerrat das Konzept zur frühen Sprachstandsdiagnose für Kinder festgelegt haben“. Immer mehr Eltern nähmen wahr, dass der Lernfortschritt der eigenen Kinder darunter leidet, wenn in der Klasse immer mehr ausländische Kinder keine ausreichenden Deutschkennt-

nisse besitzen. Deshalb werde jedes Kind künftig eineinhalb Jahre vor der Einschulung auf seine Sprachkenntnisse getestet. Im Fall von Defiziten werde es eine verpflichtende Sprachförderung geben. Erst danach sei eine Einschulung in die Regelklasse möglich.

### Entbürokratisierung

Mit Blick auf das Thema Entbürokratisierung meinte der Minister: „Wir müssen nach Jahren der Ankündigung jetzt wirklich Nägel mit Köpfen machen.“ Er respektiere jede Kritik an den aktuellen Plänen der Staatsregierung, „aber wir können uns nicht leisten, dass wir am Jahresende nichts vorzuweisen haben“. Jeder, der einen konkreten Vorschlag habe, möge sich bei ihm melden, bot Herrmann an.

Er bedauere sehr das Vorgehen von Bayerischem Städtetag und Gemeindetag (siehe dazu Bericht Seite 1). Dies könne nicht „Sinn der Sache sein“. Man müsse sich wieder darauf konzentrieren, was tatsächlich an Regelungen notwendig ist. Ständig neue Vorschriften gingen mit dem Einsatz von immer mehr Personal einher, das mit Blick auf die demografische Entwicklung jedoch nicht mehr zu bekommen sei. Hier müsse die Kommunikation deutlich verstärkt werden, meinte Herrmann und bat die KPV abschließend, sich um dieses Thema „intensiv zu kümmern“. **DK**

## Als „Möglichmacher“ ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
schwung. Um wieder angemessene Wachstumsraten zu erreichen, braucht Deutschland ein umfassendes wirtschaftspolitisches Reformpaket. Es geht um die Stärkung des Arbeitsangebots, der Investitionsbereitschaft und der Innovationen.“

Der demografische Wandel führe zu weniger Erwerbstätigen, erläuterte Fuest. Dies sei „Gegenwind für das Wachstum“. Hinzu komme, dass in Deutschland im Jahr pro Beschäftigten am wenigsten gearbeitet wird. Da Arbeitskräfte zwingend erforderlich seien, gelte es, sich mit der Frage zu befassen, weshalb so viele Menschen Teilzeit arbeiten wollen. Das betreffe vor allem Frauen bzw. Mütter.

### Ans Klima anpassen

Fuest zufolge ist es erforderlich, sich an die Klimaerwärmung anzupassen. Dafür müsse man investieren und dekarbonisieren. Dies sei mit gewaltigen Anstrengungen verbunden.

Fuest plädierte auch dafür, bürokratische Vorgaben zu hinterfragen. Viele in den vergangenen Jahren beschlossene Gesetze entfalteten weder einen wirtschaftlichen noch ökologischen Nutzen, sie schadenen nur und produzierten Bürokratie. Dies gelte sicher für die EU-Taxonomie für Nachhaltige Entwicklung, die „komplett geschreddert“ werden könne.

Auch das Energieeffizienzgesetz sei ein Desaster: „Wir verabschieden Gesetze, von denen wir wissen, wir wollen diese gar nicht anwenden. Die ESG-Berichterstattung führt zu noch mehr Bürokratie und die Lieferkettensorgfaltgesetzgebung, die geprägt ist von Misstrauen gegenüber Unternehmen, kann genauso in den Schredder, denn sie führt dazu, dass Vorschriften erlassen werden, die wir sowieso alle teilen. Wir brauchen stattdessen zum Beispiel strengere Strafen bei Kinderarbeit.“

Fuest machte abschließend darauf aufmerksam, dass die Abschaffung der Schuldenbremse keine Probleme löse. Das Augenmerk müsse auf mehr Investitionen gelegt wer-

den. Deutschland verfüge nach wie vor über sehr viel Substanz. Dafür sorgten der Mittelstand und Hidden Champions mit einer breiten Streuung über viele Branchen. Auf diese Unternehmen müsse die Wirtschaftspolitik ihr Augenmerk richten.

Zum Abschluss des Verbandstags ergriff Stefan Müller das Wort. Der bisherige Bundestagsabgeordnete aus Erlangen wird zum 1. August Scheller als GVB-Präsident nachfolgen. Müller sieht den GVB als Impulsgeber im genossenschaftlichen Verbund und als eine der größten Mittelstandsvereinigungen des Freistaats. Er wolle weiter daran arbeiten, dass der GVB auch künftig ein starker, innovativer Dienstleister für die Mitglieder bleibe, kündigte er an.

Inzwischen übergab Gregor Scheller bei einem Festakt in München Stefan Müller offiziell die Amtsgeschäfte. Zahlreiche Ehrengäste nahmen an der Feier teil, um Schellers herausragende Leistung und seinen Einsatz für das Genossenschaftswesen zu würdigen. Als langjähriger Bankvorstand prägte er maßgeblich die Entwicklung der heutigen VR Bank Bamberg-Forchheim und engagierte sich intensiv in verschiedenen Gremien auf Bundes- und Landesebene. „In den letzten zwei Jahren hat Gregor Scheller im GVB als Präsident wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Verbands vorgenommen“, lobte Gerhard Walther. Für seine Verdienste erhielt Scheller die Raiffeisen-Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold, die höchste Ehrung der genossenschaftlichen Organisation in Deutschland.

### Söder: Wirtschaftliche Fundamente

Ministerpräsident Dr. Markus Söder unterstrich in seinem Grußwort Schellers unermüdelichen Einsatz für die Anliegen der Genossenschaften und würdigte seinen bedeutenden Beitrag zur Stärkung des Genossenschaftswesens in Bayern. Zudem bekannte er sich zum Mittelstand sowie zu regionalen Bankengruppen wie den bayerischen Volks- und Raiffeisen-

## Bayerisches Kabinett ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
großen Sprachdefiziten ist vorgesehen, je nach Alter ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen oder alternativ Sprachunterricht anzubieten.

Sollte eine staatlich geförderte Kita erklären, dass kein erheblicher Sprachförderbedarf bestehe, muss das Kind nicht an der Sprachstandserhebung an der Grundschule teilnehmen. Das Kultusministerium werde die Schulen durch die zentrale Bereitstellung eines wissenschaftsbasierten Instruments sowie zusätzliche personelle Ressourcen unterstützen.

### Ausnahmeregelungen

Zufrieden zeigte sich der Minister auch damit, „dass wir uns auf flexiblere und leichtere Ausnahmeregelungen für Großereignisse verschiedenster Art einigen konnten. Bei über die bayerischen Grenzen hinaus populären Veranstaltungen wie der Landshuter Hochzeit, den Oberammergauer Passionsspielen oder auch sportlichen Großereignissen kann sich damit Bayern gerade gegenüber ausländischen Gästen, die an lange Öffnungszeiten gewohnt sind, besser darstellen.“

Laut Sozialministerin Ulrike Scharf „bleiben die Balance der verschiedenen Interessen und der wichtige Schutzgedanke des Gesetzes gewahrt. Kommunen erhalten künftig mehr Gestaltungsspielraum, unnötige Bürokratie wird abgebaut.“

### Verpflichtende Sprachtests

Themenwechsel. Erstmals sollen Kinder, die im September 2026 in die Schule kommen, verpflichtende Sprachtests vor ihrer Einschulung absolvieren. Zu Beginn des Jahres 2025 erhalten die Eltern der Kinder von der zuständigen Grundschule ein Schreiben mit allen wesentlichen Informationen. Das Kabinett gab die dazu notwendigen Regelungen zur Verbändeanhörung frei, damit können im nächsten Schritt zunächst Bildungsverbände und andere Experten ihre Kommentare abgeben.

Die Feststellung des Sprachstands für die etwa viereinhalb Jahre jungen Kinder solle in einem zweistufigen Verfahren an den jeweiligen Grundschulen erfolgen: per fest etabliertem Sprachtest im vorletzten Kita-Jahr und per Sprachscreening bei der Schulanmeldung. Bei zu

banken: „Der ländliche Raum ist die Seele des Freistaats. Mittelstand und Familienunternehmen sind unser wirtschaftliches Fundament und machen uns auch international stark. Dafür steht der Genossenschaftsverband Bayern in besonderer Weise. Besonders wichtig sind dabei die Genossenschaftsbanken. Sie sind ideale Partner gerade für kleine und mittlere Unternehmen. Mit ihrer regionalen Verankerung kennen sie die Verhältnisse vor Ort genau. Für sie werden wir auch in Europa kämpfen. Die Staatsregierung ist und bleibt ein starker Partner.“

Wie Verbandsratsvorsitzender Walther darlegte, bringe der neue GVB-Präsident Stefan Müller mit einer Bankausbildung und langjähriger politischer Erfahrung ideale Voraussetzungen für seine neue Aufgabe mit. „Mit Stefan Müller haben wir eine ideale Nachfolgelösung gefunden. Gemeinsam mit dem Prüfungsvorstand Alexander Leißl wird er dafür sorgen, dass der GVB auch weiterhin seiner Rolle als starker, moderner und innovativer Dienstleister und Fürsprecher für seine Mitglieder gerecht wird“, betonte Walther abschließend. **DK**

großen Sprachdefiziten ist vorgesehen, je nach Alter ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen oder alternativ Sprachunterricht anzubieten.

Sollte eine staatlich geförderte Kita erklären, dass kein erheblicher Sprachförderbedarf bestehe, muss das Kind nicht an der Sprachstandserhebung an der Grundschule teilnehmen. Das Kultusministerium werde die Schulen durch die zentrale Bereitstellung eines wissenschaftsbasierten Instruments sowie zusätzliche personelle Ressourcen unterstützen.

Nach Angaben von Staatskanzleichen Florian Herrmann solle keine „unsinnige“ Bürokratie entstehen, es müsse aber garantiert sein, dass jedes Kind, das eingeschult wird, in der Lage ist, Deutsch so zu sprechen, wie es notwendig ist.

### Neues Verwaltungsgericht

Grünes Licht gab der Ministerrat außerdem für ein Verwaltungsgericht für Niederbayern am Standort Plattling. Zudem leitete er ein Flächenmanagementverfahren für ein geeignetes Gebäude ein. Im Endausbau soll das neue Verwaltungsgericht sieben Kammern mit rund 50 Mitarbeitern umfassen. Dafür wird eine Gebäudefläche von rund 2.000 Quadratmetern benötigt.

Da staatliche Grundstücke in Plattling nicht zur Verfügung stehen, ist die Staatliche Immobiliengesellschaft IMBY mit der Suche nach einem geeigneten Miet-Objekt beauftragt worden. Je nach Angeboten soll das Gericht in einem Bestandsgebäude oder in einem Neubau unterkommen. Wie Innenminister Joachim Herrmann erläuterte, „gehen wir davon aus, dass das neue Gericht ab Juli 2028 den Betrieb aufnehmen kann. Das Verwaltungsgericht Plattling wird dann für alle ab diesem Zeitpunkt neu eingehenden Verfahren aus dem Regierungsbezirk Niederbayern örtlich zuständig sein.“

Das dafür benötigte Personal wächst entsprechend dem Bedarf schrittweise an. Großen Wert legt Herrmann darauf, dass der Verlagerungsprozess von Regensburg nach Plattling sozialverträglich gestaltet wird: „Nur so werden wir den neuen Gerichtsstandort erfolgreich auf den Weg bringen.“ Die Verlagerung stärke zugleich den ländlichen Raum Niederbayerns und entlaste die „Boomtown“ Regensburg.

Auf Herrmanns Vorschlag beschloss der Ministerrat zudem, die Asylverfahren für Flüchtlinge ausgewählter Herkunftstaaten bei den einzelnen Verwaltungsgerichten zu konzentrieren. „Durch die Konzentration bestimmter Herkunftstaaten gewinnen die Gerichte eine größere Expertise in den Verfahren. Dadurch erhoffen wir uns schnellere Asyl-Entscheidungen und insgesamt eine Beschleunigung der landesweiten Verfahrenslaufzeiten“, stellte der Minister fest.

Herrmann zufolge sollen künftige Streitigkeiten nach dem Asylgesetz mit Asylbewerbern aus dem Jemen und Nigeria bayerweit vor dem Verwaltungsgericht Augsburg verhandelt werden. Kommen die Asylbewerber aus Jordanien und Peru, wird das Verwaltungsgericht Bayreuth zuständig sein. Die Herkunftsländer Angola, Demokratische Republik Kongo, Kongo, Sierra Leone und Uganda sind dem Verwaltungsgericht Regensburg zugeordnet. Das Verwaltungsgericht Würzburg verhandelt zukünftig auch die Verfahren von Asylbewerbern aus der Türkei, für die bisher das Verwaltungsgericht Ansbach zuständig gewesen ist. **DK**

Modernes Bauen:

## Auswege aus der Krise im Wohnungsbau

Gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Städtetag und BBIV

Die aktuellen Rahmenbedingungen sind für Baubranche und Investoren herausfordernd: immer weiter steigende Grundstückskosten, gefolgt von einem Engpass an Bauprodukten und massiv erhöhten Baukosten. Gleichzeitig erreichten die Bauzinsen im November 2023 einen schon lange nicht mehr gekannten Höchststand. Im Rahmen einer gemeinsamen Fachtagung von Bayerischem Städtetag und Bayerischem Bauindustrieverband in München zeigten hochrangige Experten nun Wege auf, wie Wohnungsbau gelingen kann.

Deutschlandweit sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 2024 gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 18,3 Prozent, in Bayern gar um 18,5 Prozent, stellte das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, in seiner Begrüßung fest. Dabei sei Wohnen ein unverzichtbares Grundbedürfnis, Lebensmittelpunkt, Basis für gesellschaftliche Teilhabe, Rückzugsort. Für die Städte und Gemeinden und für den Staat gehöre es zu den wichtigsten Aufgaben, dass Wohnungen für alle

ziale Wohnraumförderung mit einem intensiven Mitteleinsatz kofinanzieren. Leider erfolgten die Mittelzusagen jedoch nur von Jahr zu Jahr. „Eine für die Wohnungswirtschaft notwendige Planungssicherheit konnte seit dem Wohnungspakt 2016 nicht mehr hergestellt werden“, bemängelte Buckenhofer.

Um die Situation für den Wohnungsbau zu verbessern, verlangt der Kommunalverband noch ein Bündel an investiven und regulatorischen Maßnahmen durch den Bund, darunter Erleichterungen im Verga-

erleichtert. Auch sichert die Losaufteilung den Bestand und die Qualität der vielfältigen Professionen des Handwerks.

### Ausnahmen im Vergaberecht

Jedoch lasse das Vergaberecht, so der Geschäftsführer, auch Ausnahmen von diesem Grundsatz zu, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern. So stoße die klassische Trennung von Planungs- und Bauphase an Grenzen, wenn mit Modulen, vielleicht aus Holz, gebaut und die zeitgerechte Anlieferung anderswo hergestellter Module zum zentralen Gegenstand der Planung wird. Zudem gebe es weitere berechnete Interessen der Bauherren, von dem Grundsatz abzuweichen.

Fazit: Die Zusammenfassung von Losen, die Vergabe an Generalunternehmer, Generalübernehmer, Totalübernehmer usw. ist kein Allheilmittel. Sie löst nicht alle aktuellen Probleme. Und sie ist auch nicht per se billiger, im Gegenteil: Die Dienstleistung, die unterschiedlichen Gewerke zu koordinieren, lässt sich ein Generalunternehmer bezahlen. Gleiches gilt für die übernommenen Risiken. Gleichwohl ist sie ein legitimes Mittel, eine legitime Gestaltungsmöglichkeit, die in bestimmten Fällen die Aufgabenerfüllung mit dem limitierten Personal in den Kommunen erleichtern kann.

Norbert Peine, Vizepräsident des Bayerischen Bauindustrieverbands, verwies in seiner Begrüßung insbesondere auf ein aktuelles Papier des Bauindustrieverbands „Bauen statt Streiten“ – Partnerschaftsmodelle am Bau, während Frank Thyroff, Geschäftsführer der wbg Nürnberg, die aktuellen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau aus Sicht eines kommunalen Wohnungsunternehmens skizzierte.

### Bewertungsprobleme

Laut Thyroff wird statt fehlender Grundstücke und langer Genehmigungsverfahren die betriebswirtschaftliche Bewertung von Neubauprojekten zum Problem. Die Sichtweisen von Kommunen, Investoren und Wirtschaftsprüfern driften auseinander und führten zu erschwerten Investitionsentscheidungen. Der Wohnungsneubau sei jedoch in vielen Städten weiterhin dringend erforderlich, ansonsten werde sich die Situation auf den ohnehin

schon angespannten Wohnungsmärkten weiter verschärfen.

Darüber hinaus führten steigende Kosten für Klimaschutz im Mietwohnungsbestand zu schwindenden Eigenkapitalreserven der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Liquiditäts- oder eigenkapitalstärkende Maßnahmen wie Gesellschaftereinlagen oder der Verkauf von Beständen wären dann erforderlich, um Wohnungsneubau weiterhin zu ermöglichen.

Notwendig seien vertretbare Mietsteigerungen im Bestand, ebenso eine deutlich verbesserte Bundes- und Landesförderung für den Wohnungsbau sowie eine verbesserte Einschätzung der Banken und keine Verschärfung durch EU-Taxonomie. „Die bisher geübte Beschaffungspraxis, in welcher der öffentliche Auftraggeber, gegebenenfalls mit Unterstützung von Planungsbüros, plant und Bauunternehmen lediglich die Ausführung übernehmen, wird den aktuellen Erfordernissen im öffentlichen Bau in vielen Fällen nicht gerecht“, stellte Robert Huber vom Bayerischen Bauindustrieverband fest. Deshalb biete die Bauindustrie im Rahmen ihrer Modellvielfalt, die auch weiterhin die Fach- und Teilloservergabe umfasst, zusätzliche partnerschaftliche Beschaffungsvarianten, sog. Partnerschaftsmodelle, für öffentliche Auftraggeber an, in denen insbesondere Planung und Bau integrativ gedacht werden.

### Kombination einzelner Projekte

Gerade bei komplexen Projekten ließen sich so einzelne Projektphasen miteinander kombinieren – von der Gesamtvergabe einer Bauleistung über Design-and-Build-, Partnering- und Zwei-Phasen-Modelle (Kopplung von Planung und Bau auf Basis einer Leistungsbeschreibung nach § 7c VOB/A) bis hin zu Bauteam-Verfahren sowie Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP). Partnerschaftsmodelle sollten zum einen in Abhängigkeit von personellen und finanziellen Ressourcen sowie dem vorhandenen Know-how auf Auftraggeberseite, und zum anderen mit Blick auf die Projektkomplexität ausgewählt werden, um die individuell passgenaue und wirtschaftlichste Lösung zu erhalten.

„Dadurch, dass in den allermeisten Fällen in Fach- und Teillosen ausgeschrieben wird, kommen Anbieter mit modularen und seriellen Konzepten nur selten zum Zug, da deren Lösungen zumeist nur bei funktionalen Ausschreibungen ihre Vorteile ausspielen können“, betonte Huber. Durch funktiona-

Gerlach und Füracker:

## 404 Millionen Euro für Krankenhausbauvorhaben

Flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung

Für Bauprojekte an bayerischen Kliniken investiert der Freistaat in diesem Jahr insgesamt rund 404 Millionen Euro. Darauf haben Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker nach der Freigabe des Jahreskrankenhausbauprogramms 2024 hingewiesen.

Gerlach betonte: „Bayern steht für eine flächendeckende leistungsfähige Krankenhausversorgung – und das soll auch so bleiben. Wir investieren dafür kräftig. Im Fokus der aktuellen Projekte stehen insbesondere moderne Untersuchungs- und Behandlungseinrichtungen, zeitgemäße patientenorientierte Pflegebereiche und Maßnahmen zur Verbesserung betriebsorganisatorischer Abläufe.“

Als „starkes Signal für den Erhalt einer qualitativ hochwertigen

le Ausschreibungen habe der öffentliche Auftraggeber ebenfalls die Möglichkeit, Vergaben im 2-Phasen-Modell durchzuführen und so Zugang zu Bietern mit modularen und seriellen Konzepten zu erhalten.

### Standardisiertes Bauen

Durch standardisiertes Bauen könne der öffentliche Auftraggeber in Bayern in vielen Fällen deutlich schneller, qualitativ hochwertiger und preisgünstiger bauen. Der Einsatz serieller und modularer Konzepte biete sich vor allem beim kommunalen Wohnungsbau, bei Schulen und Kindertagesstätten, Wohneinrichtungen für Pflegekräfte, Bundeswehr, universitären Gebäuden und Forschungseinrichtungen an. „In all den Fällen, bei denen bei öffentlichen Bauvorhaben eine individuelle architektonische Lösung aus städtebaulichen oder sonstigen übergeordneten Gesichtspunkten nicht zwingend notwendig erscheint, sollte der mögliche Einsatz von seriellen und modularen Konzepten standardmäßig geprüft werden“, unterstrich Huber.

Rechtsanwalt Bernhard Stolz ordnete im Anschluss unterschiedliche Ausprägungen und Begrifflichkeiten der Zusammenfassung von Losen ein und erläuterte deren Voraussetzungen. Mit einem Blick in die Praxis schloss die Fachtagung. Während Dirk Müller, Geschäftsführer KEC-Architekten, modulare Systeme der Zech-Bau Gruppe zeigte, referierte Daniel von Schamann, Mitglied der Geschäftsleitung der Münchner Wohnen, über wesentliche Erfolgsfaktoren für den sozialen Wohnungsbau. **DK**

gen stationären Versorgung in allen bayerischen Regionen“ wertete Finanzminister Füracker das Jahreskrankenhausbauprogramm. Ein besonderer Schwerpunkt werde in diesem Jahr auf die Förderung der Krankenhausinvestitionen gelegt. Die rund 404 Millionen Euro für die Förderung der laufenden Krankenhausbauvorhaben sind rund 25 Prozent mehr als im Vorjahr.

### Hoher Investitionsbedarf

Gerlach fügte hinzu: „Wir sehen aber auch, dass die Kliniken weiterhin einen hohen Investitionsbedarf haben. Der Minister wird deshalb in Kürze über die Finanzierung zusätzlicher Krankenhausbauvorhaben in den nächsten Jahren entscheiden.“

Füracker betonte: „Rund 59 Prozent der Gelder fließen 2024 an Kliniken im ländlichen Raum. Die gute Mittelausstattung für die Krankenhausinvestitionen eröffnet zudem den Spielraum, ein Bauvorhaben vorgezogen im Bauprogramm 2024 zu berücksichtigen. Für das Projekt ‚Neustrukturierung, Bauabschnitt 1‘ beim Klinikum am Europakanal Erlangen kann der Krankenhaussträger damit bereits ein Jahr früher als ursprünglich geplant erste Fördermittel abrufen.“

„Durch den vorgezogenen Finanzierungsbeginn kann dieses Bauvorhaben schneller realisiert werden. Das ist ein positives Signal für die Versorgung in der Region! Zudem wird der Krankenhaussträger dadurch spürbar von Vorfinanzierungskosten entlastet“, so Gerlach.

Insgesamt enthält das diesjährige Jahreskrankenhausbauprogramm 102 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtkostenvolumen von rund 3,7 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

### Besondere Vorhaben:

- München-Klinik Harlaching
- Klinikum Traunstein
- Klinikum Landshut
- Asklepios Klinik im Städtedreieck Burglengenfeld
- Klinikum Kulmbach
- Klinikum Nürnberg-Betriebsstätte Süd
- Klinikum Main-Spessart Lohr am Main
- Klinikum Memmingen

### Stabile Neubauzahlen bei kommunalen Wohnungsunternehmen

Bayerns kommunale Wohnungsunternehmen trotzten der Baukrise. Die im VdW Bayern organisierten Wohnungsunternehmen haben laut Verbandsdirektor Hans Maier 2023 fast 2.500 Wohnungen gebaut. Für das aktuelle Jahr ist die Fertigstellung von 2.184 Wohnungen geplant. Die kommunalen Wohnungsunternehmen haben einen Bestand von 242.802 Wohnungen und vermieten diese für durchschnittlich 7,05 Euro pro Quadratmeter.

Die 111 kommunalen Wohnungsunternehmen in Bayern seien die maßgeblichen Akteure, wenn es um den Bau öffentlich geförderter Wohnungen geht. Schließlich sei die Daseinsvorsorge ihr Satzungszweck, so Maier. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sei es den städtischen Wohnungsunternehmen gelungen, die Neubauzahlen stabil zu halten. Von den derzeit bewilligten 18.000 neuen geförderten Wohnungen im Freistaat werden in den kommenden Jahren 15.000 durch die Verbandsmitglieder errichtet. **DK**

Bürgerinnen und Bürger zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Das Fehlen eines ausreichenden und bezahlbaren Wohnraumbereichs führe zu sozialen Spannungen. Für Menschen am Existenzminimum berge das Fehlen bezahlbaren Wohnraums die Gefahr, in die Wohnungslosigkeit abzurutschen.

### Bund muss handeln

Laut Buckenhofer fordert der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier ein entschiedenes Handeln des Bundes. Dieser stelle den Ländern zwischen 2022 und 2027 insgesamt 18,15 Milliarden Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Positiv sei, dass der Freistaat Bayern die Bundesmittel vollständig für die Wohnraumförderung verwende und die so-

berecht. So sollten Generalplannervergaben unter Wahrung des KMU-Schutzes erleichtert oder der EU-Schwellenwert für Vergaben von Bauleistungen auf 10 Millionen Euro erhöht werden. Zusätzlich müsse der EU-Schwellenwert für Planungsleistungen deutlich angehoben werden. Dieser liege aktuell bei 221.000 Euro und werde nach der Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV regelmäßig bereits bei Planungsleistungen für Bauvorhaben ab 1 Million Euro gerissen.

Ein weiterer bestimmender Faktor des deutschen Vergaberechts ist Buckenhofer zufolge der Grundsatz der losweisen Vergabe. Indem große Auftragsvolumen mengenmäßig und fachlich aufgeteilt werden, wird mittelständischen und kleineren Unternehmen der Zugang zu Vergaben der öffentlichen Hand

## WIR KÖNNEN STRASSENBAU

- ✗ Gemeindeverbindungsstraßen
- ✗ Hofzufahrten ✗ Moosstraßen
- ✗ Bergstraßen ✗ Radwege
- ✗ Wirtschaftswege ✗ Güterwege
- ✗ Beton- und Betonpflasterstraßen
- ✗ Innerorts Straßen ✗ Parkplätze
- ✗ Industrie- und Logistikflächen

# PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Die Lösung:

## DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER als herkömmliche Straßensanierungen



LANGLEBIGER  
SCHNELLER • TRAGFÄHIGER  
GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. +49-8083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de

▶ Folgen Sie uns auf Youtube!

Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises 2024:

## Auszeichnung für Feldkirchen und Kempten

Bei einer festlichen Preisverleihung in Berlin wurden die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis vergeben. Unter dem Motto „Hohe Qualität – tragbare Kosten“ zeichnete die Jury unter 30 Nominierten acht Projekte, darunter zwei aus Bayern, mit einem Preis aus. Gewürdigt wurden zukunftsweisende und innovative Beispiele, die den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden und übertragbare Lösungen anbieten.

Mit dem Deutschen Bauherrenpreis wurde unter anderem die Gemeinde Feldkirchen bei München für die Schaffung der Wohnanlage Raiffeisengelände geehrt. Ihr sei es in besondere Weise gelungen, ein integriertes Wohnquartier und qualitativ hochwertigen Stadtbaustein zu schaffen, der positiv in die Nachbarschaft hineinwirkt, lautete das Urteil der Jury, die diese Arbeit als „ein herausragendes kommunales Eigenprojekt“ würdigte.

### Vielzahl an Nutzungen

Die neue Bebauung in Bahnhofsnähe füge sich städtebaulich sehr gut in die Umgebung ein, heißt es in der Beurteilung. Ein zum Norden ausgerichteter Baukörper schütze das gesamte Quartier vor Lärmbelastungen der naheliegenden Bahnlinie. Der sehr gute architektonische Entwurf bestehe durch eine Vielzahl an Nutzungen und Grundrisstypen. Alle 59 Wohnungen sind öffentlich gefördert und barrierefrei, acht davon sind rollstuhlgerecht. Zusätzlich wurden 20 Appartements für Senioren errichtet.

Bei der Auswahl der Baustoffe wurde auf den Einsatz von schadstofffreien Werkstoffen geachtet und auf WDVS weitestgehend verzichtet. Die Dächer sind begrünt und mit PV-Anlagen versehen. Versorgt wird das Quartier mit Fernwärme mit hohem Anteil regenerativer Energien. Der Freiraum ist mit wasserdurchlässigen Flächen, Fahrradstellplätzen, Spielbereichen, Mietergärten und vielfältiger Bepflanzung überzeugend gestaltet und bietet hohe Aufenthaltsqualitäten. Ein Bürgercafé lädt zu nachbarschaftlichen Begegnungen ein. Der Quartiersplatz hat eine Anbindung zum Schulcampus, so dass die Mittagsbetreuung für die Grundschulkin- der direkt im Quartier stattfinden kann. Besonders hervorzuheben sei die frühzeitige Integration von Fachplanern und Behörden.

Mit einem Sonderpreis wurde das Projekt Wohnen am Weiher in Kempten (Bauherr: Sozialbau Kempten Wohnungs- und Städtebau GmbH) bedacht. Die Sozialbau Kempten zeigt laut Jury, dass auch hochgeschossige Wohngebäude ausschließlich aus einheimischen Hölzern und ohne Be-

forderungen des Klimawandels sind nur drei von vielen Problemfeldern, denen sich Bauwillige derzeit stellen müssen. Darüber hinaus spielt die Förderkulisse von Wohnraum eine entscheidende Rolle, um die Mieten für die Bewohner bezahlbar zu halten und Bauen in hoher Qualität zu ermöglichen“, erläuterte Axel Gedaschko, Präsident des GdW.

„Viele Städte in Deutschland werden in den kommenden Jahren weiterwachsen. Wir benötigen daher mehr bezahlbaren, klimaneutralen und qualitativ hochwertigen Wohnraum auf möglichst wenig Fläche“, unterstrich Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Was sich wie die Quadratur des Kreises anhört, sei machbar. Die beim Deutschen Bauherrenpreis ausgezeichneten Projekte zeigten: „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten ist auch unter schwierigen Rahmenbedingungen möglich, wenn alle Beteiligten ihre Fähigkeiten zusammenführen. Wir hoffen, dass die guten Beispiele aufgegriffen und vervielfältigt werden“, betonte Jung.

Der Deutsche Bauherrenpreis ist der wichtigste Preis im deutschen Wohnungsbau und wird von den drei auslobenden Verbänden GdW, BDA und Deutscher Städtetag, die sich zur AG KOOP zusammengeschlossen haben, bereits seit 1986 vergeben. **DK**

### Ökologisches und klimafreundliches Wohnen

„Die Herausforderungen für Bauherren werden von Jahr zu Jahr immer komplexer. Fehlende Grundstücke, eine schwierige Finanzierungslage und die Her-

ausforderungen des Klimawandels sind nur drei von vielen Problemfeldern, denen sich Bauwillige derzeit stellen müssen. Darüber hinaus spielt die Förderkulisse von Wohnraum eine entscheidende Rolle, um die Mieten für die Bewohner bezahlbar zu halten und Bauen in hoher Qualität zu ermöglichen“, erläuterte Axel Gedaschko, Präsident des GdW.

„Viele Städte in Deutschland werden in den kommenden Jahren weiterwachsen. Wir benötigen daher mehr bezahlbaren, klimaneutralen und qualitativ hochwertigen Wohnraum auf möglichst wenig Fläche“, unterstrich Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Was sich wie die Quadratur des Kreises anhört, sei machbar. Die beim Deutschen Bauherrenpreis ausgezeichneten Projekte zeigten: „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten ist auch unter schwierigen Rahmenbedingungen möglich, wenn alle Beteiligten ihre Fähigkeiten zusammenführen. Wir hoffen, dass die guten Beispiele aufgegriffen und vervielfältigt werden“, betonte Jung.

Der Deutsche Bauherrenpreis ist der wichtigste Preis im deutschen Wohnungsbau und wird von den drei auslobenden Verbänden GdW, BDA und Deutscher Städtetag, die sich zur AG KOOP zusammengeschlossen haben, bereits seit 1986 vergeben. **DK**



Schlüsselübergabe mit (v.l.) Kommandant Ronny Reuther, Bürgermeister Jens Korn, den Architekten Gottfried Jagusch-Pezolt und Kersten Schöttner, Projektbetreuerin Cornelia Schein und BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau. **Bild: Stadt Wallenfels**

## Mammutprojekt und Herzensangelegenheit

Neues Feuerwehrgerätehaus in Wallenfels eingeweiht

Vor kurzem wurde das neue Domizil der Wallenfelsener Feuerwehr seiner Bestimmung übergeben. Vor 40 Jahren zog sie von ihrem Domizil im alten Mädchenschulhaus in den ehemaligen Bauhof „Im Schlag“ um. Was damals nur ein Provisorium sein sollte, hatte bis Anfang November 2023 Bestand. Erst dann konnte das neue Feuerwehrgebäude auf dem Wollergelände bezogen werden. Bei den Einweihungsfeierlichkeiten schwärmte Bürgermeister Jens Korn: „Es ist so, als wenn Ostern und Weihnachten auf einen Tag fällt.“

„Die Stadt hat ihr Versprechen eingelöst, das sie vor 40 Jahren gegeben hat“, erklärte der Rathauschef. Rund 40 verschiedene Planer, Handwerker und Dienstleister arbeiteten auf dem Gelände. Eng eingebunden in alle Entscheidungen waren neben der Stadt Wallenfels auch die beiden Feuerwehrkommandanten.

Das Mammutprojekt war laut Jens Korn eine Herzensangelegenheit für den gesamten Stadtrat. Schließlich leisteten die Feuerwehren wertvolle Arbeit. Rund 160 Bürgerinnen und Bürger absolvierten ihren Dienst in den Wehren Wallenfels, Neuengrün,

Wolfergrün, Schnaid sowie Geuser und sorgten 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, für Sicherheit. Über alle Fraktionen im Stadtrat hinweg bestehe Einigkeit, den Frauen und Männern im Rahmen der finanziellen Verhältnisse die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. „Deshalb waren unsere Wehren in den letzten Jahren einer der großen Investitionsschwerpunkte der Stadt Wallenfels“, erläuterte Korn.

Das Mammutprojekt war laut Jens Korn eine Herzensangelegenheit für den gesamten Stadtrat. Schließlich leisteten die Feuerwehren wertvolle Arbeit. Rund 160 Bürgerinnen und Bürger absolvierten ihren Dienst in den Wehren Wallenfels, Neuengrün,



Schlüsselübergabe mit (v.l.) Kommandant Ronny Reuther, Bürgermeister Jens Korn, den Architekten Gottfried Jagusch-Pezolt und Kersten Schöttner, Projektbetreuerin Cornelia Schein und BayernGrund-Geschäftsführer Franz Schonlau. **Bild: Stadt Wallenfels**

## Mammutprojekt und Herzensangelegenheit

Neues Feuerwehrgerätehaus in Wallenfels eingeweiht

Vor kurzem wurde das neue Domizil der Wallenfelsener Feuerwehr seiner Bestimmung übergeben. Vor 40 Jahren zog sie von ihrem Domizil im alten Mädchenschulhaus in den ehemaligen Bauhof „Im Schlag“ um. Was damals nur ein Provisorium sein sollte, hatte bis Anfang November 2023 Bestand. Erst dann konnte das neue Feuerwehrgebäude auf dem Wollergelände bezogen werden. Bei den Einweihungsfeierlichkeiten schwärmte Bürgermeister Jens Korn: „Es ist so, als wenn Ostern und Weihnachten auf einen Tag fällt.“

„Die Stadt hat ihr Versprechen eingelöst, das sie vor 40 Jahren gegeben hat“, erklärte der Rathauschef. Rund 40 verschiedene Planer, Handwerker und Dienstleister arbeiteten auf dem Gelände. Eng eingebunden in alle Entscheidungen waren neben der Stadt Wallenfels auch die beiden Feuerwehrkommandanten.

Das Mammutprojekt war laut Jens Korn eine Herzensangelegenheit für den gesamten Stadtrat. Schließlich leisteten die Feuerwehren wertvolle Arbeit. Rund 160 Bürgerinnen und Bürger absolvierten ihren Dienst in den Wehren Wallenfels, Neuengrün,



Ansicht des Olympischen Dorfes, München, aufgenommen vom Olympischen Turm 2024. **Bild: Michael Schmidt**

### Zukunftsweisende Pläne:

## Erneuerbare Energien im Olympiadorf von 1972

Das Olympische Dorf, eine Architektur-Ikone der 1970er Jahre, umfasst zahlreiche Einzeldenkmäler und ist als Ensemble denkmalgeschützt. Im Juli beginnt ein besonderes Projekt, um dieses wichtige Kulturerbe nicht nur zu bewahren, sondern auch weiterzuentwickeln: Ziel des Rahmenplans im Kommunalen Denkmalkonzept (KDK) ist es, die Themen Photovoltaik und Erneuerbare Energien zu integrieren, ohne die historische Substanz und das Erscheinungsbild des Dorfes zu stören. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sollen denkmalverträgliche Lösungen erarbeitet werden, um auf erneuerbare Energien umzusteigen.

Das Olympische Dorf atmet den Geist der 1960er- und frühen 1970er-Jahre – seine markante Architektur, geprägt von klaren Linien und offenen Räumen, und das innovative städtebauliche Konzept erinnern bis heute an den Optimismus und den Wunsch nach Modernität dieser Ära. Die Gebäude mit ihrer funktionalen Gestaltung und den harmonisch integrierten Grünflächen spiegeln die damaligen Ideale einer aufgeschlossenen und zukunftsorientierten Gesellschaft wider. Die Planer setzten auf langfristige Nutzbarkeit und Lebensqualität, lange bevor diese Begriffe in aller Munde waren.

### Individuelle und sensible Konzepte vonnöten

„Die Verbindung von Denkmalschutz und Energiewende erfordert individuelle und sensible Konzepte“, so Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München. „Die energetische Transformation des Olympischen Dorfes als Teil des für das UNESCO-Welterbe vorgeschlagenen Olympiaparks soll als zukunftsweisendes Beispiel dienen und zeigen, dass Denkmalschutz und Klimaschutz miteinander vereinbar sind und sich ergänzen können.“

In enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) und der Landeshauptstadt München entwickelt eine Planungsge-

meinschaft aus Architektur-, Energieberatungs-, Statik-, Landschaftsarchitektur- und Designbüros einen Rahmenplan. Der Plan definiert geeignete Flächen für die Stromerzeugung und legt Gestaltungsvorgaben fest. Ein Handbuch wird die Ergebnisse verständlich darstellen. Das Projekt, initiiert von der Einwohner-Interessen-Gemeinschaft Olympisches Dorf und der Gruppe Projekt Olytopia des Vereins rehab republic sowie der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDB), wird durch Mittel der UDB und des BLfD finanziert.

### Kommunales Denkmalschutzkonzept

„Das Kommunale Denkmalkonzept ist ein unverzichtbares Instrument, um das reiche kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren. Es ermöglicht, Denkmäler gezielt zu schützen und Bürgerinnen und Bürger aktiv in den Denkmalpflegeprozess einzubeziehen. Nur durch gemeinsames Engagement können wir unsere historischen Bauwerke für zukünftige Generationen erhalten“, sagt Prof. Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege.

Zum Hintergrund: Das Kommunale Denkmalkonzept (KDK) des BLfD unterstützt bayerische Kommunen bei der systematischen Erfassung und nachhaltigen Pflege ihres historischen baulichen Erbes. Es umfasst die Bestandsaufnahme und Analyse der historischen Bausubstanz, die Identifikation von Problemen, die Festlegung von Zielen sowie die Entwicklung und Umsetzung eines planerischen Konzepts. Das KDK fördert die Eigenverantwortung der Kommunen und die Bürgerbeteiligung und nutzt die historische Bausubstanz als Potenzial für die Stadtentwicklung. Die weiteren Module des KDK für das Olympiadorf sind in den kommenden Jahren geplant.

Seit Einführung des Instrumente der städtebaulichen Denkmalpflege im Jahr 2015, konnte das BLfD mehrere wegweisende Kommunale Denkmalkonzepte auf den Weg bringen: In Feuchtwangen wird das Huppmann-Banse-Areal Stück für Stück wiederbelebt, in Lichtenberg konnten Solaranlagen im Denkmalensemble integriert werden und so dem Leerstand entgegenwirken. Aktuell wird in Bernbeuren eine denkmalgeschützte Scheune denkmalverträglich zu einem Lebensmittelgeschäft für die Region umgebaut. **DK**

## KINDERSPIEL!

# Wir bauen Ihre KITA

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer Hochbauprojekte wie Kindertagesstätte, Kindergarten und Schule.

Zukunft gemeinsam gestalten.

**Bayern Grund**



Kita / Schule



Bauamt auf Zeit



www.bayerngrund.de

Bund-Länder Städtebauförderung:

## 198 Mio. Euro für 423 Städte und Gemeinden

**Beträchtliche Mittel aus den drei Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung „Lebendige Zentren“, „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ sowie „Sozialer Zusammenhalt“ fließen auch heuer wieder nach Bayern: „Wir stellen 2024 gemeinsam mit dem Bund mehr als 198 Millionen Euro für 423 Städte und Gemeinden bereit“, gab Bayerns Bauminister Christian Bernreiter bekannt. „Dabei fließt der Großteil der Städtebauförderungsmittel in den ländlichen Raum und trägt somit zur Bewältigung des demografischen und wirtschaftlichen Strukturwandels bei.“**

Rund 25 Millionen Euro von Bund und Land gehen heuer an 71 unterfränkische Gemeinden. Dank der Städtebauförderungsmittel kann dieses Jahr beispielsweise in der Stadt Mainbernheim der nördliche Stadteingang als repräsentatives Entrée in das denkmalgeschützte Ensemble der Altstadt neugestaltet werden. Die Stadt Aschaffenburg gestaltet im Bereich des Johannisschlosses das Mainufer neu. Die umfassende Maßnahme verbessert die Aufenthaltsqualität und setzt die wertvollen Naherholungsflächen in Wert. Durch die deutliche Reduzierung von Stellplätzen werden zudem hochwertige Wege, Plätze und Flächen geschaffen. Mit der Revitalisierung des Anwesens „Alte Schmiede“ in der Gemeinde Gochsheim zur regionalen Begegnungsstätte wird das Ergebnis aus dem vorangegangenen Architektenworkshop umgesetzt. Mit der Sanierung der leerstehenden, z.T. denkmalgeschützten Gebäude wird ein weiterer Baustein zur nachhaltigen Belebung des Ortskerns realisiert.

56 schwäbische Gemeinden erhalten in diesem Jahr rund 27 Millionen Euro. Die Stadt Augsburg saniert den Perlachturm, ein herausragendes Baudenkmal, das zusammen mit dem Rathaus das stadtbildprägende und wohl bekannteste Ensemble der Fuggerstadt bildet. Nach der Sanierung wird der Aufstieg über den neu konzipierten Treppenauf-

gang zu einem besonderen Erlebnis. In der Gemeinde Wasserburg am Bodensee wird in diesem Jahr der zweite Bauabschnitt zur Umgestaltung der Hafenterrasse begonnen. Mit der Neugestaltung wird die malerische, denkmalgeschützte Halbinsel für Touristen und Einheimische gleichermaßen attraktiver.

### Schwaben

In der Stadt Schwabmünchen beginnt die Sanierung und Pflanzung des um 1727 als Posthalterei errichteten denkmalgeschützten „Alten Rathauses“. Das Erdgeschoss soll gastronomischen Zwecken dienen, während die Obergeschosse der Volkshochschule und verschiedenen Vereinen für kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Das Herzstück bildet dabei ein multifunktionaler Veranstaltungssaal im Dachgeschoss. Nach Fertigstellung des zentralen Bereichs zur Neugestaltung der Bürgermeister-Wohlfarth-Straße wird die Stadt Königsbrunn nun in einem zweiten Bauabschnitt den nördlich und südlich angrenzenden Bereich ebenfalls neugestalten und damit die Aufenthaltsqualität stark verbessern.

124 oberbayerische Gemeinden dürfen sich über mehr als 34 Millionen Euro freuen. In der Landeshauptstadt München beginnen die Sanierungsmaßnahmen und die Einrichtung eines

Erinnerungsortes auf dem Areal des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers im Stadtteil Neuaußing. Neben einer Außenstelle des NS-Dokumentationszentrums finden hier öffentliche Nutzungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, ein Veranstaltungsraum für Anwohner und Ateliers für Künstler Platz. Die Gestaltung des Außenbereichs der denkmalgeschützten Anlage setzt das Ausstellungskonzept des Erinnerungsortes im Freiraum fort und ergänzt gleichzeitig das öffentliche Angebot an Grünräumen.

### Oberbayern

Dank der Städtebauförderungsmittel können dieses Jahr beispielsweise in der Gemeinde Taufkirchen an der Vils die Freiflächen zwischen dem Stephansbrunnbach, dem Mehrgenerationenhaus und der Mittelschule zu einer klimaangepassten, innerörtlichen Landschaft umgestaltet werden. Kernbestandteile sind die abschnittsweise Renaturierung des Flussbetts, ein Outdoor-Gerätebereich für alle Altersgruppen sowie flexible nutzbare, begrünte Aufenthaltsbereiche. In der Gemeinde Windach wird die Sanierung des denkmalgeschützten Gasthofes am Schloss weitergeführt. Die Pläne umfassen die Sanierung der Gaststätte mit einem Saal für verschiedene Veranstaltungen, den Ausbau des Dachgeschosses und die Neugestaltung der Außenanlagen. Dies erfolgt im Rahmen der Neugestaltung der Ortsmitte, die auch die Sanierung und Erweiterung des Schlossmarktes umfasst.

28 Gemeinden werden in Niederbayern mit über 28 Mio. Euro unterstützt. Die Gemeinde Fürstenstein erhält in diesem Jahr För-

dermittel für die Sanierung eines Kultur- und Jugendzentrums in einem Anbau der Dreifachturnhalle. Das multifunktional nutzbare Gebäude soll als gemeinschaftliches Bürgerhaus für kulturelle, soziale, aber auch sportliche Veranstaltungen genutzt werden. Im Markt Fürstzell wird der Rathausvorplatz neugestaltet. In eine Terrassenanlage integrierte Sitzstufen und Sockel mit farbigen Staudenpflanzungen sowie klimaresiliente Bäume tragen wesentlich zur Attraktivitätssteigerung und Aufenthaltsqualität bei. Der Markt Siegenburg wird bei der Sanierung des ehemaligen „Goller-Anwesens“ am Marienplatz gefördert. In dem seit Jahren leerstehenden und vorübergehend als Kinderbetreuungseinrichtung zwischengenutzten Gebäude entstehen Räumlichkeiten für Vereine, soziale Gruppen sowie Fortbildungen. Das Dachgeschoss wird ausgebaut zu einem Bürgersaal, der sich bestens für Lesungen, Vorträge oder Theateraufführungen eignet.

### Oberpfalz

Mit knapp 25 Mio. Euro werden in der Oberpfalz 74 Gemeinden gefördert. Dank der Städtebauförderungsmittel kann dieses Jahr etwa im historischen Stadtkern der Stadt Tirschenreuth mit der Sanierung des seit Langem nicht mehr genutzten Luitpold-Kinos begonnen werden. Die Stadt möchte das ehemalige Lichtspielhaus für öffentliche Veranstaltungen nutzen und einen Theatersaal für das Moderne Theater Tirschenreuth bereitstellen. In der Stadt Grafenwöhr soll das Verwaltungsgebäude der Stadt modernisiert, energetisch ertüchtigt und barrierefrei ausgebaut werden. Das Gebäude ist

ein wichtiger Anlaufpunkt am historischen Marktplatz. Die ensemblegeschützte Schauffassade am Marktplatz wird vollständig erhalten bleiben. Durch die Optimierung der Gebäudehülle und der Anlagentechnik sollen der Primärenergiebedarf und der Transmissionswärmeverlust erheblich verringert werden. Die Stadt Bad Kötzing errichtet mit Unterstützung der Städtebauförderung den Ersatzneubau einer Quartiersgarage mit einem Panoramagarten auf dem Dach sowie einen Neubau für die Stadtbibliothek. Das Projekt ist das Ergebnis eines ebenfalls bezuschussten – städtebaulichen Planungswettbewerbs.

### Mittelfranken

In Mittelfranken (37 Gemeinden, rd. 27 Mio. Euro) können dieses Jahr beispielsweise in der südlichen Altstadt von Nürnberg die Freibereiche um den Nördlichen Marientorzwinger, den östlichen Teil der Katharinengasse sowie dem Gewerbemuseum neugestaltet und aufgewertet werden. Durch Entsiegelung entstehen ein grüner Stadtgarten mit neuen Bäumen und Biergarten und ein attraktiver öffentlicher Platz im Umfeld der historischen Stadtmauer. In der Gemeinde Illesheim soll eine leerstehende Scheune auf einer innerörtlichen Brachfläche saniert und als „Gemeindehaus Plus“ wiederbelebt werden. Das Haus soll Raum für ein Miteinander der Generationen bieten und für unterschiedliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen. In der Stadt Spalt wird die Ortsdurchfahrt umgestaltet und aufgewertet. Mit der Überplanung wird der Straßenraum barrierefrei gestaltet und erhält mit zusätzlicher Begrünung neue Aufenthaltsqualität.

### Oberfranken

In Oberfranken (rd. 30 Mio. Euro für 34 Gemeinden) beabsichtigt beispielsweise die Stadt Coburg, die aus einem Wettbewerbsverfahren hervorgegangene Planung für die Neugestaltung des Lohgrabens zu verwirklichen. Durch das Vorhaben werden eine hohe Aufenthaltsqualität sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung realisiert: Neben dem Erhalt und der Ergänzung von Baumbestand, der Entsiegelung von Flächen sowie einem Wasserspiel für heiße Sommertage sind auch tief erliegende Pflanzbeete geplant, in denen Niederschlagswasser gesammelt und langsam versickern kann. Die Stadt Münchberg gestaltet mit Unterstützung der Städtebauförderung die Außenanlagen des Schützenhauses neu im Anschluss an die Sanierung des Gebäudes, das 2024 wiedereröffnet werden soll. So entsteht ein attraktiver barrierefreier öffentlicher Raum mit saniertem historischem Biergarten und ökologisch aufgewerteten Flächen.

Die Gemeinde Weitramsdorf möchte mit einem Realisierungswettbewerb die Entwicklung ihrer neuen Ortsmitte vorbereiten. Auf der Fläche eines ehemaligen landwirtschaftlichen Anwesens soll ein Bürgerhaus als sozialer Treffpunkt und Kommunikationsort entstehen. Die Stadt Hof erstellt eine Machbarkeitsstudie für die Sanierung des Hauptbahnhofs und des Bahnhofvorplatzes. Das unter Denkmalschutz stehende historische Bahnhofsgebäude bildet für Reisende das „Tor“ zur Stadt. Die Studie untersucht insbesondere die Aspekte Klimaschutz, Barrierefreiheit und Öffentlichkeitsarbeit. **DK**

## Wohnimmobilienmarkt Bayern 2023/2024

Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe veröffentlicht

**Das anhaltend hohe Zinsniveau hat auch im Freistaat zu einem Rückgang der Preise für Wohnimmobilien geführt. Nachdem die Preisspitzen vergangener Jahre abgeschmolzen sind, zeichnet sich eine Stabilisierung der Preisentwicklung auf hohem Niveau ab, erklärten Vertreter der LBS Landesbausparkasse Süd, des Sparkassenverbands Bayern und der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH bei der Vorstellung des Marktspiegels der Sparkassen-Finanzgruppe in einem Pressegespräch.**

Auch wenn die höheren Zinsen eine Hürde bei der Finanzierung darstellen, ist der Wunsch der Menschen nach einem Eigenheim nach wie vor groß. 31 Prozent der Befragten des „Vermögensbarometers 2023“ zwischen 20 und 50 Jahren beschäftigen sich ernsthaft mit dem Erwerb einer Immobilie. Zwei Drittel von ihnen können sich vorstellen, eine Bestandsimmobilie zu kaufen. Lediglich ein Drittel möchte lieber einen Neubau.

„Nachdem das Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen 2023 stark durch das gestiegene Bauzinsniveau belastet wurde, konnten im ersten Quartal 2024 wieder 10,5 Prozent mehr Darlehen im Wohnungsbau zugesagt werden“, sagte Stefan Proßer, Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbands. „Die Märkte erwarten erste Zinssenkungen spätestens für den Sommer 2024. Da auch die Immobilienpreise nachgegeben haben, kann das auf eine Aufhellung am Immobilienmarkt hindeuten“, so Proßer.

Während der Bedarf an Wohnraum hoch bleibt, ist bei der Bautätigkeit kein zusätzlicher Schwung zu erkennen. So nahm die Zahl der Baugenehmigungen

im vergangenen Jahr um etwa 23 Prozent ab und sank damit von rund 77.000 im Vorjahr auf circa 59.000. Gebremst wird die Bautätigkeit weiterhin durch gestiegene Kosten und Knappheit bei Rohstoffen, durch Personalmangel in den Betrieben und durch die veränderten Finanzierungsbedingungen in Folge des Zinsanstiegs.

„In diesem Umfeld bleibt es eine zentrale Aufgabe der Politik, Wohnungsbau zu fördern und mehr Menschen den Weg in das eigene Zuhause zu ermöglichen. Dazu gehört eine Senkung der Erwerbsnebenkosten wie der Grunderwerbssteuer“, sagte Erwin Bumberger, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LBS Landesbausparkasse Süd.

Die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH konnte im vergangenen Jahr die Position als größter Makler und Marktführer bei der Vermittlung von Wohnimmobilien im Freistaat bestätigen und in dem veränderten Marktumfeld weitere Marktanteile hinzugewinnen. Die Maklerinnen und Makler der Sparkassen und der LBS Süd in Bayern vermitteln im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Immobilien. Insgesamt waren es 5.798 Kauf-Immobilien und

1.230 Mietverträge. Der Gesamtwert aller vermittelten Kaufobjekte betrug 2,2 Milliarden Euro.

Die Kaufpreise für gebrauchte Wohnimmobilien waren seit 2010 in Folge der günstigen Rahmenbedingungen bis etwa Mitte 2022 angestiegen. In Folge der veränderten Marktbedingungen kam es von da an zu einem Abschmelzen der erreichten Preisspitzen in etwa auf das Niveau des Jahres 2020. „Seit Beginn dieses Jahres bleiben die Immobilienpreise für gebrauchte Häuser und Wohnungen bei den von unseren Maklerinnen und Maklern vermittelten Objekten im Durchschnitt konstant und liegen damit in etwa doppelt so hoch wie noch vor 10 Jahren“, sagte Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH.

Detailliert gibt der neue Marktspiegel der Sparkassen-Finanzgruppe, abrufbar unter [www.sparkassen-immo.de](http://www.sparkassen-immo.de), Auskunft zu den Preisen vor Ort. Dieser enthält die Preisspannen für Baugrundstücke, Häuser und Eigentumswohnungen in allen bayerischen Landkreisen einschließlich ihrer verschiedenen Teilregionen.

„Die erschwerten Finanzierungsbedingungen wirken in 2024 grundsätzlich weiter fort. Wir rechnen jedoch damit, dass sich die Rahmenbedingungen für einen Immobilienerwerb insgesamt etwas verbessern und sich damit die Nachfrage insbesondere von Eigennutzern weiter stabilisiert“, stellte Fraunholz fest. **□**


Langmatz

## QualityBox von Langmatz

- ▲ Modularer Aufbau
- ▲ Unzählige Größen
- ▲ Zahlreiche Varianten
- ▲ Große Stabilität und Statik sogar über D400 hinaus
- ▲ Überbaubarkeit von vorhandenen Trassen
- ▲ Variable Sollbrüche



Kunststoffkabelschacht

## Unsere Kompetenz für die Netze von heute und morgen!



[www.langmatz.de](http://www.langmatz.de)

Wohnungsbestand in Bayern zum Jahresende 2023.

## Steigerung um knapp 1 Prozent gegenüber Vorjahreswert

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes zum Stichtag 31. Dezember 2023, die auf Basis des Zensus 2011 berechnet werden, gibt es in Bayern 6.734.014 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Dies entspricht einem Zuwachs von 64.300 Wohnungen bzw. 1,0 Prozent gegenüber dem Bestand im letzten Jahr. Auf Regierungsebene liegt die niedrigste prozentuale Steigerungsrate mit 0,7 Prozent in Oberfranken. Die Oberpfalz weist mit 1,3 Prozent die höchste relative Veränderung auf.

Zum Ende des Jahres 2023 befinden sich, gemessen am Bevölkerungsstand zum 30. Juni 2023, bayernweit 50,3 Wohnungen pro 100 Einwohnern im Bestand. In den kreisfreien Städten liegt die rechnerische Wohnungsverfügung mit 55,4 Wohnungen pro 100 Einwohnern auf einem höheren Niveau als in den bayerischen Landkreisen mit 48,2 Wohnungen. Für die Regierungsbezirke Niederbayern und Schwaben sind entsprechend mit 48,2 beziehungsweise 48,7 Wohnungen im bayernweiten Vergleich die Werte unterdurchschnittlich. Die Bestandsquoten aller anderen Regierungsbezirke bewegen sich zwischen 50,4 Wohnungen pro 100 Einwohnern für Oberbayern und 52,4 für Oberfranken und befinden sich damit oberhalb des Durchschnitts.

Während die insgesamt zur Verfügung stehende Wohnfläche im Jahresvergleich 2022/2023 um 1,0 Prozent auf rund 659 Millionen Quadratmeter

wächst, nimmt auch die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner im gleichen Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte auf 49,2 Quadratmeter zu. Die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben zeichnen Ende 2023 jeweils eine Wohnflächenquote zwischen 46,5 und 48,4 Quadratmeter je Einwohner. Niederbayern verbucht mit 53,5 Quadratmeter pro Einwohner den höchsten Wert aller Regierungsbezirke.

Im bayerischen Wohnungsbestand befinden sich Ende 2023 nun 966.226 Wohnungen mit einem oder zwei Räumen. Dabei handelt es sich um einen Anteil von 14,3 Prozent an allen Wohnungen und einen Anstieg um 19.467 Wohnungen beziehungsweise um 2,0 Prozent gegenüber dem 31. Dezember 2022. Der prozentuale Zuwachs des Bestands an Wohnungen mit einem oder zwei Räumen ist damit deutlich höher als die Zunahme im Wohnungsbestand insgesamt um 1,0 Prozent. □



VR-Bank-Vorstand Dr. Pia Weinkamm (l.) überreichte 5.000 Euro für das barocke Hafenanlage an Bürgermeister Martin Heilig (2.v.l.). Rechts Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, daneben Architekt Friedrich Staib.

Bild: Claudia Lothar

## 5.000 Euro mehr für barocke Hafenanlage in Würzburg

Die VR-Bank spendet für die Instandsetzung des barocken Hafenanlagen am Mainkai 5.000 Euro. Damit rückt der Baubeginn näher: „Wir sind schon sehr weit fortgeschritten“, freut sich Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob, dem die Sanierung des Baudenkmals sehr am Herzen liegt, „und können unmittelbar nach Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung nach und nach mit der Umsetzung beginnen.“ Die Gesamtkosten für die Maßnahmen sollen über Spenden wie auch vorhandene Mittel finanziert werden. Aktuell befinden sich im Spendentopf 101.500 Euro, 7.900 Euro werden noch benötigt.

Bürgermeister Martin Heilig dankt der VR-Bank für die Spende, die Vorstände Dr. Pia Weinkamm überreichte: „Die freigelegte Bootsrampe ist ein Technikdenkmal der Neuzeit und wird in die heutige moderne Uferpromenade integriert werden, womit die historische Bedeutung des alten Handelsplatzes am Main wieder deutlich wird.“

Im Zuge von Arbeiten des Gartenamtes am Maingärtchen war im Jahr 2021 die nahezu vollständig erhaltene Hafenanlage mit Bootsrampe freigelegt worden. Diese lässt sich aufgrund der Bauform des Aufsichtspavillons sicher in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts datieren. Folglich wurde dieses barocke Areal zeitgleich mit der Welterbestätte Residenz errichtet. Vor diesem Hintergrund wurde auch das barocke Aufsichtsgelände der Anlage unter Denkmalschutz gestellt, das mit Al-

tem Kranen, der Hafenanlage, der alten Floßgasse sowie den Resten des Umlaufkanals und des Streichwehres als Denkmalensemble von nationaler Bedeutung zu werten ist.

### Gestalterische und ökologische Aufwertung

Ziel der Instandsetzung ist, das Maingärtchen gestalterisch und ökologisch aufzuwerten und mit der stark frequentierten Promenade am Alten Kranen zu verbinden. Die alte Rampe wird erhalten bleiben, das Gelände zum Teil aufgefüllt und damit begehbar werden. Neben dem Ziel einer sanierten barocken denkmalgeschützten Hafenanlage mit Aufsichtsgelände, die Zeugnis eines Güterumschlagplatzes des 18. Jahrhunderts ablegt, werden für die Bevölkerung rund 250 m<sup>2</sup> Promenade neu hinzugewonnen. □



Teilnehmer der Exkursion mit Regierungspräsident Walter Jonas in der Bildmitte.

Bild: Regierung der Oberpfalz/Schmid

## „Lebendige Ortsmitten, Mehrfachnutzungen und Flächeneffizienz“

Busexkursion zu guten Beispielen in Stadt und Landkreis Tirschenreuth

„Lebendige Ortsmitten, Mehrfachnutzungen und Flächeneffizienz“: Unter diesem Motto stand eine spannende Busexkursion. Organisiert wurde sie vom Flächensparmanagement der Regierung der Oberpfalz und dem Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz. Die Reise fand im Rahmen des Monats des Flächensparens statt und führte zu interessanten Projekten in Stadt und Landkreis Tirschenreuth.

Etwa 50 Teilnehmer waren dabei, darunter Bürgermeister, Stadtplaner, Architekten, Bauingenieure und Vertreter der Bauverwaltungen. Sie sahen erfolgreiche Beispiele, wie man alte Gebäude neu nutzen und brachliegende Flächen wiederbeleben kann. Die Veranstaltung zeigte, wie durch gute Planung und nachhaltige Ideen lebendige und zukunftsfähige Ortsmitten entstehen können.

Regierungspräsident Walter Jonas begrüßte die Teilnehmer im Innenhof des neuen Rathauses II und betonte die Bedeutung solcher Projekte: „Die Exkursion zeigt eindrucksvoll, wie durch innovative Konzepte und Engagement aus Leerständen lebendige und multifunktionale Räume entstehen können, die das Ortsbild und die Lebensqualität nachhaltig verbessern.“

### Revitalisierung von Ortskernen und Reduzierung des Flächenverbrauchs

Kurt Hillinger, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz, ergänzte mit Blick auf die dörflichen Projekte der Exkursion: „So unterschiedlich die Projekte sind, so ist jedes einzelne ein Paradebeispiel für die Revitalisierung von Ortskernen und die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Innenentwicklung ist essenziell für die Attraktivität und Vitalität der Dörfer. Ideell und finanziell unterstützt unser Amt rund 70 solcher Vorhaben.“

### Wiederbelebung von Brachflächen: Fischhofpark in Tirschenreuth

Dr. Alfred Scheidler, stellvertretender Landrat des Landkreises Tirschenreuth, hob hervor: „Wie wichtig etwa die Wiederbelebung von Brachflächen für die Entwicklung einer Stadt ist, kann man besonders gut am Fischhofpark in Tirschenreuth sehen: Aus einer jahrzehntelangen gewerblichen Branche entstand hier Dank der Gartenschau ‚Natur in der Stadt‘ 2013 ein zentrumsnahes Naherholungsgebiet, das sehr gut von der Bevölkerung angenommen wird und auch auswärtige Besucher anzieht.“

Beim Stadtrundgang durch

Tirschenreuth wurde das neue Rathaus II besichtigt, das lange leer stand und jetzt ein schickes Servicezentrum ist.

Die Exkursion führte weiter zum Haus St. Elisabeth (Seniorenwohnen in der Altstadt), zur Fronfeste (eine alte Burg, die jetzt ein digitaler Bildungs-ort ist), zur im Bau befindlichen Kletterhalle im ehemaligen Sudhaus, zum Fischhofpark (eine ehemalige Brachfläche) und zum Maximilianquartier (Wohnen und Gewerbe im Zentrum).

Peter Gold, der 2. Bürgermeister von Tirschenreuth, Andreas Ockl, Stadtbaumeister von Tirschenreuth, Architekt Peter Brückner und Regina Harrer vom Sachgebiet Städtebau der Regierung der Oberpfalz stellten die verschiedenen Nutzungen und die positive Entwicklung der besichtigten Projekte vor.

### Badehaus und Mühlenhof

Die Tour ging weiter zum ehemaligen Badehaus Maierersreuth, das jetzt eine Kunst- und Kulturstätte ist. Diese Anlage wird heute als Bühne, Atelier, Tanzfläche, Kunst- und Konzertraum genutzt. Die letzte Station war der lange leerstehende Mühlenhof im Ortskern von Mähring, das heute, nach umfangreicher Sanierung, Ferienwohnungen beherbergt. Der alte Stadl wurde zum Eventstadl umgebaut, außerdem gibt es jetzt einen Mühlenladen und ein Café. In Planung sind weiter als nächste Schritte das Gasthaus „Mahlwerk“, die Mitmachbrauerei „Malzwerk“ und ein Abenteuer-spielplatz.

Die Veranstaltung zeigte die vielen Möglichkeiten, wie man leerstehende Gebäude und Brachflächen wiederbeleben kann, die sowohl wirtschaftlich als auch kulturell wertvoll sind. Die Teilnehmer bekamen viele Ideen, wie sie ähnliche Projekte in ihren Gemeinden umsetzen können.

Infos rund um das Thema Flächensparen unter <https://www.regierung.oberpfalz.bayern.de/regierungsbezirk/flaechensparoffensive/index.html>

Flächensparoffensive der Bayerischen Staatsregierung - Ziele, Maßnahmen und Instrumente: <https://www.flae-chensparoffensive.bayern> □

GO Altbau:

## Grünes Licht für grenzüberschreitende Beratungsoffensive

Viele Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer wollen ihre Immobilie energetisch sanieren und damit fit für die Zukunft machen. Entsprechend groß ist der Informationsbedarf. Zusätzlich zu den klassischen Energieberatungsangeboten, bei denen es immer wieder zu Wartezeiten kommen kann, bietet daher die Energieagentur Südostbayern mit vier Partnern die neue Informationsplattform „GO Altbau“.

Bei dem grenzübergreifenden EU-Projekt beteiligen sich neben der Energieagentur Südostbayern auch das Energie- und Umweltzentrum Allgäu und die Bürgerstiftung Energiewende Oberland sowie in Österreich das Energieinstitut Vorarlberg und die Energieagentur Tirol.

### Informationen über Sanierungsthemen aller Art

Auf der gemeinsamen Homepage unter [www.go-altbau.eu](http://www.go-altbau.eu) gibt es Informationen zu den unterschiedlichsten Sanierungsthemen – angefangen von Tipps zum Dämmen und Fenster-tausch über den Wechsel zu erneuerbaren Energien beim Heizen bis hin zur Nutzung von Solarenergie und den passenden staatlichen Förderprogrammen. Entwickelt werden sollen im Rahmen von GO Altbau auch neue Informations- und Beratungsformate, die mit weniger Beratungs- und Personalaufwand mehr Menschen erreichen können, erklärt Energieagentur-Geschäftsführerin Bettina Mühlbauer.

### Jüngere Zielgruppen im Visier

„Das können sowohl Onlineangebote wie auch in Präsenz und hybrid durchgeführte Gruppenberatungen sein.“ Zudem wollte man mit GO Altbau über neue Social Media-Aktivitäten jüngere Zielgruppen erreichen, betont Mühlbauer.

Aktuell können sanierungswillige Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer bereits verschie-

dene Online Ratgeber nutzen und dabei unter anderem herausfinden, ob ihre Immobilie für den Umstieg auf eine Wärmepumpe als klimafreundliches Heizsystem geeignet ist. Auch ein Online Modernisierungs Ratgeber wird angeboten. Damit lässt sich ermitteln, ob der jeweilige Energieverbrauch zu hoch ist und mit welchen Maßnahmen man diesen reduzieren kann.

### „Haus des Monats“

Unter der Rubrik „Haus des Monats“ werden besonders gelungene Sanierungen vorgestellt – auch in Videoform. „Diese Beispiele zeigen, wie es geht und dass man von einer gut geplanten und umgesetzten Sanierung gleich in dreifacher Hinsicht profitiert: deutlich geringere Energiekosten, höherer Wohnkomfort und eine Wertsteigerung der Immobilie“, so Bettina Mühlbauer.

### Landkreise als Unterstützer

Unterstützt wird „GO Altbau“ nicht nur von der EU durch das Interreg-Programm Bayern-Österreich 2021-2027, sondern auch von den Landkreisen Landstein und Berchtesgadener Land. „Die Energiewende kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Eine umfassende Aufklärung durch Fachexperten in den Energieberatungen ist daher wichtig und zielführend um Sanierungen in den Landkreisen fachgerecht zu begleiten“, so Landrat Bernhard Kern zur neuen Beratungsoffensive. □

## Neue Wohngemeinnützigkeit

Eine weitere starke Säule für bezahlbares Wohnen

Das Bundeskabinett hat die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit beschlossen. Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2024 wird die „Förderung wohngemeinnütziger Zwecke“ als neuer gemeinnütziger Zweck in die Abgabenordnung aufgenommen. Die Bundesregierung setzt damit eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Mit Hilfe der neuen Wohngemeinnützigkeit soll mehr bezahlbarer Wohnraum in Deutschland geschaffen werden. Von der Regelung könnten zunächst etwa 100 Körperschaften, wie zum Beispiel Stiftungen, Vereine oder Unternehmen und rund 105.000 Mieterinnen und Mieter profitieren.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Die Wohngemeinnützigkeit ist wieder da! Ich freue mich sehr darüber, dass es gelungen ist, dieses so wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Mit der Wohngemeinnützigkeit schaffen wir neben dem sozialen Wohnungsbau eine weitere starke Säule für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Soziale Unternehmen, Vereine und Stiftungen können künftig vergünstigten Wohnraum bereitstellen und dabei von den umfassenden Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Voraussetzung: Die angebotene Miete muss unter der marktüblichen Miete liegen. Die Einkommensgrenzen sind so festgelegt, dass rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren können. Das ist ein guter Tag für alle Mieterinnen und Mieter.“

Die Förderung der neuen Wohngemeinnützigkeit im Rahmen der Abgabenordnung liegt in der vergünstigten Vermietung vor allem an Personen, deren Einkommen nicht mehr als das Fünf- bzw. (bei Alleinstehenden und Alleinerziehenden) das Sechsfache der Sozialhilfe nach SGB XII beträgt. Damit wird die Vermietung an ca. 60 Prozent der Haushalte in Deutschland unter den Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit steuerbefreit. Die angebotene Miete muss dabei dauerhaft unter der marktüblichen Miete angesetzt werden, da anderenfalls keine Unterstützungsleistung der jeweiligen Körperschaft vorläge. □

Tourismusministerin Kaniber:

## Startschuss für neue bayerische Kongressinitiative

„Wo es schön ist, tagt man auch angenehmer“

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber hat den Startschuss für die neue Kongressinitiative für die Bayerische Tourismuswirtschaft gegeben. Ziel der Initiative ist es, den Kongressstandort Bayern weiter zu stärken. Veranstalter und Agenturen, die einen Kongress oder eine Tagung in Bayern organisieren, können ab sofort finanzielle Förderung erhalten. Anträge können direkt beim Projekträger, der Bayern Innovativ GmbH, online unter <https://www.bayern-innovativ.de/de/kongressinitiative-bayern/seite/kongressinitiative-bayern-online-antrag-stellen> gestellt werden. Für die Initiative stehen in den kommenden fünf Jahren bis zu 25 Millionen Euro zur Verfügung.

In der Initiative sieht Tourismusministerin Kaniber einen starken Impuls, der den Wirtschaftsstandort Bayern als Kongressstandort stärkt: „Bayern genießt als Destination für Geschäftsreisen zwar einen hervorragenden Ruf, der nationale und internationale Wettbewerb wird

aber spürbar härter. Unsere gute Position wollen wir mit unserer neuen Initiative für die bayerische Kongresswirtschaft sichern und weiter ausbauen. Wir möchten nationale und internationale Veranstalter für Bayern begeistern und die Zahl der Kongresse im Land weiter steigern. Wo es

schön ist, tagt man auch angenehmer“.

Als erstes Bundesland unterstützt Bayern seine Städte und ländlichen Regionen bei der Akquisition von Tagungen und Kongressen. Dazu Tourismusministerin Kaniber: „Bayern verfügt über zahlreiche herausragende Kongressstandorte in Stadt und Land. Sie alle punkten mit attraktiven Kongress-Zentren, modernsten Tagungs-Hotels, einem breiten kulinarischen und kulturellen Angebot sowie mit der typisch bayerischen Gastlichkeit. Ob in der Stadt oder auf dem Land: Wir fördern Kongresse an allen Tagungsstandorten. Damit erzielen wir eine enorme Breitenwirkung und sorgen dafür, dass der wirtschaftliche und wissenschaftliche Mehrwert von Kongressen in ganz Bayern ankommt.“

Beantragt werden kann eine Förderung für Kongresse und Tagungen in Bayern, die sich in erster Linie an Fachpublikum richten. Die Förderung erfolgt als Festbetragsfinanzierung. Sie ist gestaffelt nach Teilnehmerzahl und Veranstaltungsdauer. Außerdem sind Förderzuschläge für internationale Veranstaltungen und solche in der Kongress-Nebensaison möglich. Gefördert werden geschlossene Fachveranstaltungen mit mindestens 300 Teilnehmern und einer Dauer von mindestens zwei Tagen. Die Basisförderung dafür beträgt 12.000 Euro; handelt es sich um eine fünf-tägige Veranstaltung mit



Staatsministerin Michaela Kaniber, die gemeinsam mit Bertram Brossardt (Hauptgeschäftsführer vbw Bayern, l.) und Wolfgang Kerkhoff (Eurokongress GmbH, r.) den Startschuss zum ab sofort offenen Online-Portal für Förderanträge im Rahmen der Kongressinitiative gibt. Bild: Pia Regnet/StMELF



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

## ABC Tourismus in Bayern: Effizientes Datenmanagement als Erfolgsfaktor

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig. Ob beruflich oder privat, auf Reisen oder im Alltag: Wir informieren uns inzwischen hauptsächlich im Internet, sei es über Reisedestinationen, Freizeitmöglichkeiten und Veranstaltungen, Speisekarten oder die Öffnungszeiten von Restaurants, Museen und Schwimmbädern. Dies zeigt die Notwendigkeit, aber auch das Potenzial digitaler Angebote. Für Kommunen, Destinationen und Unternehmen ist es daher unerlässlich, auf die umfangreiche digitale Verfügbarkeit ihrer Daten zu setzen, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein wollen. Der uneingeschränkte Zugriff über Smartphones oder andere mobile Geräte auf relevante Informationen sowie digitale Services, werden künftig den entscheidenden Unterschied bei der Wahl des Reiseziels sowie dem (Reise)Erlebnis vor Ort machen.

### Effizientes Datenmanagement als Erfolgsfaktor

Effizientes Datenmanagement ist hierbei der Schlüssel zum Erfolg. Denn nur wenn Destinationen, Kommunen und touristische Leistungsträger ihre Daten vollständig erfassen, öffentlich und frei zugänglich bereitstellen und regelmäßig aktualisieren, können diese für digitale Anwendungen wie z.B. digitale Stelen in der Touristinfo oder Webseiten überhaupt erst erfolgreich genutzt werden. Denn sämtliche digitalen Anwendungen können Gästen und Einheimischen nur

Antworten zur Region und dem Angebot liefern, wenn sie mit guten Daten gefüttert werden.

### BayernCloud Tourismus für mehr Effizienz und Reichweite

Die BayernCloud Tourismus (BCT) ist ein zentraler Baustein für ein zukunftsfähiges touristisches Datenmanagement in Bayern. Mit der BCT stellt die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM) sämtlichen Akteuren eine Plattform für all ihre touristisch relevanten, frei zugänglichen Informationen zur Verfügung und ermöglicht gleichzeitig die automatisierte Ausspielung und Aktualisierung der Daten auf verschiedenen Kanälen. Dadurch entsteht zum einen ein großer Pool an touristischen Daten, der wiederum von allen Akteuren für eigene Anwendungen genutzt werden kann. Zum anderen erhöht die Einbindung der eigenen Daten in die BayernCloud Tourismus die Reichweite des kommunalen und touristischen Angebots, weil sie von dort in verschiedene Webseiten, Infoterminals oder Apps Dritter verteilt werden. Dieser freie Datenfluss ist eine Grundvoraussetzung für mehr Effizienz, mehr Gästezufriedenheit, mehr Nachhaltigkeit und erfolgreicher Marketing im bayerischen Tourismus.

Weitere Informationen zu den Themen Datenmanagement und Open Data gibt es unter <https://tourismus.bayern/unsere-themen/digitale-destinationentwicklung/>. □

mindestens 5.000 Teilnehmern kann Fördergeld in Höhe von bis zu 125.000 Euro ausgereicht werden. Voraussetzung ist, dass der Kongress oder die Fachveranstaltung erstmals oder nach drei Jahren wieder in Bayern durchgeführt wird und bis Ende des Jahres 2029 stattfindet.

„Kongresse sind Orte, an denen neue Ideen entstehen, die die Wirtschaft wachsen lassen und den Fortschritt in der Wissenschaft vorantreiben. Solche großen Veranstaltungen beschenken Bayern einen stärkeren Tourismus, mehr Wertschöpfung und mehr wissenschaftliches Know-

how. Kurzum: Kongressförderung ist gute Wirtschaftspolitik“, so die Ministerin. Details finden sich in der Förderrichtlinie, die auf der Homepage des Ministeriums abrufbar ist: <https://www.stmelf.bayern.de/foerderung/kongressinitiative-fuer-die-bayerische/index.html>. □

# T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt

### Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

# Bestmarken und Erfolgsrezepte

Bilanzpressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse

**Rekordmarken dominierten die Halbjahres-Pressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse. Während die Messe München für das Jahr 2023 einen Rekord-Konzernumsatz von 441 Mio. Euro verbuchen konnte und sich dieser positive Trend auch 2024 fortsetzt, erwartet die NürnbergMesse nach einem überzeugenden Jahr 2023 im Jubiläumsjahr 2024 einen Rekordumsatz von über 350 Mio. Euro.**

Nach Angaben der beiden CEOs der Messe München, Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel, „werden Messen in den kommenden Jahren als Plattform für die globale Wirtschaft, innovative Lösungen und für den Wissenstransfer eine noch zentrale Rolle spielen“. Zum Münchner Erfolgsrezept zähle ein starkes Messeportfolio mit zwölf Welt-

leitmessen, die auch im Ausland sehr stark gefragt seien.

In einem Jahr ohne baumasschloss der Konzern weltweit mit einem Umsatzrekord von 441 Mio. Euro ab. Nur im bauma-Jahr 2019 war der Umsatz mit 474 Mio. Euro etwas höher. Somit erzielte die Messe München 2023 das zweitbeste Konzernergebnis in ihrer 60-jährigen Unterneh-

mengeschichte. Insgesamt wurde ein Konzern-Ebitda von 91 Mio. Euro erreicht.

## Standort München

Das Geschehen am Standort in München bleibt laut Pfeiffer und Rummel Grundpfeiler für das erfolgreiche Messegeschäft. Mit 354 Mio. Euro Umsatz sei dieses fast 50 Mio. Euro stärker als geplant, der Ebitda in der Landeshauptstadt mit knapp 64 Mio. Euro um 47 Mio. Euro stärker als im Plan. In München gab es 19 eigene Messen und Kooperationen und 93 Gastveranstaltungen. Diese zogen 32.400 Aussteller

und zwei Mio. Besucher an, deutlich mehr, als kalkuliert worden war. Hinzu kommen 40 Eigenveranstaltungen und Kooperationen im Ausland.

## Internationales Publikum

Im vergangenen Jahr wiesen zahlreiche Messen Top-Ergebnisse auf, darunter die Reise- und Freizeitmesse f.re.e mit 163.000 Gästen (Besucherrekord), die komplett ausgebuchte BAU mit einem Ausstellerrekord und die transport logistic, die sogar drei Bestleistungen bei Ausstellern, Besuchern und der Internationalität verzeichnete. Dabei trug das internationale Publikum zum Erfolg des Messeplatzes München bei: Fast 60 Prozent der Aussteller kamen 2023 aus dem Ausland sowie 35 Prozent der Besucher.

„Wir sind ein Global Player mit unverrückbaren Wurzeln in München“, unterstrichen die CEOs: „Dazu gehört, dass wir unsere Messen an den wichtigsten Weltmärkten etablieren.“ Ein Beispiel dafür sei die neue Umwelttechnologiemesse IFAT Brasil, die im April erstmals in Sao Paulo stattfand.

Ein wichtiges Standbein in München sind die zahlreichen Gastveranstaltungen. Zu den bedeutendsten hat sich die The Smarter E Europe/Intersolar entwickelt. Sie belegt inzwischen alle 18 Hallen, das Internationale Congress Center und auch einen Teil des Freigeländes.

Für die Messe München und auf den Veranstaltungen spielen Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz eine große Rolle. Bis 2030 will das Unternehmen CO2-neutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es viele Wegmarken: von Solarenergie über Stromsparen bis zur Abfallvermeidung oder auch den

Einsatz des wiederverwertbaren Standsystems „woodi“, entwickelt von der Messtochter meplan. „Digitalisierung kann den Messebesuch individualisieren und perfektionieren, das persönliche Gespräch ist dennoch unersetzbar“, stellten Pfeiffer und Rummel fest: „Die Künstliche Intelligenz wird den Businessnutzen unserer Messen maximal verstärken, wenn nicht sogar revolutionieren.“

Insgesamt sei die Messe München mit ihrem Kerngeschäft zu alter Stärke zurückgekehrt, bilanzierten die beiden Geschäftsführer. Davon profitierten das Unternehmen, die Stadt München und die ganze Region, denn die Messe sei ein wichtiger Wirtschaftsmotor und einer der bedeutendsten Tourismusfaktoren. Mit ihren herausragenden Ergebnissen stehe die Messe München glänzend da und verfüge über die besten Voraussetzungen, um auch in Zukunft im Wettbewerb zu bestehen und zu wachsen.

## 50 Jahre Messe Nürnberg

Ein besonderes Geschenk macht sich die NürnbergMesse zum 50. Geburtstag: In ihrem Jubiläumsjahr 2024 erwartet die Messegesellschaft einen Rekordumsatz von über 350 Mio. Euro. Doch wie CEO Peter Ottmann betonte, konnte auch das Vorjahr 2023 als Veranstaltungsschwächeres ungerades Jahr überzeugen: An den insgesamt 150 Veranstaltungen der NürnbergMesse Group weltweit (2022: 155) beteiligten sich insgesamt 28.135 Aussteller (2022: 23.457) und rund 1,3 Mio. Besucher (2022: 989.338) auf einer Nettofläche von 904.466 Quadratmetern (2022: 841.612 Quadratmeter).

# Lehre und Hausaufgaben für das nächste Hochwasser

„Katastrophen kennt allein der Mensch, ... die Natur kennt keine Katastrophen“, schrieb der schweizerische Schriftsteller Max Frisch in seiner Erzählung „Der Mensch erscheint im Holozän“ über einen Rentner, der nach einem Unwetter in einem Tessiner Bergdorf von der Außenwelt abgeschnitten wird. Nach dem sechsten Bericht des Weltklimarates (IPCC) wird die Anzahl an Extremwetterereignissen zukünftig weiter zunehmen. Es braucht dringend ein Umdenken beim Thema Hochwasser- und Starkregenvorsorge.

Städte und Kommunen müssen sich immer häufiger auf Extremwittersituationen einstellen. Der Katastrophenschutz obliegt in Deutschland nicht dem Bund, sondern den Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie sind die so genannten unteren Katastrophenschutzbehörden. Städte und Gemeinden sind Schlüsselakteure, weil sie bereits heute durch eine hochwasserangepasste Steuerung der Flächennutzung und der Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung die notwendigen Rückhalteräume für das Wasser vergrößern.

## Echtzeit-Prognose

Die Länder können lediglich nach Art. 35 GG zusätzliche Unterstützung von Bundeswehr, Polizei oder THW zusätzliche Hilfe anfordern. Beim Katastrophenschutz muss also Solidarität und Subsidiarität in Einklang gebracht werden, zumal Hochwasser selten an der Landesgrenze wieder versickert. Daher braucht es in Zukunft eine länderübergreifende Koordinierung in Flusseinzugsgebieten unter Einbeziehung der betroffenen Städte und Kommunen. So wäre ein gemeinsames Hochwasserschutzkonzept und die Erstellung einer interaktiven Hochwasser- und Starkregengefahrenkarte sinnvoll, die helfen könnte, grundstücksgenau die Fließwege des Wassers bei Hochwasser zu simulieren. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und das Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ) entwickeln gerade eine genauere und schnellere Hochwasservorhersage, um Überflutungsflächen besser vorherzusagen. Dieser digitale Helfer soll nicht nur in einer Echtzeit-Prognose die Regenmenge abschätzen, sondern auch die Ausbreitung des Wassers simulieren. Neben der Wetterlage fließen Bodenfeuchte, das Terrain und Dichte der Bebauung in die Simulation ein. Das digitale Frühwarnsystem wird nun im Sommer 2024 an den kleinen Flüssen Murr und Fils (Baden-Württemberg) – ein Zu- und Nebenfluss des Neckars – in Echtzeit getestet. Beide Flüsse traten ebenfalls Anfang Juni beim Hochwasser in Süddeutschland über die Ufer.

Die Hausaufgaben für den Bevölkerung- und Katastrophenschutz sind vielfältig. So braucht es Schulungen von Mitarbeitern in Kommunen und Einsatzkräften in Meteorologie und Hydrologie, um die Hochwasservorhersagen

in Zukunft noch besser für den eigenen Landkreis interpretieren zu können. Viele Verantwortliche hätten Probleme Pegelstände und Regenmassen korrekt einzuschätzen. Zu diesem Ergebnis kam der Versicherer Zurich in seiner Post-Event-Review-Capability (PERC)-Ereignisanalyse des Ahrntal-Hochwassers bereits im Jahr 2022.

## Ruf nach zukunftsgerichteter Finanzierung

Aus den Erfahrungen des Hochwassers im Juni 2024 sollten alle politischen Ebenen nun die richtigen Lehren ziehen und gemeinsam mehr Tempo beim dezentralen Hochwasserschutz machen. Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, fordert in einem Interview mit der Augsburgischen Allgemeinen Zeitung im Juni 2024: „Es braucht eine Zeitenwende, insbesondere, was die nachhaltige und zukunftsgerichtete Finanzierung des Bevölkerungsschutzes angeht.“

Professionelle und ehrenamtliche Einsatzkräfte benötigen die beste Ausstattung und Infrastruktur. Bund und Länder müssen die Mittel für den Hochwasser- und Katastrophenschutz ausbauen und zwar dauerhaft und nicht, wie in den Vorjahren, zu meist über Sonderprogramme. Denn die Anforderungen steigen aufgrund des Klimawandels, dem knappe Haushaltskassen egal sind.

## 140 Millionen mehr

Mitte Juli wurde vom Bundeskabinett der Haushalt 2025 auf den Weg gebracht. Demnach sind für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz insgesamt 140 Millionen Euro mehr als 2024 eingeplant. Aktuell sieht die Realität bei den ehrenamtlichen Helfern vor Ort folgendermaßen aus: Dem THW werden seit Jahren zwar neue Fahrzeuge zugesagt. Nur in der Praxis fehlen diese. Der neue Entwurf lässt zumindest hoffen, dass sich dies ändert. Alleine für das THW mit seinen 668 Ortsverbänden sind über 88.000 Ehrenamtliche tätig. Für den Erwerb von Fahrzeugen, Technologie und Geräten sind Soll-Ausgaben für das Jahr 2025 in Höhe von 416,9 Millionen Euro eingeplant. Damit ist die Höhe der Ausgaben vergleichbar mit den Jahren 2023 (428,7 Mio. Euro) und 2024 (401,6 Mio. Euro). Nicht mehr zur Verfügung stehen dem THW und der DLRG Fi-

nanzmittel aus dem EU-Modul 17 – Flood Rescue using boats, die zur Bergungs- und Rettungseinsätzen bei Überschwemmungen im Ausland eingesetzt wurden – in Höhe von 425.000 Euro.

Kritiker fordern seit längerem, dass die bayerische Landespolitik mehr Prävention und proaktives Handeln beim Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz an den Tag legen soll als abwartendes Reagieren unter dem Motto: Es wird schon nichts passieren.

## Wassersicherheit 2025

In Bayern ist seit 2022 die Gesamtstrategie „Wassersicherheit 2025“ des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt in Kraft, in dem auch der Hochwasserschutz thematisiert wird. Das Ziel ist die Reduktion der Risiken durch Hochwasser- und Starkregeneignisse. Bestandteile dieser Strategie sind technische Maßnahmen wie etwa der Ausbau der Hochwasserschutzanlagen, die Anpassung der Hochwassergefahrenkarten sowie der Hochwasser-Check für Kommunen. Den Kommunen sollen weitere Handlungsspielräume für einen flächendeckenden Schutz vor 100-jährlichen Hochwassern eröffnet werden. Hierfür sollen bis jetzt geltende Rahmenbedingungen geprüft und notwendige Gesetzesänderungen in Angriff genommen werden.

Beim Hochwasserrisikomanagement gibt es im Freistaat verschiedene Akteure: Städte und Gemeinde planen und verwirklichen Hochwasserschutzkonzepte. Sie berücksichtigen den Hochwasserschutz bei der kommunalen Bauleitplanung (Freihalten von Überschwemmungsgebieten) und sorgen mit den Feuerwehren für die Gefahrenabwehr. Bei größeren Gewässern setzt die Wasserwirtschaftsverwaltung – sie gibt auch Hochwassermeldungen heraus – in Abstimmung mit den Kommunen und Gemeinden Hochwasserschutzkonzepte um. Nach den Hochwassereignissen im Juni 2024 verlangt der Bayerische Gemeindetag jedoch eine neue Strategie von Seiten des Freistaates. Denn derzeit tragen vor allem die Gemeinden den Löwenanteil. Hier bräuchte es eine Vereinbarung der Mitfinanzierung von Schutzmaßnahmen durch den Freistaat.

Neben der Schaffung von Rückhalteräumen ist auch ein konsequenter Ausbau des technischen Hochwasserschutzes wie Deiche, Spundwände, mobile Hochwasserschutzmaßnahmen und steuerbare Polder für die Regionen unbedingt notwendig. Der Wasserrückhalt an Flüssen muss durch steuerbare Flutpolder, die anlassbezogen geöffnet werden können, um Hochwasserspitzen zu kappen, ausgebaut werden. Neben der Reaktivierung von Au-

en – wichtigster Rückhalteraum von Wasser – sind Polder, so die einhellige Meinung der Wissenschaftler, die effektivste Maßnahme. Diese und weitere Lösungen stehen im Positionspapier „Schutz vor Hochwasser“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) aus dem Juli 2023.

## HQ 100 keine verlässliche Größe

Doch bei Hochwasserpolder und planfestgestellten Hochwasserrückhalte-Becken stehen Parteipolitik, der Föderalismus oder die Bürokratie im Freistaat, die bei Wassermassen entlasten könnten, immer wieder im Weg. In Bayern kann von der Planung bis zum Bau von Rückhaltebecken schon einmal 20 Jahre vergehen. Daher müsste die Voraussetzung geschaffen werden, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Aufgrund komplexer Genehmigungs- und auch Klageverfahren gegen Bauvorhaben sind bauliche Maßnahmen in überschwemmungsgefährdeten Gebieten nur schwer umzusetzen. So wäre zu überlegen, ob Maßnahmen, die dem Klimaschutz oder dem Wiederaufbau nach Naturkatastrophen dienen, von der naturschutzrechtlichen Ausleihregelung freigestellt werden. Des Weiteren könnte das Klageverfahren gegen Infrastrukturvorhaben auf eine gerichtliche Instanz beschränkt werden. Auch sollte die Bayerische Landesregierung bei dem dezentralen Hochwasserschutz nachbessern und ihren Maßstab von Hochwasserrückhaltebecken überarbeiten. Bis jetzt gilt der statistische Wert für ein hundertjährliches Hochwasser, in der Fachsprache HQ 100 genannt. Doch aufgrund des Klimawandels stellt HQ 100 zur Bemessung von Hochwasserrückhaltebecken keine verlässliche Größe mehr dar.

Ein Problem für den Hochwas-

erschutz ist der kontinuierliche Anstieg der Bodenversiegelung des Freistaates. Mit Beton, Asphalt oder Pflastersteinen luftdicht überdeckter Flächen, können die Böden kein Regenwasser mehr aufnehmen oder speichern. Nach einer Studie der Julius-Maximilians-Universität (Würzburg) aus dem Jahr 2023 sind fast die Hälfte (47,2 Prozent) der bayerischen Landesfläche mit Straßen, Häusern und Industrieanlagen versiegelt. Der Wegfall der Flächen ist nicht nur für die Landwirtschaft existenzbedrohend, sondern die Versiegelung bringt eine Reihe an Umweltproblemen mit sich. Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und Freien Wähler für die Legislatur 2023 bis 2028 steht, dass bis 2030 nur noch ein Flächenverbrauch von 5 Hektar pro Tag angestrebt wird. Von dieser bereits im Vertrag der ersten Koalition (2018) zwischen CSU / FW festgelegten Zielmarke hinsichtlich einer deutlichen und dauerhaften Flächen-Neuinanspruchnahme ist der Freistaat aktuell – laut Bayerischen Landesamt für Statistik lag der Flächenverbrauch (2022) bei 12,2 Hektar oder 17 Fußballfeldern – weit entfernt.

Auch sollte die Landespolitik gemeinsam mit Sozialverbänden im Sinne einer inklusiven Katastrophenschutzkonzepte für Menschen mit Handicap oder ältere Menschen erarbeiten. Solche Rettungspläne gibt es noch nicht, um Altenheime oder Wohnheime von Menschen mit Handicap schneller zu räumen – so fehlt es schlicht an Personal, um eine Evakuierung der Bewohner gewährleisten zu können.

Denn das Hochwasser hat mal wieder gezeigt: Kluge auf Papier niedergeschriebene Pläne, die in irgendwelchen Aktenordnern der Behörden abgeheftet sind, nutzen niemandem, wenn die Wassermassen kommen. Es braucht also mehr politischen Hochdruck, um beim nächsten meteorologischen Tiefdruck besser vorbereitet zu sein.

## Schnelle Erholung nach Corona

Die hohe Beteiligung an Messen, Kongressen und Events führte zu einem Umsatz von 265 Mio. Euro im Konzern, dem immerhin zweithöchsten Umsatz in einem ungeraden Jahr. Damit knüpft die NürnbergMesse fast an ihr Umsatz-Niveau des Vor-Coronajahres 2019 an (285 Mio. Euro). „Unser Messegeschäft hat sich nach der Pandemie viel schneller erholt als gedacht und wächst erfreulich. Mit diesem Rückenwind peilen wir in unserem Jubiläumsjahr einen neuen Rekordumsatz an und investieren gleichzeitig in unsere Zukunft“, hob Ottmann hervor.

Die Umsatzanteile am Konzernumsatz liegen für das Messejahr 2023 bei den Eigen- und Partnerveranstaltungen bei 29 Prozent, Gastveranstaltungen und NürnbergConvention tragen rund 28 Prozent bei, MesseService einschließlich der inländischen Tochtergesellschaften Holtmann und Lehrieder liegt bei rund 23 Prozent und der Bereich International macht 20 Prozent aus. Die große Zahl von 150 Veranstaltungen in Nürnberg und weltweit führten dazu, dass die NürnbergMesse durchschnittlich drei Veranstaltungen pro Woche durchgeführt hat. Für das Geschäftsjahr 2024 stehen insgesamt 137 Veranstaltungen im Messekalendar, darunter 68 in Nürnberg.

Allein im Jubiläumsjahr investiert die NürnbergMesse über 50 Mio. Euro in eine moderne und nachhaltige Infrastruktur, um das in Teilen seit dem Gründungsjahr 1974 bestehende Messegelände fit für die Zukunft zu machen. Neben den Hallen zählen dazu auch die energetische Sanierung und Modernisierung des Mitarbeitergebäudes „NXT74“ am Eingang NCC Mitte. Dort entstehen bis Ende 2025 neue Arbeitswelten und Büros für die Belegschaft.

Einen wesentlichen Pfeiler der Nachhaltigkeitsinitiativen der NürnbergMesse stellt die CO2-neutrale Energieversorgung bis 2028 dar. Bis Mitte 2025 wird ein erster Teilabschnitt der hybriden Energieversorgung abgeschlossen sein. Mit rund 21.000 Photovoltaikmodulen auf sieben Hallen und einem Parkhaus wird die Messegesellschaft dann mit ca. 9 Mio. Kilowattstunden grünem Solarstrom jährlich versorgt, was dem Verbrauch einer Kleinstadt mit rund 7.000 Einwohnern entspricht. Aktuell erzeugen die ersten Dachanlagen bereits bis zu 30 Prozent des benötigten Strombedarfs.

Neben der PV-Anlage mit Batteriespeichern wird die NürnbergMesse auch in einen neuen Elektrokessel investieren. Ebenso wird bis Ende 2026 die Zahl der E-Ladepunkte auf dem Gelände erheblich erhöht.

Gleichzeitig gilt es, die Relevanz von Daten zu stärken, weshalb die NürnbergMesse in den kommenden Jahren auch kräftig ihre IT-Systeme und die Künstliche Intelligenz ausbauen wird, wie Dirk Blum, CFO NürnbergMesse Group und für Finanzen und Gelände zuständiges Mitglied des Executive Boards, berichtete. „Auf Basis unserer starken Geschäftsergebnisse treiben wir als Team die Transformation in vielen Bereichen weiter voran und machen die NürnbergMesse damit zukunftsfest!“

Weil die Shooting-Stars von heute oftmals die Aussteller von morgen sind, bietet die NürnbergMesse auch in diesem Jahr auf ihren rund 50 Messen Gemeinschaftsstände für Startups an. Mit BayStartUP als Partner und ihrem langjährigen Engagement beim Startup-Hub ZOLLHOF unterstreicht die Messe ihre Verantwortung als wichtiger Wirtschaftsmotor und Startup-Hub in der Metropolregion Nürnberg.

Patrik Hof

DK

## Arbeitstagung des Wasserpaktes im Regierungsbezirk Oberpfalz

„Kooperativer Gewässerschutz als gemeinsames Ziel“ lautete das Thema bei der jüngsten Tagung des Wasserpaktes im Regierungsbezirk Oberpfalz im Gasthaus Luger in Penting (Landkreis Cham). Dabei ging es um rechtliche und praktische Aspekte zu den Themen Gewässerökologie, Pflanzenschutz, Gewässerrandstreifen, Kontrollen usw. Auch wurden Beispiele moderner Technik bei der Düngung und beim Pflanzenschutz sowie für Gewässerrandstreifen gezeigt und erläutert.

Als „gesamtgemeinschaftliche Aufgabe“ bezeichnete Johannes Hebauer, Leiter des Bereichs Ernährung und Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, den Schutz des zentralen Lebenselements Wassers. Den Wasserpakt Oberpfalz gibt es seit 2017. Hebauer freute sich über die vielen Vertreter unterschiedlicher mit dem Wasser-Thema verbundener Behörden, Verbände und Einrichtungen: Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und -versorger, Trinkwasser- und Pflanzenschutz, Fischerei, Maschinen-

ring und Lohnunternehmen, Biogas, Erzeugerring. Er verwies auf Projekte in den Feldern Gewässer-, Wasser- und Bodenschutz, die Verankerung des Themas Wasser in Lehrplänen, auf die bodenständig-Aktivitäten in der ländlichen Entwicklung und auf Projekte der Wasserwirtschaft.

### Verbesserung der Gewässerökologie

In das zentrale Thema „Rechtliche Regelungen sowie Maßnahmen zur Verringerung des Nähr-

stoff- und Pflanzenschutzmitteleintrages in Gewässer“ führte Emanuel Schlosser, Leiter des Sachgebiets Agrarstruktur und Umweltbelange in der Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, ein und fungierte als Moderator. Inwieweit eine Verbesserung der Gewässerökologie durch Gewässerunterhaltung und -entwicklung erreicht werden kann, beleuchtete Raimund Schoberer vom Sachgebiet Wasserwirtschaft bei der Regierung der Oberpfalz. Das wichtigste Element in Gewässern ist der Sauerstoff, aber auch Schatten angesichts weiter steigender Temperaturen ist für Schoberer zentral. Denn Fische – zum Beispiel Karpfen und Forelle – leben bei verschiedenen Temperaturen. Neben der Beschattung könnten Gewässerrandstreifen und strukturelle Maßnahmen Verbesserungen bringen.

### Bundesrat:

## Düngegesetz vorerst gescheitert

Der Bundesrat hat den von der Bundesregierung vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Düngegesetzes die Zustimmung verweigert. Zentraler Bestandteil des Gesetzentwurfes war unter anderem die Änderung der Rahmenbedingungen zur Stoffstrombilanzverordnung. Das Gesetz sollte unter anderem die Grundlagen für die Nährstoffbilanzverordnung und die Monitoringverordnung bilden. Bundesregierung oder Bundestag haben nun die Möglichkeit, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um mit den Ländern über Kompromisse zum Düngegesetz zu verhandeln.

Durch die erstgenannte Verordnung sollte die Nährstoffbilanz landwirtschaftlicher Betriebe verbessert werden, indem diese ihre Nährstoffverwendung dokumentieren, um künftig nachhaltiger und effizienter zu düngen. Mittels Monitoring wollte die Bundesregierung überprüfen, wie wirksam die geltenden Düngeregeln sind.

Ziel des Gesetzes war es auch, die hohe Nitratbelastung deutscher Gewässer zu senken, wie von der EU-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof wiederholt gefordert. Zudem sollte durch Umsetzung der EU-Düngeproduktverordnung gewährleistet werden, dass nur sichere und wirksame Dünger aus der EU auf den europäischen Markt gelangen.

„Jetzt ergibt sich die Riesenchance zum Bürokratieabbau in der Landwirtschaft“, kommentierte Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber den Beschluss. „Bayerns Position ist klar: Wir tragen die neue Monitoring Verordnung mit, wenn im Ge-

genzug die Stoffstrombilanz-Verordnung gestrichen wird. Diese rein deutsche Regelung ist für die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie nicht erforderlich und bürdet unseren Landwirten jede Menge bürokratischen Arbeit auf. Dem Düngegesetz konnten wir unter diesen Bedingungen nicht zustimmen“, so die Ministerin.

### Landwirtschaftliche Betriebe entlasten

Sie bat den Bund, „nun auf die Länder und Landwirte zuzugehen und im Vermittlungsausschuss endlich die Stoffstrombilanzverordnung abzuschaffen. So kann sinnvoll für Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe gesorgt werden.“ Das Monitoring zur Düngeverordnung sichere künftig den notwendigen Gewässerschutz und mache die Stoffstrombilanz überflüssig. Gleichzeitig bildeten die damit verbundenen Datenerhebungen die Grundlage für Verursachergerechtigkeit. „Daran

hätte der Bund schon seit 2022 arbeiten können und muss es jetzt endlich tun – dann kommt es zu keinerlei weiteren zeitlichen Verzögerungen zur ursprünglichen Terminplanung des Bundes“, machte Kaniber deutlich.

Für den Verband kommunaler Unternehmen, dessen Mitglieder rund 90 Prozent aller Einwohner Deutschlands mit Trinkwasser versorgen, ist die Ablehnung des Düngegesetzes im Bundesrat „ein Rückschlag für Gewässerschutz“. Das Düngegesetz böte unter anderem durch das Instrument der Nährstoffbilanz auch eine Chance, Landwirtschaft und Gewässerschutz besser zu vereinen. Insgesamt seien dringend weitere Maßnahmen erforderlich, um die Gewässer besser vor Nitrat zu schützen. Dies betreffe insbesondere das Grundwasser als wichtigste Trinkwasserressource. „Wir hoffen daher, dass Bund und Länder sich rasch einigen. Damit würden sie auch ein Vertragsverletzungsverfahren vermeiden, das mit dem millionenschwere Strafzahlungen verbunden wäre.“

In dieselbe Kerbe hieb Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. Aus seiner Sicht hätten die vom Bundestag beschlossenen Regelungen die Chance geboten, die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie aus dem Jahr 1991 nach mehr als 30 Jahren endlich in nationales Recht umzusetzen und die Nitratreinträge der Landwirtschaft nachhaltig zu reduzieren. Mit der Absage des Bundesrats sei diese Chance fürs Erste verspielt worden.

Deutschland könne damit auch wesentliche Zusagen gegenüber der EU-Kommission bei der Transparenz der Düngepraxis nicht einhalten. Dies könnte auch erste Konsequenzen durch die EU nach sich ziehen, betonte Weyand: „Ohne eine Konkretisierung des vorgesehenen Wirkungsmonitorings besteht weiterhin die Gefahr, dass im Rahmen der aktuellen Evaluierung der EU-Kommission zur Umsetzung der Nitratrichtlinie Brüssel das Steuer übernimmt. Deutschland könnte die nationale Handlungssouveränität in diesem Bereich gänzlich aus der Hand genommen werden.“

Der Bundesrat sei nunmehr aufgefordert, einen konstruktiven Lösungsbeitrag zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie zu leisten. Wie der soeben veröffentlichte Nitratbericht 2024 des Bundesumwelt- und des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeigt, überschreite immer noch etwa ein Viertel der Nitratmessstellen den gesetzlichen Grenzwert von 50 Milligramm je Liter Grundwasser. **DK**

### Nährstoff- und Pflanzenschutzmonitoring

Mit Dr. Jörg Brandner, Fachbereichsleiter Gewässeraufsicht beim Wasserwirtschaftsamt Regensburg, informierte Schoberer über das Nährstoff- und Pflanzenschutzmonitoring an Oberflächengewässern. Dabei ging es anhand von Fallbeispielen um die Phosphor-Werte, die zunehmende Erosivität nach Starkniederschlägen, die Saatverfahren und die Einträge von Pflanzenschutzmitteln. „Der Boden soll am Acker bleiben“, war das Fazit der beiden Vortragenden. Aus dem Publikum kam der Hinweis auf Biber und Fischotter und die Einbeziehung des Naturschutzes als Partner im Handeln.

### Rechtliche Verordnungen

Über rechtliche Regelungen zum Pflanzen- und Gewässerschutz informierte Michael Kistler vom bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft angesiedelten Institut für Pflanzenschutz. Je nach Art des Gewässers und der dort dann umgesetzten Maßnahme greifen verschiedene rechtliche Verordnungen. Außerdem gab er Hinweise zum Umgang mit Terbuthylazin, Nicosulfuron und Glyphosat. Damit war das Thema von Thomas Mayer vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Regensburg-Schwandorf bereits angedeutet: „Pflanzenschutzmitteleinträge in Gewässer und deren Vorbeugung“. Als Ziel gab er ein „unbelastetes Grundwasser für eine sichere Versorgung mit natürlichem Trinkwasser“ an, damit verbunden den Verzicht oder die Reduzierung chemischer Mittel bzw. den Einsatz alternativer Präparate. Als beste fachliche Praxis



Der BBV-Präsident Oberpfalz und stellvertretende bayerische BBV-Präsident Ely Eibisch und Johannes Hebauer, Leiter des Bereichs Ernährung und Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz, verschafften sich beim Einsatz des Holmer-Gülletracs einen Eindruck von dieser Maschine.

Bild: Markus Bauer

empfohl Mayer ein „standortspezifisches Wirkstoffmanagement und die Umsetzung von geeigneten Vorsorgemaßnahmen (Gewässerrandstreifen)“.

Über Fachrechtskontrollen beim Pflanzenschutz und bei der Düngung klärte Patrick Koder vom AELF Neumarkt-Amberg auf, Dr. Stefan Kremb vom Sachgebiet Agrarstruktur und Umweltbelange in der Landwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz erläuterte Besonderheiten bei Gewässerrandstreifen, die unterschiedliche Faktoren (Hanglage, Länge, Wasserführung beim Gewässer, rechtliche Hintergründe) haben können. „Ziel ist eine Landwirtschaft, die die Ernährung sichert, sich rechnet, die Umwelt schont und saubere Gewässer fördert“, fasste Kremb zusammen. Die bodenständig-Maßnahme vor Ort in Schorndorf stellte Stefan Haupt vom AELF Oberpfalz vor.

In der Diskussion ging es neben den Naturschutz-Aspekten besonders um die Bürokratie. „Die Landwirte dürfen nicht resignieren“, meinte Georg Mayer, Leiter des AELF Regensburg-

Schwandorf. „Der Landwirt darf mit der Problematik nicht alleine gelassen werden“, betonte Franz Roeder, Vorsitzender des Maschinenrings Cham.

### Aus der Praxis

Seine Einrichtung hatte federführend den Praxistest nahe Obertraubenbach auf dem Düngeverordnung-Nachweisgebiet Knöbblingerbach organisiert. Vorgeführt wurden ein Holmer-Gülletrac, der mit Gülleschlitztechnik die Gülle direkt in den Boden einbringt, der „RumboJet“, ein an einen Traktor angehängtes Arbeitsgerät zur automatisierten Detektion und Bekämpfung von stumpfblättrigen Ampfer, und die Cultanausbringtechnik (flüssiger Ammonium-Dünger wird in der Nähe der Pflanzenwurzel injiziert). Abschließend zeigte Sebastian Schlag, Gewässerschutzberater am AELF Cham mehrere Varianten von Gewässerrandstreifen. „Es finden sich kaum Einträge von Schadstoffen im Bach“, zog Schlag eine positive Bilanz. **Markus Bauer**

## Zukunftssicherung der Kaiser-Therme

Nur fünf Tage nach den Beschlussfassungen des Bezirkstags von Niederbayern und des Marktgemeinderats von Bad Abbach trat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kurmittelhaus Bad Abbach zusammen.

„Nachdem sich bereits zwei der drei Zweckverbands-Mitglieder mittels Beschlüssen klar zur Zukunftssicherung der Kaiser-Therme bekannt haben, ist es nun die Aufgabe des Zweckverbandes, das Tempo zu halten und sich fachlich, finanziell und personell einzubringen“, erläutert Bezirkstagspräsident und Verbandsvorsitzender Dr. Olaf Heinrich. So folgte die Verbandsversammlung der Empfehlung, den vorgeschlagenen strukturierten Verkaufsprozess oder ein strukturiertes Bieterverfahren voranzutreiben und damit die öffentlich getragene Kaiser-Therme in private Hände zu geben. „Das nimmt dem Betrieb der Kaiser-Therme die stark zweckgebundenen Einschränkungen. Damit eröffnen sich zahlreiche und attraktive Möglichkeiten für alle Beteiligten“, ist sich Bad Abbachs Erster Bürgermeister

und stellvertretender Verbandsvorsitzender Dr. Benedikt Grünwald sicher.

Neben den formell zu beschließenden nächsten Verwaltungsschritten erhielt zudem das in der Tourismus- und Bäderbranche renommierte Beratungsunternehmen Project M einstimmig und mit sofortigem Beginn den Auftrag der Prozessbegleitung. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem gewählten Weg und dem spürbaren Zusammenhalt die maximale Energie bereitstellen und die Mitarbeitenden der Kaiser-Therme, die Bevölkerung, kurzum wir alle, zuversichtlich in die Zukunft blicken können“, unterstrich Martin Neumeyer, Landrat des Landkreises Kelheim und stellvertretender Verbandsvorsitzender, die Geschlossenheit und gegenseitige Unterstützung innerhalb der kommunalen Familie. **DK**

## DIE KOMPLETTLÖSUNG FÜR INSEKTENFREUNDLICHES MÄHEN



Die abgebildete Maschinenkombination ist förderfähig im Rahmen des Förderprogramms Natürlicher Klimaschutz in Kommunen.

lindner-traktoren.at

Lindner

## Dem Klimawandel gemeinsam begegnen

Netzwerktreffen der Landesagentur für Energie und Klimaschutz in Würzburg

Wie schütze ich meine Gemeinde vor Starkregenereignissen? Wie kann ich der Sommerhitze in engen Altstadtgassen begegnen? Und wie bilanziere ich die Treibhausgasemissionen meiner Kommune richtig? Antworten auf diese Fragen gab es beim diesjährigen Netzwerktreffen der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK). Rund 150 Teilnehmer aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Ministerien und Behörden adressierten bei dem zweitägigen Treffen in Würzburg aktuelle Themen rund um den Klimawandel.

„Kommunen sind unverzichtbare Partner im Engagement für Energiewende und Klimaschutz“, sagt Elena Blinzer, die Organisatorin des Netzwerktreffens. „Deswegen haben wir an der LENK vor drei Jahren unter dem Titel KOMMUNITY ein eigenes Veranstaltungs- und Vernetzungsangebot für die rund 2.000 Gemeinden, Städte und Landkreise in Bayern geschaffen. Das Netzwerktreffen ist darin ein wichtiger Baustein für den Austausch von Fachwissen und Erfahrungen.“

Bereits zum dritten Mal fand das bayernweite Netzwerktreffen nun statt, das die LENK dieses Mal gemeinsam mit dem Klima-Zentrum des Landesamts für Umwelt (LfU) und der Umweltinitiative Stadt.Klima.Natur organisiert hat. „Dieses Jahr lag der Fokus auf dem Thema Klimaanpassung“, erklärt Thomas Leine-weber, stellvertretender Leiter der LENK und verantwortlich für den Bereich Klimaschutz. „Das ist ein Thema, das immer wichtiger wird. Hier werden die Kommunen auch durch gesetzliche Vorgaben mehr und mehr in die Pflicht genommen.“

Ein Punkt, der auch die steigende Resonanz des Netzwerktreffens erklärt: „Klimaschutzmanager sind oft Einzelkämpfer in ihren Kommunen“, sagt Leine-weber. „Das Netzwerktreffen ist eine wichtige Gelegenheit, sich mit anderen in der gleichen Lage auszutauschen und in seinem Tun zu bestärken.“

Wie Städte sich an die zunehmende Hitze anpassen können, zeigten die Klimaanpassungsmanagerinnen Katharina Schätz und Annegret Weidig mit Fallbeispielen aus Nürnberg und Regens-

burg auf. Wie Treibhausgasbilanzierung in Kommunen ablaufen kann, erläuterte Miriam Dingeldey vom Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und auf die Frage, wie das Wärmeplanungsgesetz des Bundes für bayerische Kommunen einzuordnen ist, hatte Tobias Berger von der Deutschen Energieagentur (dena) Antworten.

Naturnahe Flächen in der Stadt, ökologisches Regenwasser-Management und strukturreiche Grünräume: Welche Maßnahmen eine funktionierende blau-grüne Infrastruktur ausmachen, zeigte das Klima-Zentrum in einem Workshop auf.

Auf welcher Grundlage können Maßnahmen umgesetzt werden? Wie Klimaschutz-Monitoring in Kommunen aussehen kann und welche Daten – vom Wetter bis zu Abfallmengen und Busfahrgeäten – eine Kommune dafür nutzen kann, erläuterten Franziska Wittkötter und Paul Ratz vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) aus Köln.

Kommunale Planungsinstrumente richtig angewendet bieten Möglichkeiten, um etwa Schottergärten zu verhindern oder den Bau von Zisternen zu fördern. Über den gesetzlichen Rahmen und juristische Fallstricke informierten Tanja Gallenmüller vom Klima-Zentrum und Rechtsanwalt Frank Sommer.

Zuhören und das Gegenüber verstehen: Vor allem der Kommunikation von Projekten und Maßnahmen zu Klimaschutz und Energiewende kommt eine große Bedeutung zu. Wie eine solche Kommunikation gelingen kann, stellte schließlich Carel Mohn von der Initiative Klimafakten dar. □

### Klimawandel und Wasserwirtschaft:

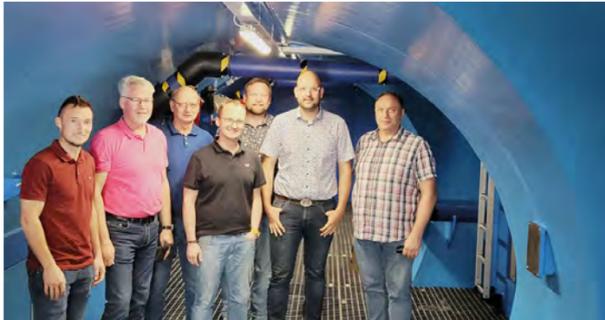
## Kooperation KLIWA wird 25 Jahre alt

Die Kooperation KLIWA „Klimaveränderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft“ hat Grund zu feiern: Seit 25 Jahren untersucht und zeigt KLIWA, wie konkret sich der Klimawandel bereits auf die Ressource Wasser als eines unserer wertvollsten Güter auswirkt. Regionale Veränderungen im Wasserhaushalt sowie der Wasserqualität werden dadurch früher und besser erkannt, es wird deutlich, wo die Wasserwirtschaft dementsprechend reagieren muss und sich Herausforderungen oder Gefahren abzeichnen.

Die Kooperation hilft damit, dem Klimawandel innerhalb der beteiligten Bundesländer zu begegnen. So lassen sich zukunftsorientierte, nachhaltige wasserwirtschaftliche Handlungsstrategien entwickeln, welche auf länderspezifische Anforderungen angepasst werden. Für Fragen der Klimafolgenanpassung werden in KLIWA Maßnahmen und Vorsorgekonzepte bewertet und neben wichtigen Grundlagen Hilfestellungen bei ihrer Umsetzung gegeben.

KLIWA ist eine Kooperation mehrerer Bundesländer sowie des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zur Klimafolgenabschätzung und -anpassung in der Wasserwirtschaft. Nach dem Zusammenschluss von Baden-Württemberg und Bayern sowie dem Deutschen Wetterdienst im Jahr 1999, erfolgte der Beitritt von Rheinland-Pfalz im Jahr 2007. Seit 2024 sind auch die Bundesländer Hessen und Saarland offizielle Partner der Kooperation. Ziel ist es, fachliche Fragestellungen im Kontext Klimawandel/Wasserwirtschaft gemeinsam zu bearbeiten, Wissen in den Bereichen Meteorologie und Hydrologie zu bündeln sowie Synergien zu nutzen. Damit einhergehend wird ein einheitliches Vorgehen im süddeutschen Raum für vergleichbare Fragestellungen angestrebt. In KLIWA werden aktuell die Themen Starkregen und Bodenerosion, Wasser- und Bodenwasserhaushalt, Wassertemperatur, Stoffgehalt von Gewässern sowie Gewässerökologie betrachtet.

Weitere Informationen zur Kooperation sind zu finden unter [www.kliwa.de](http://www.kliwa.de). □



V.l.: Fabian Sturm und Ralf Büntig (beide Planungsbüro USS-Consult), Frank Gausche (LuK Helmbrechts), Florian Bauer (Bauleiter Fa. AS-Bau Hof), Rouven Dost (Bautechniker VG Schauenstein), Florian Schaller (Bürgermeister Stadt Schauenstein), Klaus Semmler (Fa. AS-Bau Hof).  
Bild: Stadt Schauenstein

### Neuer Trinkwasserhochbehälter in Schauenstein:

## Erfolgreiche Bauabnahme

Kürzlich wurde in Schauenstein der neu gebaute Trinkwasserhochbehälter offiziell abgenommen. Innerhalb kurzer Zeit, seit dem Baubeginn im August 2023, wurden die Schieberkammer und zwei Wasserbehälter errichtet und in Betrieb genommen. Damit hat die Stadt Schauenstein einen weiteren wichtigen Schritt zur Sicherung der Trinkwasserversorgung ihrer Bevölkerung gemacht.

Der Neubau war notwendig geworden, nachdem Keime im Trinkwasser des Leitungsnetzes aufgetreten sind. Die Bausubstanz der Wasserkammern des alten Hochbehälters war äußerst schlecht; weshalb bereits Anfang der 2000er Jahre eine der drei Kammern stillgelegt werden musste. Da auch die anderen Wasserkammern entsprechend schlechte Bausubstanz aufwiesen, musste hier dringend gehandelt werden. Der Stadtrat beschloss daraufhin einstimmig den Abbruch des bisherigen Hochbehälters und die Errichtung des neuen Hochbehälters.

### Zügige Umsetzung des Projekts

„Mit dem neuen Hochbehälter sind wir jetzt in der Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung gut aufgestellt“, freut sich Bürgermeister Florian Schaller. Er hob die hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem Planungsbüro USS Consult und der ausführenden Baufirma AS-Bau Hof GmbH hervor. „Dank der präzisen Planung und des schnellen sowie reibungslosen Bauablaufs, mit einer schlagkräftigen Firma, haben wir dieses wichtige Projekt zügig umsetzen können“, so Schaller weiter.

Eine Besonderheit bei dieser Baumaßnahme ist, dass der neue Hochbehälter aus PE-HD gefertigt

wurde. So wurde die komplette Schieberkammer in einem Stück gefertigt und per Schwertransport aus Österreich geliefert. Die vier Kunststoff-Behälterteile wurden aus Köln geliefert und vor Ort mit der Schieberkammer verschweißt. Dies hat auch für eine schnelle Umsetzung dieses Projektes gesorgt.

Mit diesem PE-HD Material ist es der erste Hochbehälter seiner Art im Landkreis Hof. PE-HD, ein robustes und langlebiges Material, sorgt für zusätzliche Sicherheit und Effizienz in der Trinkwasserspeicherung und -versorgung.

### Zukunftsorientierter Ausbau

Die stattfindende Bauabnahme verlief erfolgreich, die Gewerke wurden ohne Beanstandungen abgenommen, es sind nur noch kleinere Restarbeiten auszuführen. Eine Umzäunung wird noch gebaut, eine spätere Installation einer PV-Anlage ist vorbereitet. Weiterhin ist es positiv zu verzeichnen, dass die Kosten für den Neubau des Hochbehälters voraussichtlich unter den geplanten Baukosten von 965.000 Euro liegen werden.

Damit ist die Trinkwasserversorgung in Schauenstein nicht nur gesichert, sondern auch zukunftsorientiert ausgebaut. Somit ist ein weiterer, wichtiger Schritt in der Infrastrukturentwicklung der Stadt Schauenstein erreicht und abgeschlossen. □

## Hervorragende Wasserqualität an Bayerns Badeseen

Auch in diesem Jahre beweisen die Badeseen im Freistaat ihre hervorragende Wasserqualität. Auf dieses aktuelle Ergebnis hat Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hingewiesen. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) hatte seit Ende April 1.122 Wasserproben mikrobiologisch untersucht.

Ministerin Gerlach erläuterte: „Nahezu 98 Prozent der bayerischen Badegewässer sind derzeit hinsichtlich ihrer hygienischen Qualität als ‚ausgezeichnet‘ oder ‚gut‘ eingestuft. Die Ministerin fügte hinzu: „Der Klimawandel und steigende Durchschnittstemperaturen könnten in Zukunft zu vermehrten Problemen mit Blaualgen in einigen Gewässern führen. Umso wichtiger ist die Überwachung der Gewässer durch die Gesundheitsämter und das LGL.“

Gerlach betonte: „Schlechte Wasserqualität kann zu gesundheitlichen Problemen wie Magen-Darm-Erkrankungen oder Hautreizungen führen. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Wasserqualität im Blick haben. Die bayerischen Gesundheitsämter überwachen daher die bayerischen EU-Badestellen in der Badesaison.“

Die Gesundheitsämter entnehmen kurz vor und während

der Badesaison von Ende April bis 15. September insgesamt sechs Mal Wasserproben aus den Badeseen. Das LGL überprüft die eingesandten Wasserproben auf die Darmbakterien „Escherichia coli“ und „Intestinale Enterokokken“. Besteht an bestimmten, dafür anfälligen Seen der Verdacht, dass Cyanobakterien (Blaualgen) in höherer Konzentration vorkommen, werden zusätzlich Wasserproben auf Cyanobakterien untersucht.

### Messwerte online verfügbar

Die aktuellen Messwerte sind auch online auf der Liste der EU-Badegewässer in Bayern verfügbar, die nach Regierungsbezirken sortiert ist. Dort sind 374 Badeplätze an 292 Seen aufgeführt.

Weitere Informationen unter [www.stmgp.bayern.de/vorsorge/umwelteinwirkungen/badeseen](http://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/umwelteinwirkungen/badeseen) □

### Abwasserreinigung:

## Startschuss für Schweinfurter Forschungsprojekt

Die städtische Kläranlage in Schweinfurt wird um eine vierte Reinigungsstufe erweitert. Die Stadt geht mit einem Forschungsprojekt sogar noch einen Schritt weiter: Sie will bei der Bewässerung Grundwasser und Wasser aus Oberflächengewässern durch aufbereitetes Abwasser aus der Kläranlage als Nutzwasser ersetzen.

Umweltminister Thorsten Glauber, der den Förderbescheid überreichte und das Projekt offiziell startete, betonte: „Bayern setzt auf die Erforschung und Einführung innovativer Techniken, um die Reinigung des Abwassers immer weiter zu verbessern. Wir unterstützen das Forschungsvorhaben in Schweinfurt und fördern den Bau der 4. Reinigungsstufe mit 10,8 Millionen Euro.“

Mit Nutzwasser und moderner Bewässerungsinfrastruktur kann die städtische Bewässerung von Grünflächen, Parkanlagen und Sportplätzen effektiv und kostensparend erfolgen. Das Forschungsvorhaben der TU München „Nutzwasser für städtisches Grün“ will dafür die Voraussetzungen schaffen. Das Umweltministerium stellt der TU München dafür 2,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Freistaat hat bereits vor mehr als zehn Jahren begonnen, die erforderlichen Grundlagen für die Umsetzung der vier-

ten Reinigungsstufe zu erarbeiten. Auf freiwilliger Basis wird die Ausrüstung einer vierten Reinigungsstufe bei insgesamt 13 Kläranlagen gefördert. Die Pilotanlage in Weißenburg wurde mittlerweile in den Regelbetrieb überführt. Auch das Klärwerk Steinhäule in Neu-Ulm betreibt eine vierte Reinigungsstufe für die Behandlung von Abwasser aus Bayern und Baden-Württemberg. Die vierte Reinigungsstufe nutzt fortschrittliche Behandlungstechnologien, die mit breiter Wirkung Spurenstoffe entfernen können, die von den herkömmlichen Behandlungsstufen nicht erfasst werden.

Die EU und der Bund haben bislang keine verpflichtenden Vorgaben für den Bau vierter Reinigungsstufen erlassen. Die einzelnen Bundesländer haben in diesem Bereich keine Gesetzgebungskompetenz. Die Nachrüstung von Kläranlagen durch die Betreiber erfolgt daher bislang als freiwillige Vorsorgemaßnahme. □

## Lindauer Seminar 2024

Bereits zum 36. Mal traf sich die Branche zur renommierten Fachveranstaltung für Entwässerung, Inspektion und Sanierung von Kanal- und Rohrsystemen. Moderierte Vortragsblöcke mit aktuellen Themenschwerpunkten der Branche, Diskussionen zu Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten sowie eine begleitende Fachausstellung, die mit innovativen Produkten und Dienstleistungen aufwartete, machten das von JT-elektronik veranstaltete Seminar erneut zu einem Podium intensiven Informations- und Erfahrungsaustausches.

Auch heuer wurden alle Facetten einer zukunftsfähigen Siedlungsentwässerung aus Sicht der Gesetzgebung, der Betreiber, der Planer und der Anwender vorgestellt und von den mehr als 600 Teilnehmern angeregt diskutiert. Nach einem Grußwort von Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, durften sich die Besucher am ersten Fachtag auf vier thematische Vortragsblöcke freuen.

Ersterer befasste sich mit den Herausforderungen und Perspektiven der Wasserwirtschaft. Dabei wurden die Konsequenzen beschrieben, die sich aufgrund des Klimawandels für die kommunale Siedlungsentwässerung ergeben und deren Bedeutung beim Bemühen um eine Klimaneutralität der Abwasserentsorgung aufgezeigt. Die Siedlungsentwässerung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sei von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung, hieß es. Gleiches gelte für den Infrastrukturerhalt in Zeiten knapper Kassen und fehlender Fachkräfte.

### Integrale Siedlungsentwässerung

Im weiteren Verlauf wurden kommunale und private Aufgaben in der integralen Siedlungsentwässerung benannt. Zunächst wurde auf zwei neue bayerische Arbeitshilfen zum Umgang mit Hausdrainagen und Grundstücksentwässerungsanlagen hingewiesen und die Ergebnisse eines Pilotprojekts zur Überprüfung und Sanierung privater Grundstücksentwässerungsanlagen präsentiert. Es folgten Beiträge zum erforderlichen Zusammenwirken von öffentlicher und privater Entwässerung für ein zukunftsfähiges Regenwassermanagement und zur Minimierung der Gewässerbelastungen.

Beim Thema „Werkzeuge zur Digitalisierung in der Siedlungs-

entwässerung – Möglichkeiten und Grenzen“ ging es um erfolgreiche BIM-Implementierungen in der Kanalinstandhaltung, Erfahrungen mit KI aus der Sicht eines Dienstleisters und den Infrastrukturerhalt bei Fachkräftemangel. Dieser Vortragsblock endete mit einer Diskussion zum Thema Digitalisierung, Digitaler Zwilling und Erwartungen an die Auswertungsqualität der KI-Software. Insgesamt verfügt der Tiefbaubereich über ein erhebliches Potenzial in der Digitalisierung, so der Tenor.

Im Vortragsblock „Kanalmanagement – neue Entwicklungen“ standen Beiträge zur strategischen Inspektionsplanung, zur Kanalinspektion mit Flugdrohnen, zum Einsatz von einfachen Untersuchungssystemen und zur bedarfsorientierten Eigenüberwachung mit Empfehlungen auf Basis umfangreicher Zustandsdaten aus bis zu drei Inspektionszyklen auf der Agenda.

Am zweiten Seminartag lag der Fokus zunächst auf der Eigenwasserspülung als substanzschonende und energiesparende Alternative zur HD-Reinigung, einem möglichen Blackout im Kanalbetrieb, dem Füllstandsmonitoring und der Future City Fow Modellierung, der Simulation sowie der Vorhersage und Steuerung der Siedlungswasserwirtschaft, ehe das Thema „Kanalinstandhaltung in Zeiten begrenzter Ressourcen“ den Abschluss bildete.

Im Mittelpunkt standen dabei praktische Beispiele zur Beschleunigung von Planungsprozessen, Ausbildungsberufe im Wandel, die bedarfsorientierte Straßenablauffreinigung, die Konformität von Ausschreibung, Angebot, Auftrag und Bauausführung bei der Kanalinstandhaltung und schließlich die Frage „Leistungswettbewerb oder Preiswettbewerb bei der Vergabe von Planungsleistungen?“ □

Staatsminister Füracker:

## Auszeichnung für neun lebendige Traditionen in Nordbayern

Nachdem am 11. Juni in München sieben südbayerische Kulturformen in das Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes neu in das Bayerische Landesverzeichnis aufgenommen wurden (wir berichteten), überreichte nunmehr Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in Nürnberg nunmehr die Urkunden für lebendige Traditionen in Nordbayern. Dabei handelte es sich um die sechs diesjährigen sowie die drei letztjährigen Neuaufnahmen.

Jährlich an einem Samstag im Juli wird in der Nähe von Coburg das Neustadter Kinderfest veranstaltet. Im Mittelpunkt steht der von der örtlichen Schule organisierte Kinderumzug, bei dem die Schülerinnen und Schüler kostümiert durch die Straßen ziehen, begleitet von Musikkapellen und geschmückten Festwagen. Jede Klasse legt individuell ihr jährliches Leitthema fest und führt es beim Festzug auf. Im Anschluss an den Umzug finden Sport- und Freiübungen, Spiele und der traditionelle Neustadter „Rutscher“-Tanz, der schon im 19. Jahrhundert für Kinder adaptiert wurde, statt.

Das Goldschlägerhandwerk hat eine lange Tradition und ist ein wichtiger Teil der Geschichte von Schwabach. Seit dem 16. Jahrhundert ist die Stadt für ihre Blattgoldarbeiten bekannt, die weltweit exportiert werden. Blattgold aus Schwabach zierte zum Beispiel die „Goldelse“ in Berlin, die Kuppel des Invalidendoms in Paris und die Freiheitsstatue in New York. Bundesweit existiert das Goldschlägerhandwerk nur noch in der mittelfränkischen Stadt.

Bayerischer Präventionspreis 2024:

## Lebenswelten gestalten

Innovative und zukunftsweisende Projekte und Leistungen zu Gesundheitsförderung und Prävention aus München, Bad Birnbach, Erlangen, Fürth und Würzburg sind in der Landeshauptstadt von Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach mit dem Bayerischen Präventionspreis 2024 bedacht worden. Die Auszeichnung wurde in fünf Kategorien vergeben und mit jeweils 2.000 Euro dotiert. Beworben hatten sich 93 gesundheitsfördernde und präventive Projekte aus dem gesamten Freistaat.

Den Bayerischen Präventionspreis in der Kategorie „Prävention in Familie, Kindertagesstätte und Schule“ teilen sich zwei Projekte: Gewürdigt wurden „Ich bin alles“ – Infoportal zur Depression und psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen (Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des LMU Klinikums München) und „YAM – Youth Aware of Mental Health“, ein schulbasiertes Programm zur Förderung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen (Mental Health Initiative gGmbH, MHI, München).

### Ausbildungsstätte und Betrieb

Ausgezeichnet wurde zudem in der Kategorie „Prävention in Ausbildungsstätte und Betrieb“ das Pilotprojekt „big.KMU – Mit Bad Birnbach zum gesundheitsfördernden Unternehmen“ der Kurverwaltung Bad Birnbach mit Unternehmen aus dem Landkreis Rottal-Inn. Das Projekt wurde von der Kurverwaltung Bad Birnbach und Unternehmen aus dem niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn unter wissenschaftlicher Begleitung der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt. Es widmet sich der betrieblichen Gesundheitsförderung am Kurort und im Betrieb.

### Prävention im Alter

Das Projekt „Streetwork for Seniors“ der Initiative Erlangen erhielt den Präventionspreis in der Kategorie „Prävention im Alter“. Dabei handelt es sich um ein kostenloses Rikscha-Mitfahr-Angebot für Ältere in Büchenbach.

Seit 1731 geht der Gelübdefeierabend in Grafenwöhr auf den Seuchen- und Pestheiligen Sankt Sebastian zurück, der nach seiner Anrufung die Stadt von der Pest befreit haben soll. Zahlreiche Bürger, Vereine, Stadtverwaltung, Pfarreien und sogar Vertreter des Truppenübungsplatzes beteiligen sich rege an den Feierlichkeiten. Der Stadtfeierabend wird bis heute jährlich am 20. Januar mit Kirchenzug, Gottesdienst und anschließenden Feierlichkeiten begangen.

### Lange Tradition

Das Treideln, bei dem ein Schiff von einem am Ufer laufenden Pferd gezogen wird, hat eine lange Tradition am Ludwig-Donau-Main-Kanal. Diese Praxis geht bis in die 1840er Jahre zurück und erstreckt sich von Kelheim bis Bamberg. Nach Aufgabe des Kanals als offizielle Wasserstraße 1950 wurde das Treideln allmählich aufgegeben und 1996 zunächst im oberpfälzischen Landkreis Neumarkt und dann im mittelfränkischen Landkreis Nürnberg Land wiederbelebt. Die touristische Nutzung des Trei-

delns und die Weitergabe der alten Handwerkstechnik sind mittlerweile einmalig in Deutschland.

Das Kunigundenfest in Lauf an der Pegnitz ist seit dem 17. Jahrhundert belegt und vor allem ein Schul- und Kinderfest, das jährlich am ersten Juli-Wochenende gefeiert wird. In einem Festzug ziehen die Kinder der städtischen Schulen zum Reigenplatz und zeigen dort ihre Darbietungen. Umrahmt wird das Geschehen von einem fünftägigen Kirchweihfestbetrieb. Der Anlass für das Fest ist die Weihe der Kunigundenkapelle auf dem nördlich der Stadt gelegenen Kunigundenberg.

Die Kronacher Schwedenprozession geht auf eine Dankprozession für das glückliche Ende einer Belagerung durch schwedische Truppen im Dreißigjährigen Krieg zurück. Die seit 1632 alljährlich begangene Prozession führt am Sonntag nach Fronleichnam von der Stadtpfarrkirche zur Festung Rosenberg und wieder zurück. Nach der Prozession gibt es einen festlichen Ausklang. Früher beteiligten sich daran Zünfte und das Bürgermilitär, heute sind es Vereine, städtische Institutionen und historische Gruppen. Eine besondere Rolle bei der Dankprozession kommt bis heute den Frauen zu, da die letzte Belagerung der Stadt nur durch ihre Hilfe abgewehrt werden konnte.

### Kontinuierliche Brauchtums- und Trachtenpflege

Das Wissen über lokale historische Hochzeitsbräuche und Trachten aus der Zeit um 1890/1900 sowie die mit ihnen verbundenen handwerklichen Fähigkeiten soll die öffentliche Inszenierung eines evangelischen Hochzeitszuges aus der ehemaligen Graf-

Schule fürs Leben:

## Jugendliche erleben regionale Wertschöpfung

Ein Projekttag im Zeichen des regionalen Einkaufs

Im Rahmen der vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus initiierten Projektwoche „Alltagskompetenzen – Schule für's Leben“ konnten Schülerinnen und Schüler aus der 8. Jahrgangsstufe des örtlichen Gymnasiums am Projekttag „Regionales Picknick – Einkaufen mit der REGIOapp – ihre praktischen Fähigkeiten unter Beweis stellen und dabei die Vorteile regionaler Produkte kennenlernen. Der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. (BRB) mit Sitz im mittelfränkischen Feuchtwangen hatte den Projekttag in Kooperation mit der ortsansässigen Regionalinitiative Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt e.V. (ALLES e.V.) auf Initiative des Gymnasiums Feuchtwangen bereits im dritten Jahr in Folge veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die Praxistauglichkeit von Regionalität.

Das Konzept „Schule fürs Leben“ zielt darauf ab, in einer Praxiswoche den Lebensweltbezug im schulischen Alltag deutlich zu stärken und die Alltagskompetenzen der Schülerinnen und Schüler vor allem in den Bereichen Umweltschutz, Ernährung, nachhaltiges Handeln und Haushaltsführung zu fördern. Die Schulen arbeiten dabei fächerübergreifend mit qualifizierten externen Partnern, wie hier dem BRB und dem ALLES e.V., zusammen.

### Regionaler, digitaler Einkaufsführer

Nach einem informativen Einstieg in die zahlreichen guten Gründe für regionales Handeln lernten die Schüler auf dem Projekttag in Feuchtwangen die REGIOapp kennen. Die App, die 2013 vom BRB zunächst für Mittelfranken entwickelt wurde, hat sich mittlerweile bundesweit mit rund 75.000 Userinnen und User und etwa 13.500 Profileinträgen zu regionalen Produkten und Anbietern als regional-digitaler Einkaufsführer etabliert.

schaft Wertheim durch den Gesangs- und Trachtenverein Glasofen e.V. vermitteln. Aufführungen finden bei festlichen Gelegenheiten vor Ort und in der Umgebung statt, aber auch bei Ereignissen wie dem Trachten- und Schützenzug des Münchner Oktoberfests. Die kontinuierliche Brauchtums- und Trachtenpflege begann 1951 mit der Gründung einer Trachtengruppe durch einen örtlichen Lehrer. Neben den Umzügen stehen die Bewahrung und Nachbildung der historischen Kleidungsstücke, Kenntnisse um deren angemessene Verwendung und das teilweise sehr komplizierte Ankleiden im Zentrum der Erhaltungsbemühungen.

Ein von September bis April praktiziertes gesellschaftliches und kulinarisches Ritual, das sowohl in der Gastronomie wie auch in Vereinen oder in privaten Gesellschaften seit Mitte des 19. Jahrhunderts angeboten wird, ist die „Schweinfurter Schlachtschüssel“. An einem Essen sind üblicherweise zwischen 30 und 150 Personen beteiligt. Hierbei wird das Fleisch nicht einzeln portioniert, sondern in ritualisierter Form tischweise gereicht. Zudem ist das Schlachtschüsselessen mit einem Unterhaltungsprogramm verbunden, bei dem die Gäste zum Mitsingen und Dichten aufgefordert werden.

Die Kirwa (Kirchweihe) im Amberg-Weißbühlwies ist ein traditionelles, farbenfrohes Volksfest mit Trachten, traditionellen Ritualen und kulinarischen Köstlichkeiten, das in etwa hundert Ortschaften im Landkreis Amberg-Weißbühlwies und der kreisfreien Stadt Amberg gefeiert wird. Die öffentlichen Feste dauern üblicherweise drei Tage, die Hauptelemente, darunter die Erichtung des Kirwabaums, sind ähnlich, jedoch gibt es lokale und regionale Besonderheiten. Im Mittelpunkt der Organisation stehen meist Gruppen von Jugendlichen und unverheirateten jungen Erwachsenen. DK

Zukunftsstiftung Ehrenamt:

## Starthilfe für 20 Projekte

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern macht die Einsatzbereitschaft, Innovationskraft und Kreativität von Menschen im Ehrenamt sichtbar. Auch in diesem Jahr fördert sie wieder besonders herausragende ehrenamtlich getragene Projekte.

Folgende 20 Projektträger erhalten eine Starthilfe in Höhe von insgesamt rund 150.000 Euro:

- machbar bamberg e.V., Kultur statt Kaserne - Neue Nachbarschaft in Bamberg Ost
- Bürgerinitiative Mehr Platz zum Leben, Gestalte dein Viertel mit!
- Quartiersmanagement der Stadt Ostheim, Helferkreis Ostheim v. d. Rhön
- St. Johannes Zweigverein Theilheim e.V., Generationengarten, Theilheim
- Ausgepfuscht e.V., Gemeinsam engagiert! Wir lernen gemeinsam! Gilching
- Diakonisches Werk Schweinfurt e.V., Offene Soziale Dienste, Bibliothek der Dinge - digital und ganz persönlich
- Freiwillige Feuerwehr Forchheim e.V. für die Dorfgemeinschaft Forchheim, Musik, Tanz und Bewegung mit Senioren, gefördert in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Stadtjugendring Kaufbeuren des Bayerischen Jugendrings, Freiwillig für Morgen
- Chorgemeinschaft Schnaittach, Lernen mit dem Liederweg, gefördert in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Begegnungszentrum DAS BUNTE HAUS, Einsatz neuer Medien im bürgerschaftlichen Engagement, gefördert in Kooperation mit der CONVIVO Stiftung
- Kunstwert-Wir machen Kultur e.V., Klassik im Kesselhaus in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Freiwillige Agentur Regensburg, Inklusion durch Engagement – Plauderbank
- Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit gGmbH, Ehrenamt belebt Stadtgemeinschaften - Verbindungen schaffen mit der Teil-Bar, Nürnberg
- Digitalraum Main-Donau-Moldau e.V., Koordination ehrenamtlicher Einsatzkräfte/Helfer mit Hilfe von GPS-Route
- Stadtbücherei im Kantorhaus, Bibliothek der Dinge - Bibliothek als 3. Ort
- Projektschmiede e.V., Community-Brauerei
- AOVE e.V., Zukunfts-Blick - So soll meine Heimat aussehen in Kooperation mit der Bürgerstiftung Kerscher
- Kulturlawine e.V., Harmonie in Vielfalt - ein inklusives Musikprojekt
- Community Kitchen gGmbH, Mitmachküche
- Verein zur digitalen Unterstützung von Einsatzdiensten e.V., HEIDI.med - Das Medizin-Modul für die Hilfeapp für Einsatzdienste.

Ulrike Scharf, Bayerische Sozialministerin und Vorstandsvorsitzende der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern: „Das soziale Bayern lebt vom Ehrenamt. Ich bin begeistert, mit welcher Leidenschaft und Ideenreichtum sich die Menschen in unserem Land engagieren. Mit der Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern sagen wir Ja und Danke zu diesem Einsatz.“ DK



Florian Krommer von der Regionalbewegung mit Schülerinnen und Schülern der 8. Klasse bei der Zubereitung des regionalen Picknicks.

Bild: Andrea Winter, Bundesverband der Regionalbewegung e.V.

Andrea Winter, Pressesprecherin des BRB.

### Achtsamkeit erfordert Flexibilität

Beim gemeinsamen Verzehr des selbst zubereiteten Picknicks wurde klar, dass nicht jedes als regional beworbene Produkt wirklich regional ist. Die Schüler erkannten, dass die Achtsamkeit auf Saisonalität und Regionalität teilweise Flexibilität im Speiseplan erfordert. „Wir hatten frische Himbeeren für unsere Joghurtspeise geplant, mussten aber feststellen, dass nur spanische Ware in den Verkaufsstellen, die wir aufgesucht haben, angeboten wurde. Wir haben uns dann für die unverpackten Johannisbeeren und Blaubeeren entschieden, die immerhin aus Deutschland sind“ erklärt eine

Schülerin. Ihre Mitschülerin betonte erstaunt, nachdem sich ihr Bio-Honig erst beim genauen Studium des Kleingedruckten als mexikanisches Erzeugnis entpuppte: „Ich hätte nicht gedacht, wie komplex es ist, im Alltag auf Regionalität zu achten und wie schwer es ist, wirklich regionale Produkte zu finden, vor allem, wenn man gleichzeitig Wert auf Bio legt.“

### REGIOapp bietet Orientierung

„Hier kann die REGIOapp eine gute Orientierung sein und unser Projekttag rund ums regionale Einkaufen könnte jeweils in Kooperation mit örtlichen Regionalinitiativen aufgrund der bundesweiten Reichweite der REGIOapp sogar in ganz Deutschland durchgeführt werden“, freut sich Kerstin Horneber, die die REGIOapp bundesweit leitet und betreut. □



V.l. Tatkräftige Unterstützung durch Lara, Lina, Elsa und Lotte bei der Müllsammelaktion der Gotzinger Grundschule. Bild: Marina Muss

Gotzinger Grundschule in München/Untersending:

## Wir räumen gemeinsam auf

### 300 Schüler beschäftigen sich eine Woche mit dem Thema „Müll“

Die Zeit von Notenschluss bis Ferienbeginn ist eine besondere: Die Schüler sind ohne Leistungsdruck und die Lehrer haben die Gelegenheit ein Angebot unabhängig vom Lehrplan zu machen. Das Kollegium der Gotzinger Grundschule im Münchner Stadtteil Sendling hat sich daher eine besondere Aktion ausgedacht. Eine ganze Woche ging es um das Thema Müll, Recycling und Upcycling.

300 Schülerinnen und Schüler und ihre Familien bereiteten sich schon wochenlang auf das Projekt vor und sammelten fleißig, was eigentlich sofort im Müll landet: Dosen, Saft- und Milchkartons sowie Klopapierrollen und vieles mehr. Eine Mutter erzählt erstaunt, dass ihr erst durch das bewusste Aufheben der Milchkartons klar wurde, „wie viel Milch wir verbrauchen!“ Der gesammelte Müll wurde in diversen Workshops von den Kindern verarbeitet und zu neuem Leben erweckt. Aus den Milchkartons wurden beispielsweise Käppis und Geldbeutel gefertigt. Aus alten Büchern wurden dekorative Blumen gebastelt. Die Kinder kamen mit Insektenhotels und Bienenwachstüchern nach Hause. In Zusammenarbeit mit dem Großmarkt wurde aus 60 Kilo Obst Marmelade gekocht und alte Schraubgläser wurden zu hübschen Teelichtern.

genes Geschirr mitzubringen und handgerechte Speisen anzubieten. Den Abschluss aber bildete die große Müllsammelaktion: Alle Schüler wurden mit Begleitung durch Lehrerschaft und Elternbeirat klassenweise durch das Stadtviertel geschickt, um Müll zu sammeln. Eine Schülerin erzählte dabei fassungslos von den Müllbergen, die auch in München „einfach in den Straßen liegen!“ Was sie aber sehr gefreut habe, dass einige Leute auf der Straße sehr erstaunt und erfreut die Kinder gelobt hätten.

Konrektor Marius Trovato berichtete, dass es schon schwierig war, Unterstützung zu finden. Zum Glück kam über den Elternbeirat der Kontakt zu rehab republic, die den Kindern 300 Müllsammelzangen, 60 waschbare Beutel und rund 50 Kinderhandschuhe ausliehen. rehab republic ist ein Münchner Kreativkollektiv, das seit zwölf Jahren Kommuni-



Erstaunlich, wie viel Müll im Viertel zu finden ist. Die Gotzinger Grundschule räumt auf. Bild: Marina Muss

Das anschließende Sommerfest stand natürlich ebenfalls unter dem Motto Müllvermeidung. Die Familien wurden gebeten ei-

kationskampagnen für Umwelt- und Sozialthemen im urbanen Raum entwickelt und durchführt. Gefördert ist das Projekt unter

### Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Stadt Lichtenfels (20.553 Einwohner; Stand 01.07.2024).

### Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit dem 01.05.2014 bin ich als hauptamtlicher Erster Bürgermeister im Amt.

### Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meinem Amtsantritt als Bürgermeister war ich als Standesbeamter bei der Stadt Lichtenfels tätig. Diesen Beruf übe ich selbstverständlich nicht mehr aus.

Allerdings freue ich mich sehr darüber, wenn sich die Gelegenheit ergibt, weiterhin Eheschließungen vorzunehmen. Es ist für mich immer ein besonderer Moment, Paare in den Bund der Ehe zu begleiten und an einem der glücklichsten Tage ihres Lebens teilzuhaben.

## GZ ZU GAST BEI ...



### Andreas Hügerich

Erster Bürgermeister der Stadt Lichtenfels

### Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein persönlicher Anreiz, in die Kommunalpolitik zu gehen, war meine tiefe Verbundenheit mit meiner Heimatstadt Lichtenfels. Hier bin ich aufgewachsen, ging in den Kindergarten und zur Schule und habe in der Stadtverwaltung meinen Beruf als Verwaltungsfachangestellter erlernt. Ich habe so viele positive Erlebnisse in meiner Stadt; daher möchte ich aktiv an ihrer Gestaltung mitwirken.

Es ist mir ein Herzensanliegen, unsere Stadt gemeinsam mit allen Lichtenfelserinnen und Lichtenfelsern weiterzuentwickeln.

Besonders wichtig ist mir dabei eine parteiübergreifende Zusammenarbeit und die Einbindung aller. Denn nur gemeinsam können wir die Herausforderungen in einer Kommune erfolgreich angehen.

Unsere vielen ehrenamtlichen Helfer, die sich so engagiert einbringen, leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Mit ihnen zusammenarbeiten und zu sehen, wie wir gemeinsam unsere Stadt fit für die Zukunft machen, bereitet mir große Freude.

### Wie haben Sie sich vorbereitet?

Um mich auf die Aufgabe als Bürgermeister vorzubereiten, habe ich selbstverständlich an verschiedenen Seminaren teilgenommen, die speziell für Bürgermeisterkandidaten angeboten werden. Diese Seminare waren äußerst wertvoll, um ein tiefes Verständnis für dieses Amt zu entwickeln.

Jedoch war die beste Vorbereitung für mich immer der direkte Austausch mit den Menschen unserer Stadt. Es ist unglaublich bereichernd und lehrreich, den Menschen zuzuhören, ihre Anliegen und Ideen ernst zu nehmen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Dieser kontinuierliche Dialog hat mir sehr geholfen. Bis heute bleibt dieser Austausch das Herzstück meiner Arbeit als Bürgermeister. Denn nur durch ein offenes Ohr und das engagierte Umsetzen von Vorschlägen und Anregungen können wir gemeinsam unsere Stadt voranbringen und lebenswerter gestalten.

### Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Bei meinem Amtsantritt standen wir vor großen Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Innenstadtbelebung. Wie in vielen Städten hatten wir mit Leerständen und dem Wandel im stationären Handel zu kämpfen.

In den vergangenen Jahren haben wir in Lichtenfels jedoch enorme Fortschritte gemacht. Wir konnten zahlreiche Leerstände beseitigen und diese Flächen einer neuen Nutzung zuführen. Dies umfasste den Handel, die Gastronomie und das Wohnen.

Ein besonders wichtiger Meilenstein ist derzeit im Entstehen: die neue Stadtbücherei mit Touristinformation direkt am Marktplatz. Dieser Stadtbau, der im Jahr 2025 fertiggestellt wird, verbindet den Marktplatz mit unserem Stadtschloss, in dem viele kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Zusätzlich haben wir jetzt viele kulturelle Veranstaltungen in unserer Innenstadt, was zur Belebung und Attraktivität beiträgt.

Ein weiterer Erfolg ist der enge Austausch mit den Händlern, Gastronomen und weiteren Dienstleistern. Dies zeigt, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen und so positive Veränderungen bewirken können. Mit diesen Maßnahmen und insbesondere durch die Förderung der Kultur möchten wir als Stadt unseren Beitrag dazu leisten, eine lebendige und attraktive Innenstadt zu gestalten.

### Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit beschäftigen mich mehrere zentrale Themen. An erster Stelle steht die Haushaltssituation der Stadt. Wie in vielen anderen Kommunen sind auch bei uns die Finanzen angespannt. Es wird zunehmend schwieriger, die notwendige Infrastruktur und die Bedarfe unserer Bürgerinnen und Bürger mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umzusetzen.

Ein weiteres großes Thema ist der Ausbau der Kinderbetreuung. Es ist essenziell, unsere Familien zu unterstützen, indem wir ausreichende Angebote für Krippen, Kindergärten und Sportplätze bereitstellen. Obwohl wir hier schon Fortschritte gemacht haben, sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen, und setzen unsere Bemühungen fort.

Wir arbeiten auch daran, Lichtenfels als Wohnstandort weiterhin attraktiv zu gestalten. Dazu gehört in einem Ortsteil die Erschließung des 2. Bauabschnitts in einem Neubaugebiet und be-

sonders die Innenentwicklung. Unser Ziel ist es, leerstehende Immobilien wieder für Familien nutzbar zu machen und freie Flächen im Innenbereich einer sinnvollen Wohnnutzung zuzuführen.

Darüber hinaus legen wir großen Wert auf die Weiterentwicklung als Gewerbe- und neuerdings auch als Hochschulstandort. Wir befinden uns auf einem sehr guten Weg und arbeiten eng mit den Unternehmen in unserer Region sowie der Hochschule Coburg zusammen. Besonders der neu gegründete Zweckverband FADZ setzt wichtige Impulse, um die heimische Wirtschaft im Bereich der digitalen Transformation zu unterstützen, insbesondere die mittelständischen Unternehmen, die so wertvoll für unsere Stadt sind.

### Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Herausforderungen der Zukunft werden, wie in den vergangenen Jahren, vielfältig sein. Was die Kommunalpolitik so spannend macht, ist die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung unserer Heimat mitzuwirken.

Unsere Kommunen mussten sich schon immer für kommende Herausforderungen wappnen, und bisher ist es unseren Städten, Märkten und Gemeinden stets gelungen, diese zu meistern.

Eine der zentralen Aufgaben wird es sein, den Zusammenhalt in der Bevölkerung zu stärken. Denn nur eine starke Gemeinschaft kann die anstehenden Herausforderungen erfolgreich bewältigen. Es ist entscheidend, dass wir als Kommune zusammenstehen und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Darüber hinaus müssen wir uns mit den Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Kultur, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung und soziales Miteinander auseinandersetzen. Diese Bereiche sind essenziell, um unsere Stadt zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. In all diesen Bestrebungen ist es mein Ziel, die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubeziehen und ihre Stimmen und Ideen in die Entscheidungsprozesse einzubringen.

### Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich möchte mir nicht anmaßen, ungefragt Ratschläge zu erteilen. Was mir jedoch sehr geholfen hat, war der Austausch mit erfahrenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Es ist unglaublich wertvoll, von ihren Erfahrungen und Erkenntnissen zu lernen. Dabei wird einem schnell bewusst, dass jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister eigene Herausforderungen hat. Es gibt aber auch viele Parallelen, die uns verbinden.

Ein Aspekt, den ich besonders schätze, ist der parteiübergreifende Zusammenhalt innerhalb der kommunalen Familie. Dieser Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung sind von unschätzbarem Wert.

Deshalb möchte ich jungen Kolleginnen und Kollegen ans Herz legen, den Dialog mit erfahrenen Amtsträgern zu suchen und sich auf diesen Zusammenhalt zu verlassen.

### Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Selbstverständlich halte ich regelmäßig Bürgerversammlungen und Sprechstunden für alle Bürgerinnen und Bürger ab. Darüber hinaus bin ich stets ansprechbar und habe immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen.

Bei der Entscheidungsfindung ist es mir wichtig, alle Argumente zu hören und zu berücksichtigen. Ob in Bürgerversammlungen, Besprechungen mit Kolleginnen und Kollegen oder im Stadtrat: Ich lege großen Wert darauf, einen breit gefächerten Konsens zu erreichen. Das bedeutet, dass ich zuhöre, verschiedene Perspektiven einbeziehe und gemeinsam nach Lösungen suche, die von möglichst vielen getragen werden können.

### Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird zweifellos einen zunehmenden Einfluss auf die künftige Kommunalpolitik haben, wie sie es bereits in vielen anderen Bereichen unseres Lebens getan hat. Dennoch bleibt das persönliche Gespräch unersetzlich. Es ermöglicht uns, Nähe zu den Bürgern zu bewahren, ihre Anliegen besser zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu finden. In einer digitalisierten Welt müssen wir sicherstellen, dass wir technologische Fortschritte nutzen, ohne den menschlichen Aspekt zu vernachlässigen, der das Fundament unserer Gemeinschaften bildet.

### Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mein Lebensmotto könnte man vielleicht mit „Mut, Ehrgeiz und langem Atem“ beschreiben. Als leidenschaftlicher Triathlet und Marathonläufer habe ich gelernt, dass diese Eigenschaften entscheidend sind, um persönliche Ziele zu erreichen. In der Kommunalpolitik sind sie genauso wichtig. Es geht darum, nie aufzugeben und mit Entschlossenheit und Ausdauer für unsere Ziele einzutreten. Große Ziele erfordern eben Mut, Ehrgeiz und den langen Atem, um sie zu verwirklichen.

### Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Aktuell darf ich mit dem Amt des Bürgermeisters meinen Traum leben, und ich bin allen Menschen in Lichtenfels sehr dankbar für ihr Vertrauen. In Erinnerung bleiben möchte ich als jemand, der stets sein Bestes gegeben hat und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern von Lichtenfels positive Veränderungen bewirkt hat. Es wäre mein größtes Glück, im Rückblick sagen zu können, dass wir zusammen viel erreicht haben und ich meinen Beitrag dazu leisten konnte. □

anderem vom Referat für Klima und Umwelt sowie der Sparkassenstiftung – aktuell ist die Förderung allerdings nur bis Ende des Jahres gesichert und Sponsoren und andere Unterstützer werden gesucht. Neben Aktionen, die ohne Anmeldung offen für alle Interessierten sind, haben Unternehmen, Vereine und Schulen außer-

dem die Möglichkeit, ein organisiertes Cleanup-Event zu buchen oder Materialien zum Müllsammeln auszuliehen und auf eigene Faust loszuziehen, so wird München von Kippen, Kronkorken und anderem Müll befreit. Nachmachen und selbst Equipment ausleihen ist ausdrücklich erwünscht. Alle Infos zur Auslei-

he und mehr gibt es unter: [www.cleanupmuenich.de](http://www.cleanupmuenich.de).

Außerdem erhält die Gotzinger Schule Unterstützung vom Baureferat München, das sich bereit erklärt hat, den gesammelten Müll abzuholen, denn das wäre für die Schule schwierig geworden. Schulleiterin Susanne Sieben zeigt sich sehr zu-

frieden mit der Aktion: „Wir haben großes Glück mit einem sehr engagierten Elternbeirat und einem Kollegium, dass sich voll eingesetzt hat. Wir wissen, dass wir unseren Schülern etwas abverlangt haben, aber hoffen natürlich auch auf einen nachhaltigen Effekt in Bezug auf das Thema Müll.“



Frauen führen Kommunen: Vernetzungstreffen der bayerischen Bürgermeisterinnen.

Bild: CH

## Frauen führen Kommunen:

## Bavaria ruft

Was hält unsere Dörfer und Städte zusammen

„Wie stärken wir das Ehrenamt und wie motivieren wir möglichst viele, sich für unsere Demokratie und unser Zusammenleben zu engagieren“, mit dieser Fragestellung kamen 50 Bürgermeisterinnen auf Einladung des Bayerischen Gemeindetags und seiner ARGE „Frauen führen Kommunen“ in Enkering/Kinding zusammen. Nur etwa 10 Prozent der 2.031 Bürgermeister in Bayern sind weiblich. Tendenz sinkend. Dabei machen Frauen 50 Prozent der Gesellschaft aus. Katharina Schulze, MdL und Fraktionssprecherin der Grünen im Bayerischen Landtag, spricht von einem Armutszeugnis und sieht auch die bayerische Landespolitik in der Pflicht. Übrigens: Die nächste Kommunalwahl 2026 fällt auf den Weltfrauentag am 8. März.

Das parteiübergreifende Frauen-Netzwerk geht auf eine Initiative von Cornelia Hesse beim Bayerischen Gemeindetag aus dem Jahr 2016 zurück und wird inzwischen von Kerstin Stuber geleitet. Anlass des diesjährigen Treffens war die Frage, wie die

Gesellschaft wieder zu einem respektvollen Miteinander zurückfindet. So tauschten sich die Politikerinnen ganz konkret zu guten kommunalen Beispielen aus.

Die Hausherrin der Veranstaltung, Rita Böhm, ist seit 1990 Bürgermeisterin in Kinding. Sie sagt, dass sich das gesellschaftliche Klima sehr verändert habe, insbesondere seit Corona. Aber es sei schwer einen Grund dafür auszumachen: „Wir sind eine intakte Dorfgemeinschaft. Aber es wird immer schwieriger Ehrenamtliche zu finden. Die Bürger sind kritischer geworden, die Umgangsformen haben sich schlagartig verändert. Es wird weniger miteinander gesprochen.“ Auch Kathrin Alte, Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing und Sprecherin der ARGE sieht diese Entwicklung und ruft ihre Kolleginnen zu gezielten Aktionen auf: „Wir brauchen eine neue Form des Ehrenamts und es ist unser Job als Kommunalpolitiker auf die Menschen zuzugehen.“

Katharina Schulze betont die positive Stimmung der Veranstaltung, denn bei allen Herausforderungen, „in diesem Raum sind Frauen, die Lust haben zu gestalten. Die Probleme sehen und lösungsorientiert daran arbeiten.“ Dass es nur etwas über 200 Bürgermeisterinnen in Bayern gibt, das ist für Schulze nicht hinnehmbar: „50 Prozent der Gesellschaft sind weiblich, wenn diese Perspektive nicht auch entsprechend in den Gremien vertreten ist, dann werden diese Bedürfnisse der Bürgerschaft nicht gesehen.“

Aber wer ist eigentlich dafür zuständig, dass sich mehr Frauen überhaupt erst zur Wahl aufstellen lassen? Wo sind die Hürden und wie kann man sie wirklich abbauen? Alte berichtet von „Helvetia ruft“, eine schweizerische Kampagne, die tatsächlich für einen Anstieg an Kommunalpolitikerinnen geführt hat: „Warum nicht ‚Bavaria ruft‘?“ Aber das wäre nicht die alleinige Aufgabe der Bürgermeisterinnen: „Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mehr Frauen zu gewinnen, müssen alle politischen Parteien, (Frauen-) Verbände, Innen- und Sozialministerium endlich angehen. Gerne in einer Arbeitsgruppe, um alle Kräfte zu bündeln! Reine Absichtserklärungen helfen mit Blick auf die Kommunalwahl 2026 nicht weiter! Wir Bürgermeisterinnen helfen gerne mit.“

CH



v.l.: Elisabeth Schätz, 1. Bgm. Haag i. OB., Kerstin Stuber, Bayerischer Gemeindetag, Rita Böhm, 1. Bgm. Kinding, Katharina Schulze, MdL, Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Gemeindetag und Kathrin Alte, 1. Bgm. Anzing.

Bild: CH

## Bayerische Wahlergebnisse

Thomas Etschmann (SPD) ist neuer Bürgermeister der Stadtgemeinde Osterhofen im Landkreis Deggendorf. In der Stichwahl setzte er sich deutlich mit 64,9 Prozent der Stimmen gegen seinen Kontrahenten Kurt Erndl (CSU/35,1 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,4 Prozent.

Zum Landrat im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim wurde Dr. Christian von Dobschütz (CSU) gewählt. In der Stichwahl lag er mit 52,2 Prozent der Stimmen vor der Markt Erlbacher Bürgermeisterin Dr. Birgit Krefß (FW), die 47,8 Prozent auf sich vereinte. Wahlbeteiligung: 51,8 Prozent.

Das neue Stadtoberhaupt von Greding (Landkreis Roth) heißt Josef Dintner. Der CSU-Politiker erreichte 53,0 Prozent. Auf Mark Dischner (SPD) entfielen 35,0 Prozent, Hermann Kratzer von den Freien Wählern kam auf 12,0 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Manfred Preischl (FW)

## GZ PINOS WELT

So, wie ist das Wetter bei Ihnen, während Sie diese Kolonne lesen? Sonnig und heiß? Bewölkt und tropisch-feucht? Regnerisch und nasskalt? In diesem Sommer hatten wir ja bereits alles, was meteorologisch so auf dem Programm stehen kann.

Eigentlich doch, wenn man mal die vielen Jahre meines Katzenlebens so Revue passieren lässt, war es bisher – sieht man von den anfänglichen Wetterkapriolen mit den verheerenden Überschwemmungen ab – ein typisch bayerisch-mitteleuropäischer Sommer: Durchwachsen.

Die gute Nachricht dabei: Der Weltuntergang ist ausgeblieben. Staubbrockene, dürre Felder, apokalyptische Waldbrände und sonstige Horrorszenerarien, mit denen uns die Letzte Generation und deren publizistischen Helfershelfer schrecken wollen, blieben aus. Der Klimawandel



China anbietet, aber kaum einen Metzger oder Gemüsehändler. Die Venezianer haben sich nun einfallen lassen, Eintritt für die Stadt zu verlangen. 5 Euro pro Tag. Effekt: Mehr Einnahmen für die Stadtkasse und kein Tourist weniger. Jetzt soll der Eintritt auf 10 Euro erhöht werden, aber wer potenziell bereit ist, für einen Cappuccino am Markusplatz 15 Euro zu bezahlen (kein Witz!), der wird auch von dieser Taxe nicht abgeschreckt.

In Barcelona (ebenso jährlich mehr Touristen als Einwohner) und Mallorca (gibt es da überhaupt noch Einheimische?) häufen sich die Demonstrationen gegen die Folgen des Tourismus: Überfüllte Straßen, sauteure Wohnungen, keine eingessene Gastronomie, die sich Otto-Normalmallorquiner leisten kann, und vor allem Wassermangel. Zwar hat es den Anschein, als würden sich hier die Einwohner selbst den wirtschaftlichen Ast absägen, auf dem sie sitzen, aber andererseits macht es auch nachdenklich, dass die sogenannten schönsten Wochen im Jahr der einen, die Lebensqualität der Einwohner der Sehnsuchtsorte doch sehr erheblich beschneidet.

Von overtourism betroffene Städte könnten sich allerdings Rat in Deutschland holen. Dort ist es in Berlin gelungen, die Zahl der Übernachtungen 2023 im Vergleich zu 2018 um 28 Prozent zu senken. Das Erfolgsrezept? Völlig überhöhte Lande- und Startgebühren auf dem Provinzflughafen, ein strenges Verbot von Privatübernachtungen (Stichwort Airbnb), ein dysfunktionales Sicherheitskonzept, das Berlin in der Welt in den Verruf einer unsicheren Stadt gebracht hat, unfreundliche Einwohner und ramschige Graffiti an buchstäblich jedem Ort vermeiden die Neugier auf den Trip dorthin. Ja, Deutschland wird zwar mit der irregulären Migration nicht fertig, aber seine Hauptstadt schreckt zumindest zahlende Gäste ab.

Trotz dieser zum Schluss etwas düsteren Betrachtungen wünsche ich Ihnen schöne Urlaubstage und gute Erholung. Wenn Sie im Lande bleiben, lautet mein Rat: Mal etwas kürzertreten und unsere Heimat genießen. Für alle gilt der Satz des französischen Schriftstellers Gustave Flaubert: „Reisen macht einen bescheiden. Man erkennt, welch kleinen Platz man in der Welt besetzt.“

Ihr Pino

## Das Rezept gegen Overtourism

ist zwar nicht zu leugnen, aber wir dürften ihn in den Griff bekommen und wir müssen uns darauf einrichten, mit ihm zu leben.

Wen wundert es da, dass die Leute, kaum sind die Kinder in den Ferien, wieder in aller Herren Länder Urlaub machen wollen. Die Autobahnen sind voll, die Flughäfen melden Rekordpassagierzahlen und die Klimakleber legen den Flugverkehr lahm. Was für ein Armutszeugnis für die Sicherheitskonzepte unserer kritischen Infrastruktur. Denn keiner scheint vom anderen zu lernen. Berlin, München, Köln/Bonn, Frankfurt – überall das gleiche Muster und überall die gleiche hilflose Empörung, statt den Chaoten den Zutritt zu den Flugfeldern zu verwehren.

Aber fanatisierte Idiot\*innen [sic!] sind in dieser Saison nicht mal das größte Problem für die Urlauber. Sondern das Phänomen overtourism. Oder um es weniger chic auszudrücken: In vielen Ecken der Welt haben die Leute die Schnauze davon voll, dass so viele Touristen kommen. Venedig ist dafür ein gutes Beispiel: Jährlich kommt ein Vielfaches der Einwohnerzahl an Besuchern in die Stadt. Man findet an jeder Ecke einen Laden, der billige Karnevalsmasken made in

## Alzenau gewinnt Bibliothekspreis

Die Stadtbibliothek im unterfränkischen Alzenau ist Bibliothek des Jahres. Im Wettbewerb der kleinen Kommunen und Regionen sicherte sich die Bücherei bei der Vergabe des Nationalen Bibliothekspreises den mit 7.000 Euro dotierten ersten Platz, wie der Deutsche Bibliotheksverband in Berlin mitteilt. In diesem Jahr hatten sich 62 der bundesweit über 9.000 Büchereien beworben.

Ausgezeichnet wird die Stadtbibliothek Alzenau u.a. für ihre Bildungsarbeit und systematische Zusammenarbeit mit den Grundschulen der Stadt. Im Rahmen

der Kooperationen besuchen die Grundschulklassen nicht nur regelmäßig die Bibliothek, sondern die Bibliotheksmitarbeiter kommen auch in die Schulen und bie-



Der amtierende mit dem künftigen (links) Landrat im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim: Dr. Christian von Dobschütz, Sophie von Dobschütz, Helmut Weiß.

Bild: pmw

war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 72,7 Prozent.

Kronburg/Ilberbeuren (Landkreis Unterallgäu) hat mit Heike Klinkhammer eine neue Rathauschefin. Nach dem Tod des Amtsinhabers Hermann Gromer wurde die Kandidatin der Freien Wählergemeinschaft mit rund 93 Prozent der abgegebenen

Stimmen gewählt. Sie war auch die einzige Bewerberin auf dem Stimmzettel. Kurz vor der Abstimmung hatte sich noch die parteilose Münever Stucke ins Spiel gebracht, für die allerdings nur 2,3 Prozent votierten. Die Wahlbeteiligung lag bei gut 50 Prozent.

Matthias Beck (CSU) ist neuer Erster Bürgermeister in Weißenstadt (Landkreis Wunsiedel). Er

ten dort Angebote zur Leseförderung und zur digitalen Medienbildung an. Ergänzt werden diese durch Nachmittagsangebote für Jugendliche, die im Makerspace den Dash-Roboter nutzen sowie in der Coding-AG das Programmieren lernen können. Ältere Menschen erhalten durch kostenlose Beratungsangebote Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien.

## Outreach-Angebote

Besonders bemerkenswert fand die Jury zudem, dass die Bibliothek mit ihren Aktivitäten auch in den Ort geht: Mit verschiedenen sogenannten Outreach-Angeboten erreicht sie noch mehr Menschen. „Mit dieser Stadtbibliothek würdigen wir eine herausragende Einrichtung, die ihre Arbeit stringent am Bedarf der Stadtgesellschaft ausrichtet und zugleich vorbildlich ihre Rolle als außerschulischer Bildungsort in einer kleinen Kommune mit knapp 19.000 Einwohnern ausübt.“

## Nachhaltigkeitsziele

Beindruckt hat die Jury auch die konsequente Auseinandersetzung mit allen 17 Nachhaltigkeitszielen, heruntergebrochen auf die konkreten Möglichkeiten im Rahmen einer Stadtbibliothek.

DK

gewann deutlich mit 86 Prozent der Stimmen gegen den SPD-Berwerber Markus Zitzmann, der auf 14 Prozent kam. Der langjährige Bürgermeister Frank Dreyer (SPD) war aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 68,1 Prozent.

DK

## Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef/in vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH &amp; Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

# Ein Zeichen der Wertschätzung

Die Helden der Hochwasserkatastrophe

„Demokratie lebt nur aus dem Ehrenamt und nicht bloß im kommunalen Bereich“, sagte der ehemalige Bundespräsident Theodor Heuss bei einer Rede in der Universität München im Jahr 1955. Das zeigte sich auch wieder beim Hochwasser Anfang Juni in Bayern. Über 60.000 Rettungskräfte, viele ehrenamtlich, waren im Dauereinsatz, um Menschen vor dem Hochwasser zu schützen.

Unter Hochdruck versuchten Bundeswehrsoldaten, Feuerwehren, das Bayerische Rote Kreuz und viele Ehrenamtliche mit Pumpen vollgelaufene Keller leer zu pumpen, Ölschäden zu beseitigen, Dämme mit befüllten Sandsäcken abzusichern oder mit Schlauchbooten eingeschlossene Menschen zu retten. In den Regie-

bezirken Schwaben, Oberbayern und Niederbayern riefen elf Landkreise (Aichach-Friedberg, Augsburg, Dachau, Dillingen, Donau-Ries, Freising, Günzburg, Kehlheim, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen an der Ilm, Unterallgäu) sowie die Stadt Passau Anfang Juni den Katastrophenfall aus. Nach einer ersten

Prognose des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft wird nach der Flut in Bayern und Baden-Württemberg mit einem Schaden in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro gerechnet – und das sind nur die versicherten Schäden.

Und das Hochwasser zeigte wieder einmal: In Ausnahmesituationen ist die Gesellschaft auf Ehrenamtliche angewiesen – eine nicht selbstverständliche Unterstützung. Sie gehen an ihre körperlichen und psychischen Grenzen, um andere Menschen zu retten, die sich nicht vorstellen können, was mehr als 100 oder 180 Liter Regen pro Quadratmeter bedeuten.

### Danke für unschätzbare und freiwillige Hilfe

Auch wenn vielerorts immer noch Aufräumarbeiten in Gang sind, ist es Zeit die vielen Freiwilligen zu ehren und ihnen ein großes Dankeschön zu sagen, die rund um die Uhr versuchten, die Schäden im Freistaat so gering wie möglich zu halten. Landtagspräsidentin Ilse Aigner lud Mitte Juli ins Schloss Schleißheim 3.000 Ehrenamtliche zum Helfersfest ein, die in den Freiwilligen Feuerwehren, im BRK, in der DLRG oder der Bergwacht die Flutkatastrophe bewältigten, den Menschen in der Not halfen und Trost spendeten. „Die Menschen in Bayern helfen und halten zusammen, in schwierigsten Lagen. Ohne diese Menschen, die anpacken – trotz aller Gefahr – wäre unsere Gesellschaft nicht überlebensfähig“, sagte Aigner.

Auch in den betroffenen Regionen werden die Ehrenamtlichen für ihren Einsatz gewürdigt. So luden der Landrat des Landkreises Dachau, Stefan Löwl, und lokale Unternehmen Helfer des Jahrhunderthochwassers zu einem Dankesfest anlässlich des Karlsrufer Siedlerfests ein: „Viele von ihnen waren selbst vom Hochwasser betroffen“, führte Löwl bei seiner Rede aus. „Nach Stunden des ehrenamtlichen Engagements mussten sie auch noch zu Hause eine eigene Notlage bewältigen. Ohne sie hätte dieser Katastrophenfall zu einer schlimmeren Krise und noch größeren Schaden und zu Opfern führen können. Stellvertretend für alle Betroffenen in unserem Landkreis möchte ich Ihnen allen mein ganz großes Dankeschön sagen.“ Rund 850 Einsatzkräfte aus der Region – von den freiwilligen Feuerwehren über das Technische (THW) Hilfswerk und das Bayerische Rote Kreuz (BRK) bis hin zu Vertretern aus den Kommunen – folgten der Einladung des Landrats. Höhepunkt des Helfersfestes war der Auftritt der Kabarettistin Martina Schwarzmann, die anstatt einer Gage sich einen neuen Walnussbaum für den Gartenbauverein Altomünster wünschte. Einem Wunsch, den Löwl sehr gerne erfüllte.

Bereits während des für den Landkreis Donau-Ries ausgerufenen Katastrophenfalls überraschte der Landrat Stefan Röble die vielen tausenden Helfer vor Ort – von der Bundeswehr über die Feuerwehr bis hin zu den Mitarbeitern der Bauhöfe und Kommunen – mit einem süßen Energieschub. Röble brachte persönlich süße Teilchen vorbei, um ihnen seine Wertschätzung



Vorne links: Landrat Stefan Röble mit Helfern.

Bild: LRA Donau-Ries



V.l. Landrat Stefan Löwl auf dem Helfersfest und – stv. für die vielen freiwilligen Helfer – ein Mitglied der Feuerwehr Karlsrufer. Bild: Löwl

und Dankbarkeit auszudrücken. Auf den von der Bäckerei Roskopf (Donauwörth) hergestellten „Amerikaner“ stand in Zucker der Schriftzug „Danke“. Im Interview mit augsburg.TV sagte Röble: „Diese Aufgabe kann niemand alleine leisten. Das war eine kollektive Aufgabe, die wir als Gemeinschaft gelöst haben. Das Ehrenamt ist das A und O. Es ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält und dafür sorgt, dass alles funktioniert.“ Stellvertretend für die 3.600 Ehrenamtlichen, die in Gemeinden Auchsheim, Heißenheim, Nordheim oder in Asbach-Bäumenheim Deiche sicherten, Dämme bauten oder Keller leer pumpen, sagt Michael Näßl (Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Nordheim): „Wir haben unseren Dienst gemacht. Doch von außen sind gleich viele Leute gekommen, die sich um uns gekümmert haben, dass wir versorgt sind. Der Zusammenhalt war einzigartig. Es war beeindruckend.“

Im Landkreis Pfaffenhofen galt vom 1. bis 9. Juni der Katastrophenfall. Auch hier zeigte sich, dass die ehrenamtlichen Helfer einen großen Schatz der Gesellschaft darstellen. Diese Anerkennung drückte der Landrat Albert Gürtner (Freie Wähler) während des HQ-Extrem-Hochwassers mit folgenden Worten auf Social Media aus: „Wir sind überwältigt von der Hilfsbereitschaft und bedanken uns sehr herzlich bei allen, die sich bei uns gemeldet haben. Es liegt eine sehr anstrengende Woche hinter uns, in der von den Hilfskräften Übermenschliches geleistet wurde.“

Die Hilfsbereitschaft während der Katastrophe war auch in anderen bayerischen Regionen überwältigend. Der Kreisfeuerwehrverband Fürstfeldbruck richtete sogar ein Portal (Anmeldung von Spontan Helfern – Kreisfeuerwehrverband (kfv-ffb.de)) ein, um die Ehrenamtlichen zu koordinieren. Das Bayerische Rote Kreuz und der Radiosenator Bayern 3 hatten bereits vor dem Hochwasser ihre App „Team Bayern“ eingerichtet auf der sich Menschen melden können, die privat Hilfe leisten wollen – während des Hochwassers meldeten sich über diese App viele Freiwillige, um anderen gegen die Überschwemmungen zu helfen. **Patrik Hof**

### Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17/2024, die am 12. September 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

### Energiedienstleistung



Kommunen kompetent erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Fahnenmasten / Fahnen



Länderfahnen  
Gemeinfahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

### Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.  
Aus der Region. Für die Region.

[LEONET.DE](http://LEONET.DE)

### Highspeed-Internet der NetCom BW

[www.netcom-bw.de](http://www.netcom-bw.de)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER**  
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.  
[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

**UG UNSERE GRÜNE GLASFASER**

## Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperostr. 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**  
www.Mein-Datenschutzberater.de  
DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI-Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

### Kommunalberatung

**KUBUS**  
Kommunalberatung und Service GmbH  
Firmensitz Schwerin 0385/30 31-251 info@kubus-mv.de  
Standort München 089/44 235 40-00 bayern@kubus-mv.de  
[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung  
[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten  
**BUCHER municipal**  
Driven by better

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171 / 9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171 / 9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH 85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG 93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge 89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG 95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG 97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH 95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

#### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

### KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing  
für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led  
bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)  
Vertragshandel für **Waldemar**  
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!